

Land *InForm*

Magazin für Ländliche Räume

Fläche sparen

Region schafft Zukunft

FriedWälder

Bilanz zur Halbzeit

Inhalt

Fläche sparen

Fläche ist begehrt und zugleich begrenzt: Land- und Forstwirtschaft, Bauvorhaben, Naturschutz, Rohstoffabbau und Energieerzeugung konkurrieren um sie. Das Ziel der Bundesregierung in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie, den Flächenverbrauch bis 2020 auf täglich 30 Hektar zu reduzieren, scheint fast unerreichbar. In ländlichen Räumen wird sogar besonders viel Fläche neu in Anspruch genommen. Wie man Flächenverbrauch und Nutzungskonflikte mindern kann, zeigen wir mit diesem Fokusthema.



Weitere Themen



Bild: DoctorKam / Fotolia

Region schafft Zukunft

Die Menschen des nordhessischen Werra-Meißner-Kreises wollen gemeinsam den demografischen Wandel in der Region aktiv gestalten. Im Rahmen des Modellvorhabens „Region schafft Zukunft“ erarbeiteten sie hierfür einen Masterplan und setzten parallel dazu 25 Projekte um. [Seite 32](#)



Bild: FriedWald / Annette Schön

FriedWälder

Im November 2001 eröffnete der erste FriedWald in Deutschland: idyllisch und beinahe märchenhaft im Reinhardswald bei Kassel gelegen. Seitdem ist der Trend der anonymen Baumbestattung ungebrochen – eine Chance nicht nur für Waldbesitzer, sondern auch für den Erhalt natürlicher Waldstandorte. [Seite 34](#)



Bild: Chris Hellyar / Fotolia



Bild: Dieter Schütz / Pixelio

Bilanz zur Halbzeit

Die Ergebnisse der gemeinsamen Halbzeitbewertung der ländlichen Entwicklungsprogramme von Hessen, Niedersachsen/Bremen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern sind nun offiziell. Dabei kommen einige Aspekte der ländlichen Entwicklungspolitik nicht immer gut weg. Eine Auswahl präsentiert das Johann Heinrich von Thünen-Institut. **Seite 42**

Für das Netzwerk

Inside	05	Neues aus der DVS
	06	Die DVS im Internet
Veranstaltungen	07	ELER und Naturschutz
	07	LINC: transnational auf Erfolgskurs
	08	Bundesweites LAG-Treffen / BAG LAG
	09	Wertschöpfung im Wald
	09	Akteure gewinnen und motivieren
	09	Landwirte und Handwerk kooperieren

Im Fokus: Fläche sparen

Einführung	11	... – aber wie?
	12	Keine Wende in Sicht
	14	Die Flächenwende kommt nicht von allein
Instrumente	16	Flächenplanung endet nicht an der Kommunengrenze
	18	Bürger stärken Ortskerne
	20	Kooperation zahlt sich aus
	22	Eingriffsregelung: Konflikte mindern
	25	Ackerrandstreifen kompensieren Eingriffe
	26	Kompensation zwischen Flächenkonkurrenz und ökologischer Wirksamkeit
Standpunkte	28	Interviews: Agrarklausel im Bundesnaturschutzgesetz
	29	Interviews: Bundesverband der gemeinnützigen Landesgesellschaften; Deutscher Städte- und Gemeindebund

Aus der Praxis

30	Hofgut Acker
32	Region mit Zukunft: der Werra-Meißner-Kreis
34	FriedWälder – große Schätze in Wert gesetzt
36	Den Wandel ganzheitlich gestalten
38	Leader-News ins Wohnzimmer
39	Gemeinsam den Klimawandel meistern

Perspektiven

Forschung und Bildung	40	Politikfolgen besser abschätzen
	42	Bilanz zur Halbzeit
Politik und Gesellschaft	44	Stallbau: Konflikte lösen
	46	Regionale Produkte – ja gerne, aber was ist das genau?
Partner und Experten Service	48	Kollegiales Coaching
	50	... angelesen
	51	... angekündigt
	52	Termine



Liebe Leserinnen und Leser,

Was nicht viel kostet, wird auch nicht sparsam genutzt. Das trifft auch auf die Fläche zu. Insgesamt hat sich seit den 50iger Jahren die Wohnfläche von 15m² auf 45m² pro Kopf verdreifacht. Mittlerweile besteht Deutschland zu 13 Prozent aus Siedlungs- und Verkehrsfläche, 50 Prozent davon sind versiegelt, mit großen regionalen Unterschieden, auch zwischen Ost und West. Darf man der Statistik glauben, ist damit jeder fünfzehnte Quadratmeter in Deutschland aus Stein oder Beton.

Die größten Flächenkonflikte gibt es dabei in suburbanen Räumen. Über die Fläche versuchen viele Kommunen, Steuereinnahmen zu generieren. Flächenausweisungen im Wettbewerb um Gewerbesteuern oder günstiges Bauland für Familien als Reaktion auf Abwanderung sind die Folge. Auch in stadtfernen Regionen bedeutet deshalb Abwanderung nicht automatisch weniger Flächenverbrauch. Wo Menschen abwandern, sinken die Bodenpreise. Ein Anreiz zum Flächensparen ist das nicht. Eine überörtlich zu erhebende und regional zu verteilende Gewerbesteuer, die übergeordnete – etwa raumordnerische oder auch ökologische – Interessen, berücksichtigt, wird seit langem diskutiert, aber nicht umgesetzt.

Dabei ist die ressourceneffiziente Gemeinde kompakt. Nur so kann sie die Infrastruktur funktionsfähig und ihre Kosten im Rahmen halten. Über die Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs könnten die Länder entsprechende Vorstellungen transportieren. Bisher spielt der Flächenverbrauch bis auf wenige Ausnahmen hierbei jedoch keine große Rolle. Beispiele, wie Kommunen auch Boden in die „Kreislaufwirtschaft“ einbinden – bei Abwasser und Abfällen ganz normal – gibt es schon. Interkommunale Kooperationen könnten hierfür ein lohnender Ansatz sein (siehe Beitrag S. 20-21).

Eine anregende Lektüre wünscht

Jan Swoboda



Bild: Janetric / Fotolia

Impressum

LandInForm – Magazin für Ländliche Räume

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Auflage: 10.500

ISSN: 1866-3176

Herausgeber und Redaktion:
Bundesanstalt für Landwirtschaft
und Ernährung, Bonn

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume,
Dr. Juliane Mante, Dr. Jan Swoboda (Vi.S.d.P.)

Redaktionelle Mitarbeit:

Raufeld Medien

Marion Hughes (verantw.), Peter Altmann

Tel. 030 - 69 56 65 0

www.raufeld.de

Gestaltung: graphodata AG,
www.graphodata.de

Druck:

MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern/
Westfalen

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:

Bundesanstalt für Landwirtschaft und

Ernährung

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume

Deichmanns Aue 29

53179 Bonn

Telefon 0228 / 68 45 34 61

Fax 0228 / 68 45 33 61

E-Mail: dvs@ble.de

www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei
unter www.land-inform.de

Anmerkungen der Redaktion:

- Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen. Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.
- Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte haben wir uns darauf geeinigt, alle Personengruppen in männlicher Form anzugeben.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert.

Neues aus der DVS

Gemeinsam stark sein

Nach den durchweg positiven Erfahrungen im letzten Jahr ruft die DVS Ländliche Räume auch 2011 wieder einen Wettbewerb aus: In enger Zusammenarbeit mit den Ländern wird bundesweit nach Projekten aus dem Bereich der integrierten Regionalentwicklung gesucht. Der Wettbewerb wird ähnlich organisiert sein: Die Mitglieder der Leader- beziehungsweise ILE-Regionen können online über die Projekte abstimmen, ganz nach dem Bottom-up-Prinzip. Nur thematisch bekommt der Wettbewerb einen anderen Fokus: Gesucht sind Projekte aus dem Bereich „Herausforderungen des demografischen Wandels“. Hierbei geht es nicht nur um investive Projekte, sondern vielmehr um Regionen, die diese

Herausforderungen in Angriff nehmen und im Rahmen der integrierten Entwicklung gemeinsam Strategien erarbeiten. Natürlich werden alle Wettbewerbsteilnehmer wieder in einer Broschüre vorgestellt. Die Gewinner erhalten ihre Ehrung im Rahmen der Internationalen Grünen Woche 2012. In den kommenden Wochen kontaktieren wir wieder die Bundesländer und vereinbaren die weiteren Schritte. Bewerten können Sie die Projekte ab September 2011 auf unserer Website. Wir freuen uns über eine rege Beteiligung.

Mehr Informationen:

Isabell Friess, Telefon: 02 28 / 68 45 34 59, E-Mail: isabell.friess@ble.de

Sonderpublikation zum demografischen Wandel

In Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der Landgesellschaften, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutschen Landkreistag gibt die DVS Ländliche Räume im September 2011 eine Sonderpublikation zum demografischen Wandel heraus. Sie ist als Einstieg in das Thema „Umgang mit dem demografischen Wandel“ und als praktische Hilfe gedacht.

Mehr Informationen:

Isabell Friess, Telefon: 02 28 / 68 45 34 59, E-Mail: isabell.friess@ble.de

NEU: DVS finanziert Schulung zur kollegialen Beratung

Manager von Leader-Regionen können sich ab sofort von der DVS in selbst organisierten Kleingruppen eine Schulung zur kollegialen Beratung (siehe auch Seite 48 bis 49) finanzieren lassen.

Mehr Informationen:

Anke Wehmeyer, Telefon: 02 28 / 68 45 38 41, E-Mail: anke.wehmeyer@ble.de



Ihre Meinung ist gefragt!

Wir möchten es wissen: Liegt Ihnen beim Lesen unserer Beiträge etwas auf der Seele, das Sie unbedingt loswerden möchten? Oder haben Sie Vorschläge, wie wir unsere Zeitschrift inhaltlich und strukturell bereichern können? Dann schreiben Sie uns. Wir freuen uns über Ihr Feedback.

Kooperationsgesuche – brandaktuell!

Ausgewählte Kooperationsgesuche aus der Kooperationsdatenbank des EN RD Contact Point: <http://enrd.ec.europa.eu/leader/> --> cooperation offers

Finnland sucht Gesänge

Die finnische Region South Ostrobothnia sucht Regionen, in denen Folklore noch aktiv gesungen wird. Ziel ist es, diese Tradition wieder populärer zu machen, indem Musikstücke ausgetauscht werden, abwechselnd an Folklore-Events teilgenommen und eventuell ein gemeinsames Festival organisiert wird.

Mehr Informationen:

Paula Erkkilä
Telefon: + 358 40 591 9728
E-Mail: paula.erkkila@kuudestaan.net



Bild: Matthias Enter / Fotolia

Frankreich sucht Bienen-Partner

Die Region Pays Voironnais in Südost-Frankreich sucht Kooperationspartner für ihr transnationales Projekt zum Thema „Bienen und Biologische Vielfalt – Gemeinsam den Bestäuberschwund stoppen und Biologische Vielfalt schützen“.

Mehr Informationen:

Aude VILLARD
Telefon : +33 476 279 430
E-Mail : aude.villard@paysvoironnais.com

Camille MATZ, animatrice du GAL
Telefon : +33 476 279 441
E-Mail : camille.matz@paysvoironnais.com



Bild: Grey59 / Pixelio

Projekte und Termine finden. Neues auf www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Von Stefan Kämper

In der Rubrik »**Themen**« sind unter »Breitband« zwei neue Interviews mit Breitband-Experten nachzulesen. So erläutert ein Experte der Bundesnetzagentur, was der Infrastrukturatlas ist, was dieses Verzeichnis kann und wie Kommunen es nutzen können. In einem weiteren Interview macht ein Bürgermeister deutlich, dass es sich auch für kleine Orte lohnt, das Thema Breitband offensiv anzugehen. Außerdem berichtet er, wie Breitbandpolitik in ein kommunales Gesamtentwicklungskonzept integriert werden kann. Insgesamt sind zurzeit sechs Interviews nachzulesen: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/breitband. Darüber hinaus wurde unter dem Menüpunkt »**Themen**« das Kapitel „Biologische Vielfalt“ ausgeweitet: Dort ist neben Hintergrundinformationen eine Fülle von Links zu guten Beispielen und weiteren Themenseiten zu finden.

Endlich online: Die Projektdatenbank ist jetzt unter dem Menüpunkt »**Beispiele**« zu finden. Darin werden zurzeit vor allem Leader-Projekte gelistet, aber es sind auch Beispiele aus anderen Bereichen der ELER-Förderung zu finden. Die Suche ist im Volltext möglich, aber auch nach Bundesland oder thematischem Stichwort kann man suchen. Neben der Datenbank sind in dieser Rubrik außerdem Links zu weiteren guten Beispielen gelistet, etwa Seiten verschiedener Bundesländer und Netzwerke. www.netzwerk-laendlicher-raum.de/beispiele

Die Leader-Projekte sind auch unter »**Regionen**« der jeweiligen Leader-Region zugeordnet. Dort sind die gute Beispiele im Profil der Regionen in der Registerkarte ‚Projekte‘ nachzulesen. Sollten Ihre Projekte dort noch nicht zu finden sein, schicken Sie uns die Beschreibungen, bevorzugt mit dem Projektfragebogen (siehe Kasten), oder sprechen Sie uns an! www.netzwerk-laendlicher-raum.de/regionen. Auf dieser Seite gibt es auch die Möglichkeit für Regionen, ihre Daten an die Redaktion zu übermitteln, sollten diese veraltet oder unvollständig sein.

Im »**Service**« steht jetzt auch der neue »**Terminbalender**«. Termine, die für alle Aktiven der ländlichen Entwicklung interessant sind, natürlich auch die aus diesem Heft, mit weiteren Informationen und Links veröffentlicht. www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine



Auch im »**Service**« oder aber direkt unter www.land-inform.de steht die digitale Ausgabe von LandInForm. Die Zeitschrift kann dort auch wie alle Publikationen bestellt werden. www.netzwerk-laendlicher-raum.de/bestellung.

Ebenfalls im »Service« unter dem Menüpunkt „Veranstaltungen“ sind die Programme und Anmeldungen geplanter Veranstaltungen der DVS veröffentlicht, beispielsweise zur Tagung „Wertschöpfung im Wald“ oder zum Workshop zur Bürgerbeteiligung und zu bürgerschaftlichem Engagement (siehe Seite 9). Im »DVS-Archiv« sind neue Materialien eingestellt, beispielsweise zum Bundestreffen der Leader- und ILE-Regionen in Bad Schandau und die Vorträge des Workshops ELER und Naturschutz (siehe Seiten 7 bis 8), www.netzwerk-laendlicher-raum.de/archiv. Außerdem unter »**Service**«: ständig aktualisierte News.

News-Service und Kontakt

Nutzen Sie unsere Website und schicken Sie uns Ihre Meldungen, Kooperationsgesuche, Termine und mehr. Wir veröffentlichen sie gerne auf der Website und in unserem Newsletter. Nutzen Sie auch die Möglichkeit, Ihre Projekte in unserer Datenbank zu veröffentlichen: Sie finden die Projektabfrage genau wie die Datenbank unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/beispiele
Telefon: 02 28 / 68 45 37 22
E-Mail: dvs@ble.de



Sagen Sie uns die Meinung!

Nichts ist so gut, dass es nicht noch besser werden könnte. Deshalb interessiert uns Ihre Meinung zu unserem Webauftritt! Rufen Sie uns an oder mailen Sie uns:
Telefon: 02 28 / 68 45 37 22
E-Mail: dvs@ble.de

Rückblicke

ELER und Naturschutz 2011

Von Jan Freese

Vom 13. bis 14. April fand in Göttingen der Workshop „ELER und Naturschutz“ des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege und der Deutschen Vernetzungsstelle statt. Dieser stand ganz im Zeichen der laufenden Diskussionen zur EU-Agrarreform. Vertreter aus den Agrar- und Naturschutzverwaltungen von Bund und Ländern, den Landwirtschaftskammern, der Bauern- und Naturschutzverbände sowie Praktiker tauschten sich intensiv über die Instrumente aus, die dem Naturschutz in der 2. Säule der Agrarförderung zur Verfügung stehen. Sie waren sich einig darin, dass die flächenbezogenen Maßnahmen der Agrarumwelt-, Kulturlandschafts- und Vertragsnaturschutzprogramme, die Ausgleichszulage für Benachteiligten in der Bewirtschaftung und die „Investitions-

förderung ländliches Erbe“ erhalten bleiben müssen. Die Teilnehmer bemängelten jedoch auch Lücken. So gäbe es unzureichende Fördermöglichkeiten für die Beratung von Landnutzern und für die Erprobung innovativer Instrumente und Strategien. Kontrovers diskutierten sie auch die Herausforderung, die mit der EU-Agrarreform verbunden sind: Wie können die Ziele „Reduzierung des Verwaltungsaufwandes“ und „treffsicherere, effizientere Maßnahmen“ ab 2014 in den Entwicklungsprogrammen der Länder umgesetzt werden? Fragen der Verwaltungs- und Kontrollierbarkeit kollidieren oft mit den sehr spezifischen Anforderungen des Naturschutzes an die Maßnahmen.

Noch bis 2012 ist Zeit, den fruchtbaren Dialog zwischen den Akteuren und über Län-

dergrenzen hinweg weiterzuführen und auch neue Umsetzungsideen wie Auktionen, Regionalisierung und Ergebnisorientierung gemeinsam zu diskutieren.

Die Vorträge finden Sie unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/service/veranstaltungen/dvs-archiv/2011

Mehr Informationen:

Dr. Jan Freese
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 34 77
E-Mail: jan.freese@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

LINC 2011: transnational auf Erfolgskurs

Von Anke Wehmeyer

In Bad Schandau in der ILE-Region Sächsische Schweiz fand vom 27. bis 29. April zum zweiten Mal LINC statt: Die Leader-Initiative von Lokalen Aktionsgruppen für Lokale Aktionsgruppen (LAGn). Hier stehen der fachliche Erfahrungsaustausch sowie sportliche und kulturelle Initiativen im Vordergrund. Über 200 Teilnehmer aus 13 Mitgliedsstaaten waren dieses Mal mit großer Begeisterung dabei. Der fachliche Teil der Veranstaltung stand unter dem Motto „Regionale Kooperation in der ländlichen Entwicklung“. In vier Workshops ging es um kooperative Ansätze in der Nahversorgung, Mobilität im ländlichen Raum, Um- und Wiedernutzung ländlicher Bausubstanz sowie Wertschöpfung aus Naturschutz in der Regionalentwicklung. Impulsreferate

aus deutschen Leader-Regionen führten in die Themen ein, die die Teilnehmer anschließend in Kleingruppen vertieft bearbeiten konnten.

Auch zwei transnationale Kooperationsprojekte, an denen deutsche LAGn beteiligt sind, präsentierten sich: Das Projekt „Terroir Moselle“ (www.terroirmoselle.eu), bei dem Winzer aus Frankreich, Luxemburg und Deutschland im Mittelpunkt stehen, und das Projekt „Europäische Jakobswege“ (www.jakobswege.net). An diesem beteiligten sich in der Förderphase mehr als 30 bayerische und mehrere österreichische LAGn sowie Regionen aus der Schweiz.

Eine Präsentation zum aktuellen Stand der Leader-Planungen der EU-Kommission schloss den fachlichen Teil ab. Dass Leader

nach 2013 wieder eine Rolle in Europa spielen wird, löste Jubel bei den Teilnehmern aus.

Anschließend ging es über zum sportlichen Teil. Die Disziplinen waren dabei eng mit der Region verbunden: Vom Brennessellauf über die regionale Spezialität des Sesseltragens bis hin zum Paddeln auf der Elbe, Klettern und Biken war für jeden etwas dabei. Am Ende der Veranstaltung wurde der Stafelstab an Estland (LAG Tartu) übergeben, die LINC im kommenden Jahr ausrichten wird. Dazu die estnische Regionalmanagerin: „Thank you and your team for the wonderful days in Bad Schandau. We found new Leader-contacts and learned a lot. We have to do big effort to be in the same high level in 2012!“



Bild: DVS

Mehr Informationen:

Anke Wehmeyer
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 34 33
E-Mail: anke.wehmeyer@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Leader- und ILE-Regionen tauschen sich aus

Von **Anke Wehmeyer**

„Voneinander lernen, partnerschaftlich zusammenarbeiten“ – das war das Motto des ersten bundesweiten Treffens der Leader- und ILE-Regionen am 26. und 27. April 2011 in Bad Schandau (Sächsischer Schweiz). Dabei ging es sowohl darum, auf die erste Hälfte der Förderphase zurückzublicken, als auch den Blick in die Zukunft zu schärfen und im Austausch neue Ideen und Impulse für die eigene Region zu erhalten. Dazu bekamen die Teilnehmer zum Einstieg erst einmal die Möglichkeit, den Ballast und die Kritik der letzten Jahre abzuwerfen, um freier in die Zukunft blicken zu können. Dr. Peter Kaltenegger (EU-Kommission, DG AGRI) führte mit seinem Vortrag über die Pläne zu Leader in der nächsten Förderperiode in diese Phase ein. Er betonte, der Ansatz werde weiterhin eine bedeutende Rolle in der ländlichen Entwicklung spielen. Derzeit plane die EU-Kommission sogar, die Leader-Methode auch auf andere Förderprogramme zu übertragen. Danach wurde zum Erfahrungsaustausch übergeleitet, für den die Teilnehmer zunächst ihre „Juwelen“ sammelten, also die positiven Erfahrungen aus der jetzigen Förderphase. Diese konnten anschließend themenweise in Kleingruppen bearbeitet werden. Die Themen waren sehr vielfältig: von der Daseinsvorsorge über Möglichkeiten der Kofinanzierung bis hin zu transnationalen Kooperationen und Wertschätzung der Landschaft durch deren Bewohner. Ebenso abwechslungsreich waren dann auch die Er-



gebnisse der Arbeitsgruppen. Mit einer Podiumsdiskussion aus europäischer, nationaler und regionaler Perspektive zur Zukunft der Integrierten Ländlichen Entwicklung endete der erste bundesweite Erfahrungsaustausch der Regionen. Das Feedback der Teilnehmer hat gezeigt: Vernetzung und Austausch über die eigene Region hinaus als eines der sieben Leader-Prinzipien ist sehr wertvoll. Damit scheint gesichert, dass es im nächsten Jahr eine ähnliche Veranstaltung geben wird.

Mehr Informationen:

Anke Wehmeyer
Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 34 33
E-Mail: anke.wehmeyer@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

BAG LAG wählt Sprecher

Von **Olaf Pommeranz**



Bild: M.E. / Pixelio

Im Vorfeld des bundesweiten Treffens der Leader- und ILE-Regionen in Bad Schandau fand das erste Treffen der Landesnetzwerkvertreter statt, die den Vorstand der Bun-

desarbeitsgemeinschaft der Leader-Aktionsgruppen in Deutschland (BAG LAG) bilden. Die BAG LAG vertritt die gemeinsamen Interessen der Leader-Aktionsgruppen gegenüber dem Bund und der EU und fördert darüber hinaus den länderübergreifenden Erfahrungsaustausch. Inzwischen haben bereits mehr als die Hälfte der 244 Leader-LAGn ihre Mitgliedschaft in der Bundesarbeitsgemeinschaft erklärt. Sie bilden jeweils Ländernetzwerke, in denen die aktuellen Themen, Probleme und Meinungen aus den Leader-Regionen gebündelt und die Landesvertreter für die BAG LAG gewählt werden. Ein Ergebnis des ersten Treffens war die Wahl der Regionalmanager, die als BAG LAG-Sprecher fungieren: Dr. Hartmut Berndt (LAG Göttinger Land), Thomas Disser (LAG Odenwald), Ines Kinsky (LAG Saalfeld-Rudolstadt e.V.) und Olaf Pommeranz (LAG Ostsee-DBR). Im Sommer soll es ein weiteres Treffen zur zukünftigen Strategie und den Aktivitäten der BAG LAG geben.

Mehr Informationen:

Dr. Hartmut Berndt
Regionalmanager LAG Göttinger Land
Telefon: 05 51 / 52 54 22
E-Mail: hartmut.berndt@goettinger-land.de

Thomas Disser
Regionalmanager LAG Odenwald
Telefon: 060 62 / 80 96 11
E-Mail: regionalentwicklung@oreg.de

Ines Kinsky
Regionalmanagerin LAG Saalfeld-Rudolstadt e.V.
Telefon: 036 72 / 318 92 11
E-Mail: kinsky_leader@yahoo.de

Olaf Pommeranz
Regionalmanager LAG Ostsee-DBR
Telefon: 03 82 03 / 605 34
E-Mail: olaf.pommeranz@lk-dbr.de

Wertschöpfung im Wald

Von **Bettina Rocha**

Am 13. Juli 2011 findet in Fulda die Kooperationsveranstaltung „Wertschöpfung im Wald“ der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e.V. und der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume statt. Ziel der Veranstaltung ist es, unterschiedliche Möglichkeiten der Wertschöpfung im Wald aufzuzeigen und zu diskutieren. Neben ökonomischen Aspekten zur Holzmobilisierung und Vermarktung geht es auch um die Monetarisierung freiwilliger Leistungen von Waldbesitzern im Bereich Naturschutz. Diese werden an praktischen Beispielen vorgestellt. Darüber hinaus erläutern Referenten verschiedener Institutionen begleitende Instrumente, etwa die Beratung und Qualifizierung von Waldbesitzern zur Förderung der Wertschöpfung im Wald. In einer abschließenden Podiumsdiskussion diskutieren Experten

Hemmnisse und Chancen der Wertschöpfungspotenziale. Die Tagung richtet sich in erster Linie an Waldbesitzer, Vertreter der Forstverwaltung sowie der Forstverbände. Alle weiteren Interessierten sind jedoch ebenfalls herzlich eingeladen.

Mehr Informationen:

Bettina Rocha
Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 38 82
E-Mail: bettina.rocha@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de



Bild: Jens Claas / Pixelio

Akteure gewinnen und motivieren

Von **Isabell Friess und Anke Wehmeyer**

Bürgerbeteiligung ist in aller Munde und hat in den letzten Monaten gezeigt: Es gibt noch viel Potenzial für Themen und engagierte Menschen. Auch die integrierte Regionalentwicklung lebt davon. Wichtig ist, dass breite Teile der Bevölkerung in den Prozess der ländlichen Entwicklung einbezogen werden und ihn mittragen. Doch oftmals ist es vor Ort gar nicht so leicht, die Akteure für eine gemeinsame Arbeit zu begeistern. Beteiligungsmethoden wie Zukunftskonferenzen, die in einer Region zum gewünschten Erfolg führen, funktionieren in einer anderen nicht. Zudem sind manche Akteursgruppen, wie zum Beispiel Jugendliche, schwer zu gewinnen. Doch woran liegt das? Ist die Ansprache und Beteiligungsform nicht die richtige? Oft pas-

siert es auch, dass im Laufe der jahrelangen Zusammenarbeit Akteure abspringen. Wie aber kann man diese „alten Hasen“ wieder zurückgewinnen?

In unserem Workshop „Zielgruppenorientierte Beteiligung: (Neue) Akteure für den regionalen Prozess gewinnen und motivieren“, der im September (36. Kalenderwoche) stattfinden wird, möchten wir diese Fragen diskutieren und praxisnahe Lösungen finden. Zu Beginn analysieren wir aus Sicht der Wissenschaft, warum Beteiligung teilweise nicht funktioniert und wie welche konkreten Partizipationsformen zielgruppenspezifisch wahrgenommen werden. Mit erfolgreichen Praxisbeispielen zeigen wir dann, wie Prozesse aufgebaut und „am Leben“ erhalten werden können. In der an-

schließenden Kleingruppenarbeit geht es dann um Ihre eigene Situation. Nähere Informationen und die Anmeldung finden Sie spätestens ab Ende Juni unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/beteiligung

Mehr Informationen:

Isabell Friess und Anke Wehmeyer
Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 34 59, -38 41
E-Mail: isabell.friess@ble.de,
anke.wehmeyer@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Landwirte und Handwerk kooperieren

Von **Bettina Rocha**

Am 28. September 2011 findet in Berlin die gemeinsame Tagung „Landwirtschaft & Handwerk – gemeinsam erfolgreich im Ländlichen Raum“ des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), des Deutschen Bauernverband (DBV) und der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) statt.

Die Veranstaltung will die Vielfalt gemeinsamer Wertschöpfungspotenziale von Handwerk und Landwirtschaft im ländlichen Raum aufzeigen sowie die Weiterentwicklung der Politik für den ländlichen Raum diskutieren. Ein Schwerpunkt der

Tagung besteht darin, gute Beispiele aus der Praxis vorzustellen und im Hinblick auf ihre Übertragbarkeit zu diskutieren. Eine bedeutende Rolle spielen dabei die auf Unternehmen im ländlichen Raum ausgerichteten Förderinstrumente. Thematische Schwerpunkte der Veranstaltung sind die Lebensmittelerzeugung und -verarbeitung, die Vermarktung über regionale Dachmarken, Handwerk und Tourismus sowie Anpassungserfordernisse an den demografischen Wandel.

Die Tagung richtet sich an Vertreter des Handwerks, der Land- und Forstwirtschaft,

der Kommunen, der Beratung (Kammern, Wirtschaftsförderung, Verbände), der Wissenschaft und der Politik.

Mehr Informationen:

Bettina Rocha
Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 38 82
E-Mail: bettina.rocha@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Fläche sparen –



Bild: Gabi Schoenemann / Pixelio



Bild: Carola Schubel / Fotolia



Bild: Peter Fenge / Pixelio



Bild: Rainer Sturm / Pixelio



Bild: Heike Hering / Pixelio



Bild: Richard von Lenzano / Pixelio

... aber wie?

Von Juliane Mante, Martina Schäfer und Heiner Schmallenbach

Fläche ist begehrt und zugleich begrenzt: Land- und Forstwirtschaft, Bauvorhaben, Naturschutz, Rohstoffabbau und Energieerzeugung konkurrieren um sie. Das Ziel der Bundesregierung, den Flächenverbrauch bis 2020 auf täglich 30 Hektar zu reduzieren, scheint fast unerreichbar. Wie man Flächenverbrauch und Nutzungskonflikte mindern kann, möchten wir in diesem Fokusthema zeigen.

Der Flächenverbrauch ist eine der größten Herausforderungen für eine nachhaltige Entwicklung. Vor allem der Verlust von wertvollem Ackerland wirft viele Fragen auf. Denn wir brauchen diese Flächen, um unsere Ernährung sicherzustellen, die Biodiversität zu erhalten und erneuerbare Energieträger anzubauen. Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung versucht, durch Indikatoren und Zielgrößen langfristig Orientierung auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung zu geben. So ist ein zentrales Ziel, die zusätzliche Flächeninanspruchnahme in Deutschland bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu reduzieren. Viele Bürgerinnen und Bürger erstaunt diese Zahl. Sie empfinden sie als wenig ambitioniert. Der Beitrag auf den Seiten 12 bis 13 zeigt jedoch, wie ehrgeizig sie ist. Warum die bestehenden Instrumente nicht ausreichen, dieses Ziel zu erreichen, beschreibt der Beitrag auf den Seiten 14 und 15. Nur 29 Prozent der Bevölkerung Deutschlands lebt in ländlichen Räumen, doch etwa 50 Prozent des gesamten Flächenverbrauchs fand hier zwischen 2005 und 2008 statt. Die Ursache: Mit günstigem Bauland konkurrieren Kommunen um Einwohner und Unternehmen, die ihre klammen Kassen auffüllen sollen. Diese Strategie trägt jedoch bei sinkenden Einwohnerzahlen nicht immer dazu bei, die Gemeinde attrak-

tiv zu halten. Denn leer stehende Gebäude lassen den Ortskern veröden, während der Ortsrand ausfranst. „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ ist also nicht nur wegen des Flächenverbrauchs ein Gebot der Stunde. Der Beitrag auf den Seiten 16 und 17 verdeutlicht, welche Potenziale dabei Flächenbilanzen und eine restriktivere Flächenausweisung eröffnen können. Ob und wie stark sich eine Kommune an die Innenentwicklung wagt, liegt aber häufig an ihr selbst. Diese Erfahrungen bestätigt auch das MURMEL-Projekt in Baden-Württemberg (Seite 18 bis 19). Indem Kommunen ihre Angebote der Grundversorgung gemeinsam betreiben, könnten sie nicht nur Fläche, sondern auch Kosten sparen (Seite 20 bis 21).

In Regionen mit ohnehin schon großen Nutzungskonflikten verschärft die Eingriffsregelung diese häufig noch. Denn nicht nur Bauvorhaben benötigen Fläche, sondern auch die Kompensationsmaßnahmen, die deren Eingriff in Natur und Landschaft ausgleichen sollen. Wann produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen (PIK) nicht nur Konflikte mindern, sondern auch naturschutzfachlich sinnvoll sind, beschreibt der Beitrag auf den Seiten 22 bis 24. PIK werden in Deutschland bisher noch selten umgesetzt, unser Beispiel auf Seite 25 zeigt dennoch, dass es geht. Besonders

wirkungsvoll sind PIK, wenn sie in Kombination umgesetzt und durch einen leistungsfähigen Träger betreut werden (Seite 26 bis 27).

Auch das Bundesnaturschutzgesetz hat auf den Konflikt zwischen Bauvorhaben, Landwirtschaft und Naturschutz reagiert. Seit 2010 soll bei der Ausweisung von Kompensationsmaßnahmen auf agrarstrukturelle Belange Rücksicht genommen werden, ohne dass genau definiert ist, wann diese betroffen sind. Unsere Interviewpartner fragen wir auf Seite 28, welchen Einfluss diese Regelung auf die Praxis haben wird. Bei der Thematik Flächenverbrauch und Nutzungskonflikte ist eine Vielzahl an Akteuren und Interessengruppen mit im Spiel. Den Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften und den Deutschen Städte- und Gemeindebund fragen wir auf der Seite 29, wie man aus ihrer Sicht dem 30-Hektar-Ziel der Bundesregierung näherkommen kann.



Flächenverbrauch: keine deutliche Wende in Sicht

Von Martin Distelkamp und Philip Ulrich

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland wächst stetig: 2009 waren es laut amtlicher Statistik 80 zusätzliche Hektar täglich. Wenn wir nicht grundlegend umsteuern, werden wir das 30 Hektar-Ziel der Bundesregierung für 2020 weit verfehlen. Besonders die Siedlungsfläche ländlicher Räume wächst überproportional stark.

Die verbaute Fläche geht zum einen der Landwirtschaft verloren, zum anderen vermindert oder zerstört sie oft unwiederbringlich wichtige Boden- und Lebensraumfunktionen. Deshalb setzte sich 2002 die Bundesregierung in der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel, ab dem Jahr 2020 täglich nicht mehr als 30 Hektar zusätzliche Fläche zu verbrauchen. Auch wenn sich der Verbrauch in Deutschland seit der Jahrtausendwende insbesondere durch rückläufigen Wohnungsbau reduziert hat, liegt ein nachhaltiger Umgang mit der Fläche noch in weiter Ferne. Wie aber werden sich die Siedlungs- und Verkehrsflächen mittel- bis langfristig in unterschiedlichen Regionen entwickeln? Welches Wachstum werden zum Beispiel zukünftig die ländlichen Räume zu erwarten haben?

Welche Nutzung wächst warum?

Mit rund 40 Hektar pro Tag nahmen in den letzten Jahren (2005 bis 2008) die Gebäude- und Freiflächen am stärksten zu. Zu ihnen zählen sowohl die Flächen für Wohnzwecke als auch diejenigen für Industrie, Gewerbe und Handel. Der Flächenverbrauch für Wohnzwecke hängt in hohem Maße von der steigenden Anzahl der Privathaushalte, deren Wohnpräferenzen und damit von der Art des Wohnbaus, wie etwa Geschosswohnungsbau oder Einfamilienhausbau ab. Die Neuinanspruchnahme von Flächen für Industrie, Gewerbe und Handel ist nicht nur das Ergebnis von Wirtschaftswachstum und regionalem beziehungsweise sektorialem Strukturwandel. Entscheidend ist auch, in welchem Umfang brach gefallene

Flächen reaktiviert und durch planerische Vorgaben unerwünschte Entwicklungen – zum Beispiel Einzelhandelsflächen auf der grünen Wiese – verhindert werden.

Die Erholungsflächen sind diejenige Nutzungsart, die mit 26,5 Hektar pro Tag am zweitstärksten wächst. Die in der jüngeren Vergangenheit teils exzessiven Zuwächse in diesem Bereich liegen aber nur teilweise in einem Wandel des Freizeitverhaltens begründet, etwa in einer Zunahme des Golfsports. In nicht unerheblichem Maße verbergen sich dahinter auch statistische Neuordnungen und eine weiterhin uneinheitliche Datenerfassung.

Rund ein Viertel des Flächenverbrauchs geht auf Verkehrsflächen zurück. Ihr Beitrag zum Flächenverbrauch ist mit 21 Hektar pro Tag seit Langem unvermindert hoch. Verkehrsflächen wachsen mit der Erschließung neuer Siedlungsgebiete und mit dem Ausbau des überörtlichen Verkehrsnetznetzes.

Ländliche Räume aasen mit Fläche

Wie die Abbildung verdeutlicht, entfielen in den Jahren 2005 bis 2008 mit fast 45 Hektar pro Tag etwa 50 Prozent der Flächeninanspruchnahme Deutschlands auf die ländlichen Kreise. Und das, obwohl hier nur etwa 29 Prozent der Bevölkerung leben. Neben einer Zunahme in der Gebäude-, Frei- und Verkehrsfläche ist dies auch auf Zuwächse bei den Erholungsflächen zurückzuführen. Trotz der beschriebenen statistischen Besonderheiten zeigt dies, dass der Umgang mit der knappen Ressource Fläche hier nach wie vor besonders kritisch ist. Noch deutlicher wird dies, wenn man den Flächenverbrauch in Relation zur Einwohnerzahl setzt. Mit sieben Quadratmetern pro Einwohner und Jahr wurde im ländlichen Raum fast doppelt so viel Fläche verbraucht wie im bundesdeutschen Durchschnitt.

Diese Expansion belegt nicht nur Fläche, sondern beeinträchtigt insbesondere bei stagnierender oder abnehmender Bevöl-

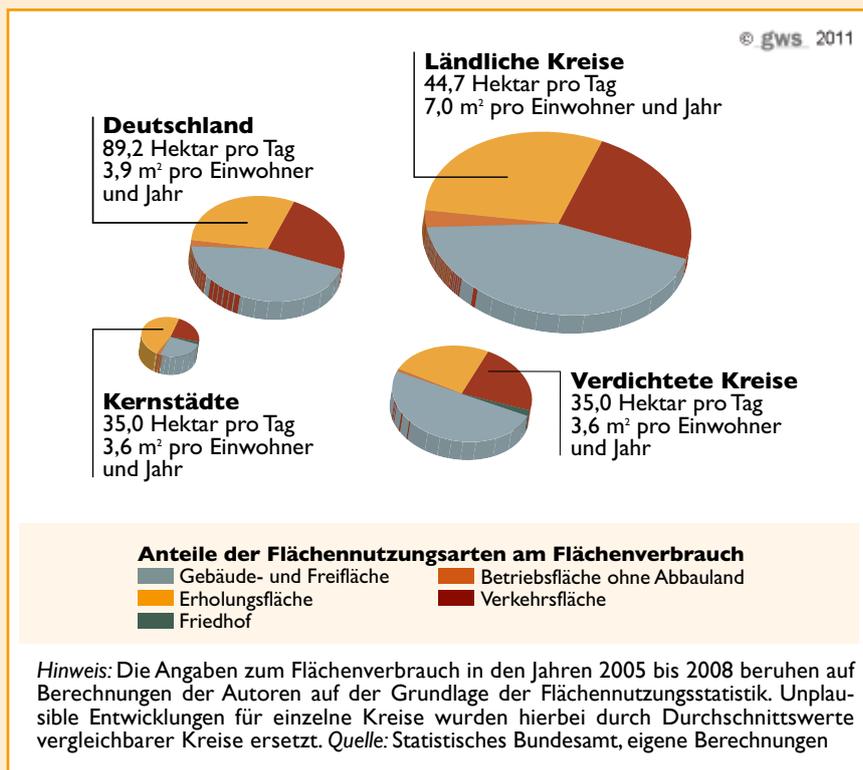


Abbildung: Flächeninanspruchnahme in Deutschland in den Jahren 2005 bis 2008

kerung die langfristige ökonomische Tragfähigkeit der technischen und sozialen Infrastruktur. Immer mehr Straßen und Leitungsnetze, Ver- und Entsorgungseinrichtungen, wie Kläranlagen, sowie soziale und kulturelle Einrichtungen, wie Kindergärten, müssen für immer weniger Einwohner instand gehalten und finanziert werden. Zudem erhöhen sich mit abnehmender Siedlungsdichte die zurückzulegenden Distanzen für Alltagshandlungen, wie etwa Arztbesuche, Einkäufe oder soziale Kontakte. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer alternden Bevölkerung sehr problematisch.

Prognose: Zersiedlung schreitet voran

Im Rahmen des BMBF-Forschungsverbundes REFINA (2006-2009) und neuerer Untersuchungen haben Wissenschaftler mithilfe des Computermodells PANTA RHEI REGIO (siehe Kasten) berechnet, wie sich der Flächenverbrauch in Deutschland zukünftig entwickeln wird. Danach würde sich unter aktuellen Bedingungen der gesamte zusätzliche Flächenverbrauch 2020 auf etwa 63 Hektar täglich belaufen – das 30 Hektar-Ziel wäre weit verfehlt. Schuld daran ist vor allem die Zunahme an Erholungs- und Verkehrsflächen. Die Gebäude- und Freifläche würde langfristig tendenziell etwas weniger stark wachsen, für den Zeitraum 2016–2020 projiziert das Modell etwa 27 Hektar pro Tag. Laut Modellprognose beeinflusst der starke Bevölkerungsrückgang in ländlichen Räumen die dortige Siedlungsentwicklung.

Der Zuwachs an Gebäude- und Freiflächen geht dort von 19,2 Hektar pro Tag (im Zeitraum 2005 bis 2008) auf voraussichtlich 11,2 Hektar pro Tag (im Zeitraum 2016 bis 2020) zurück. Angesichts des erwarteten massiven Bevölkerungsrückgangs im Osten des Landes ist das dortige projizierte Flächenwachstum jedoch unverändert expansiv. Die Siedlungsdichte Ostdeutschlands wird sich weiterhin negativer als in Westdeutschland entwickeln: So wird die Einwohnerzahl je Quadratmeter Siedlungs- und Verkehrsfläche hier zwischen 2008 und 2020 um über zwölf Prozent zurückgehen, während der Rückgang in Westdeutschland mit etwa sechs Prozent geringer ausfällt. Die Zersiedlung wird also weiter voranschreiten.

Es gilt grundlegend umzusteuern

Auch wenn die in den letzten Jahren gestiegene Sensibilisierung erste Früchte trägt, zeigen die Berechnungen, dass sich ohne weitergehende Anstrengungen die Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke nicht substantiell verringern wird. Die Hoffnung, dass sich der Verbrauch infolge des demografischen Wandels quasi automatisch auf ein nachhaltiges Maß reduzieren wird, erweist sich als Trugschluss. Gerade in ländlichen Räumen trifft die expansive Siedlungsentwicklung zunehmend auf sich wandelnde Flächennutzungsansprüche – etwa durch den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Prognosemodell PANTA RHEI REGIO

Das seit 2006 von der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung mbH entwickelte, empirisch fundierte Modell PANTA RHEI REGIO bildet den Prozess der Siedlungs- und Verkehrsflächenexpansion im Kontext demografischer und wirtschaftlicher Entwicklungen ab. Es analysiert deren Einflussfaktoren unter verschiedenen Szenarien. Dabei verknüpft es die Flächeninanspruchnahme in den 413 Landkreisen und kreisfreien Städten Deutschlands für alle Flächennutzungsarten vollständig mit den jeweiligen Einflussfaktoren. Für die demografischen Perspektiven legt das Modell die Raumordnungsprognose 2025/2050 zugrunde.

Zum Weiterlesen

Die REFINA-Forschung hat eine Vielzahl von Handlungsfeldern und Strategien für ein nachhaltigeres Flächenmanagement identifiziert. Das jüngst erschienene kostenlose „Handbuch für die Praxis“ gibt einen umfassenden Überblick hierzu. Das Handbuch kann auch unter www.difu.de unter dem Stichwort Publikationen heruntergeladen werden. Bock S, Hinzen A.; Libbe J. (Hrsg.): Nachhaltiges Flächenmanagement – Ein Handbuch für die Praxis – Ergebnisse aus der REFINA-Forschung, Berlin. Frerichs S., Lieber M., Preuß T. (Hrsg.): Flächen- und Standortbewertung für ein nachhaltiges Flächenmanagement – Methoden und Konzepte. Beiträge aus der REFINA-Forschung / Reihe REFINA Band V, Berlin.

Mehr Informationen:

Philip Ulrich
Gesellschaft für Wirtschaftliche
Strukturforchung mbH
Telefon: 05 41 / 40 93 32 00
E-Mail: ulrich@gws-os.com
www.gws-os.com



Bild: Stefan Thiermayer / Fotolia

Die Flächenwende kommt nicht von allein

Von Klaus Einig

Der Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland ist ein gravierendes Umweltproblem, das bestehende Regelungsinstrumente nicht lösen können. Eigentlich hätten die Bundesländer und die Kommunen den Spielraum, verbindlichere Regelungen zu treffen. Sie tun sich jedoch häufig schwer damit.

Seit einigen Jahren wird in Deutschland deutlich weniger Siedlungs- und Verkehrsfläche neu in Anspruch genommen als vorher. Dies ist jedoch nicht auf politische Maßnahmen zurückzuführen, sondern auf ungünstige Rahmenbedingungen für die Bauwirtschaft. Die Baukonjunktur hat sich aber bereits wieder erholt. Für 2011 rechnen die Landesbausparkassen mit einem intensivierten Wohnungsbau. Aber auch ohne einen solchen Aufschwung wäre die Erreichung des 30-Hektar-Ziels der Bundesregierung kein Selbstläufer, wie Berechnungen belegen. Die tägliche bauliche Flächeninanspruchnahme müsste von 78 Hektar im Jahr 2009 auf 30 Hektar bis 2020 reduziert werden.

Die Bundesländer sind in der Pflicht ...

Wie kann die Politik das 30-Hektar-Ziel erreichen? Der Bund darf den Ländern aus kompetenzrechtlichen Gründen ihre zukünftige Flächeninanspruchnahme nicht vorschreiben. Zur Umsetzung des 30-Hektar-Ziels ist er also auf die Länder angewiesen. Bisher hat jedoch außer dem Saarland kein Bundesland eine verbindliche Initiative ergriffen. Selbst flächenpolitisch besonders aktive Länder verzichten auf konkret bezifferte Mengenziele. Stattdessen verlassen sie sich auf bestehende Steuerungsinstrumente und fördern zusätzlich den Ausbau kooperativer Ansätze. Insbesondere Aufklärungskampagnen und Informationsangebote sollen zum Flächensparen anregen. Reformen bestehender oder die Einführung neuer Regulierungsinstrumente stehen in der Regel nicht auf der politischen Agenda. An Überlegungen, wie jedes Land zur Erreichung des 30-Hektar-Ziels individuell beitragen kann, haben sich Bund und Länder bisher nicht gewagt.

... und scheuen Verbindlichkeit

Raumordnungsrechtlich wären die Länder durchaus zu einer restriktiveren Steuerung legitimiert. Die meisten Länder weisen jedoch lediglich Gebiete zum Freiraumschutz in ihren Regionalplänen aus. So werden zwar Teile des Freiraums vor einer Bebauung geschützt, eine gezielte Steuerung der Siedlungs- und Verkehrsflächenentwicklung ist damit aber kaum möglich. Nur wenige Länder setzen positivplanerische Instrumente ein. Beispielsweise gibt Nordrhein-Westfalen den Gemeinden in Regionalplänen die Gebiete vor, in denen eine Bebauung des Siedlungsraumes bauleitplanerisch erlaubt ist. Einzig in Hessen gibt es gemeinschaftliche, quantifizierte Kontingente für die kommunale Baulandausweisung. Alle anderen Länder verzichten bewusst auf vergleichbare Instrumente, da diese als zu massiver Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung angesehen werden.

Viele Bundesländer lehnen verbindlichere Regelungen aber noch aus einem anderen Grund ab: Im Wettbewerbsföderalismus konkurrieren sie um die Ansiedlung von Unternehmen, die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Bindung mobilen Investitionskapitals und – bei einer schrumpfenden Gesamtbevölkerung – zunehmend um junge Haushalte und gut ausgebildete Arbeitskräfte. Um hier konkurrenzstark zu sein, wollen sie sich nach wie vor durch großzügige Baugebiete an attraktiven Standorten zu niedrigen Preisen auszeichnen.

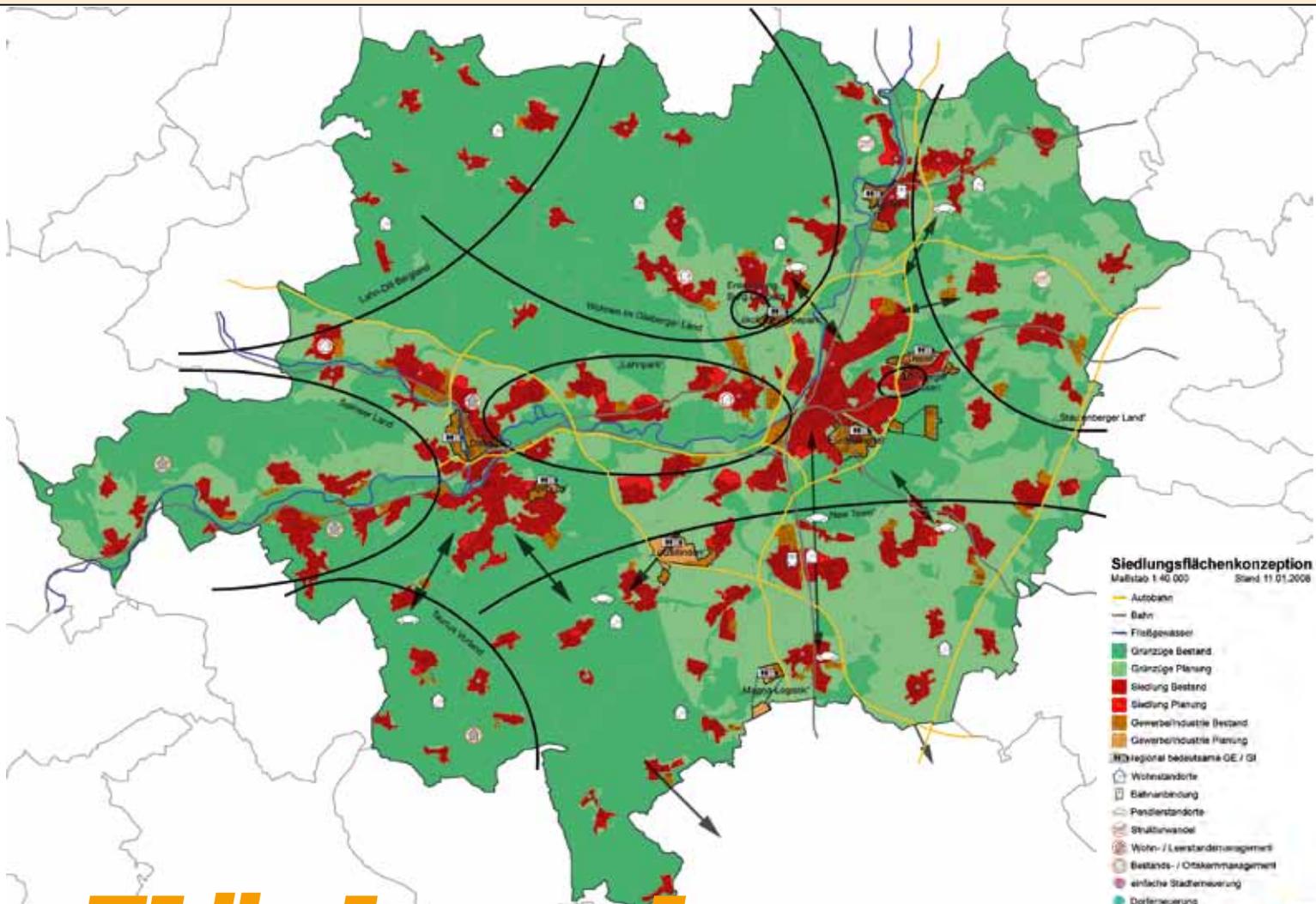
Kommunaler Ansatz als Lösung?

Da von den Ländern in absehbarer Zeit nichts Verbindlicheres zu erwarten ist, stellt sich die Frage, ob nicht ein Bot-

tom-up-Ansatz weiterhelfen könnte. In Deutschland ordnen und gestalten die Gemeinden ihr Gebiet städtebaulich selbst. Einen großen Teil der baulichen Flächeninanspruchnahme bereiten die Gemeinden also durch ihre Bauleitplanung vor. Umfragen belegen aber, dass bodenpolitische Grundsatzbeschlüsse und Flächennutzungspläne häufig immer noch auf eine Ausweitung des Baulandangebotes ausgerichtet sind. Das Ziel „Reduzierung der Flächeninanspruchnahme“ hat in der Kommunalpolitik eher eine geringe Priorität. Woran liegt das?

Konkurrenz um junge Haushalte und Firmen

Mit voranschreitendem demografischen Wandel nimmt die Konkurrenz um junge Haushalte zu. Dies führt zu einem paradoxen Effekt: Die Kommunen weisen trotz rückläufiger Nachfrage weiterhin expansiv Bauland aus. Durch Förderung der Eigentumsbildung wollen sie der Abwanderung und dem Bevölkerungsschwund vorbeugen. Von neuen Bürgern verspricht man sich vor allem eine verbesserte Auslastung der sozialen und technischen Infrastruktur. Neben eher ländlichen Gemeinden, die traditionell ihre Wohnbaulandpolitik auf den Ein- und Zweifamilienhausbau ausgerichtet haben, fördern auch die Kernstädte zunehmend den Eigenheimbau. Und in der Gewerbeflächenpolitik spielen angebotsorientierte Strategien eine noch größere Rolle als in der Wohnungsbaupolitik. Indem die Gemeinden Gewerbeflächen bereitstellen, wollen sie günstige Bedingungen für bestehende und neue Betriebe und damit Arbeitsplätze schaffen und natürlich kommunale Einnahmen generieren.



Flächenplanung endet nicht an der Kommunengrenze

Von Uwe Ferber

Um den Flächenverbrauch zu mindern, entwickelte die Stadtregion Gießen-Wetzlar 2007 bis 2009 in einem vom Bundesforschungsministerium geförderten Projekt ein interkommunales Siedlungsflächenkonzept. Für dessen verbindliche Umsetzung müssten sich die Probleme in der Region jedoch noch zuspitzen.

Genau 31 Monate gab es die Stadt Lahn, doch schon Mitte 1979 löste man nach Bürgerprotesten den Verbund von Wetzlar, Gießen und 14 weiteren umliegenden Gemeinden auf. Als Folge der gescheiterten Gebietsreform entstand eine kleinteilige kommunale Struktur. Obwohl die 19 Kommunen der Stadtregion große Brach- und Konversionsflächenpotenziale haben und die Bevölkerungszahlen stagnierten, hielt der starke Suburbanisierungstrend an: Die Bevölkerung wanderte aus den Kernstädten Gießen und Wetzlar in das Umland – mit den bekannten negativen städtebaulichen, sozialen, ökologischen und ökonomischen Folgen für Städte und Umland.

Von der Bestandsaufnahme zur Strategie

Für das Projekt „Nachhaltiges Siedlungsflächenmanagement Stadtregion Gießen-Wetzlar“, das Teil des Forschungsverbundes REFINA (siehe Kasten) war, erhoben die Wissenschaftler zunächst alle Flächenpotenziale im Innen- und Außenbereich und erstellten daraus Flächenbilanzen. In diese Bestandsaufnahme gingen aber nicht nur die Flächenpotenziale ein, sondern auch vorhandene planerische Grundlagen und Konzeptionen, wie Regionalplanung, Flächennutzungspläne und Entwicklungskonzepte. Auf dieser Grundlage entwi-

ckelten die Wissenschaftler Szenarien zur Siedlungsentwicklung, stellten ein stadtregionales Siedlungsflächenkonzept auf, ermittelten die hierfür zu erwartenden Folgekosten und erarbeiteten Vorschläge zur dauerhaften Verankerung des Flächenmanagements.

Große ungenutzte Potenziale

Die Flächenbilanzen erlauben erstmals über kommunale Grenzen hinweg einen Gesamtblick auf die Flächenentwicklung: Die Stadtregion verfügt über 917 Hektar Vorranggebiete Gewerbe (gemäß Regionalplanentwurf 2006), 235 Hektar gewerbliche Brachflä-

Abbildung 1: Siedlungsflächenkonzeption, Quelle: Eigene Darstellung (Stadt+, 2008), Kartengrundlage: Katasterpläne und Regionalplanentwurf

chen, 846 Hektar Vorranggebiete Wohnen (gemäß Regionalplanentwurf 2006) und 255 Hektar Baulücken im Bestand. Es sind somit umfangreiche Flächenpotenziale vorhanden, die einen großen Entscheidungsspielraum für gewerbliche Angebotsplanungen sowie die Bereitstellung von Wohnbauflächen (Prognose: 495 Hektar bis 2020) lassen. Hieraus ergibt sich angesichts der bekannten Probleme bei der Flächenmobilisierung jedoch kein Automatismus für gute (= innen) oder schlechte (= außen) Standortentscheidungen. Deshalb wurden in einem zweiten Schritt zunächst Szenarien der Siedlungsentwicklung entwickelt: Das *Trendszenario* illustriert die räumliche Entwicklungsperspektive ohne Umsteuerung. Das *FlächenkreislaufszENARIO* hingegen zeigt die realistischen Potenziale der Innenentwicklung. Für beide Szenarien bilanzierten die Wissenschaftler die Infrastrukturfolgekosten, die auf die 19 beteiligten Gemeinden zukommen werden. Dabei stellte sich heraus, dass durch die richtigen siedlungspolitischen Entscheidungen ein erhebliches Einsparpotenzial besteht: Deutlich über 20 Prozent der Investitionskosten ließen sich durch eine restriktive Flächenausweisung einsparen. Darüber hinaus ist auch langfristig mit günstigeren Betriebskosten und damit mit geringeren Kosten für die Verbraucher zu rechnen.

Mit Leitbildern Qualitäten betonen

Im nächsten Schritt erstellte der Forschungsverbund anhand der Berechnungen zu den Folgekosten und weiteren Daten der Kommunen und Zweckverbände ein Siedlungsflächenkonzept. Dieses umfasst Leitbilder für die Bereiche Wohnen und Gewerbe. Im Kontrast zum Regionalplan setzt das Konzept bewusst auf phantasie-

volle Leitbegriffe, etwa „Wohnen auf den Grünberger Terrassen“. Damit wollen die Verantwortlichen den Blick auf die Qualitäten und weniger auf die Quantitäten der Siedlungsflächen lenken. Damit aus dieser Idee ein praktisches Siedlungsflächenmanagement wird, schlugen die Wissenschaftler auch vor, einen raumordnerischen Vertrag auf freiwilliger Basis abzuschließen. Vertragspartner sollen die Träger der Landes- und Regionalplanung sowie kooperationswillige Kommunen sein.

Koordinierungsstelle führt Arbeit fort

Zur Umsetzung des Steuerungsmodells hat das Regierungspräsidium Gießen zunächst nach Abschluss des Projektes im Jahr 2010 eine Koordinierungsstelle eingerichtet. Diese soll den stadtreionalen Abstimmungsprozess zur Siedlungsflächenentwicklung koordinieren, die Flächeninanspruchnahme steuern und koordinieren, ein GIS-basiertes Standortinformationssystem aufbauen und führen, Gewerbeflächen in enger Kooperation mit der Wirtschaftsförderung und über die Evaluierung der Flächeninanspruchnahme mobilisieren sowie Finanzierungsmöglichkeiten generieren. Damit greift die Stelle Ergebnisse des Projektes direkt auf und führt sie in die praktische Politik.

Vieles bleibt bisher Theorie

Über diese Koordinierungsstelle hinaus führende Instrumente eines verbindlichen raumordnerischen Vertrages und Regionalbudgets werden weiter innerhalb der Stadtregion diskutiert, jedoch von den kommunalen Parlamenten bisher nur in Absichtserklärungen begrüßt. Als konkretes Ergebnis des Projektes wurde zumindest die Flächenthematik in die Hessische Nachhaltigkeitsinitiative aufgenommen.

Doch betrachtet man die bisherigen Konsequenzen aus dem Projekt, ist zwar eine koordinierte Siedlungsflächenentwicklung mit dem Abschluss des REFINA-Vorhabens fachlich untermauert und hinsichtlich ihrer Folgekosten transparent geworden. Sie beruht jedoch trotz der neuen Stabsstelle im Regierungspräsidium auf Freiwilligkeit. Für die Umsetzung verbindlicher Zielvereinbarungen und die Auflage interkommunaler Interventionsfonds reicht der Problemdruck in der Region offensichtlich bisher nicht aus.

Der Forschungsverbund REFINA

Im Rahmen des BMBF-Forschungsprogramms zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme (REFINA) arbeitete ein interdisziplinärer Forschungsverbund 2006 bis 2009 praxisnah an geeigneten und konsensfähigen Lösungsvorschlägen. Dem Leitprinzip der Flächenkreislaufwirtschaft folgend sollten:

- die Flächenneuanspruchnahme reduziert und Investitionen auf bestehende Gebiete gelenkt werden,
- interkommunale Konkurrenzsituationen entschärft und verschwenderische Flächenausweisungen vermieden werden,
- die stadtreionale Profilierung auf Grundlage eines gemeinsamen Siedlungsflächenmanagements vorangetrieben und
- eine dauerhafte interkommunale Kooperation unterstützt werden.

Zum Weiterlesen

Ferber U., Müller M. (2009): Stadtregion Gießen-Wetzlar – Kommunikation nach der Konfrontation? In: Bock S., Hinzen A., Libbe J. (Hrsg.): Nachhaltiges Flächenmanagement – in der Praxis erfolgreich kommunizieren. Ansätze und Beispiele aus dem Förderschwerpunkt REFINA, Reihe REFINA Band IV, Berlin. Koziol M., Walther J: (2009): Abschätzung der Infrastrukturfolgekosten. Das Beispiel der Region Gießen-Wetzlar. In: Preuß T., Floeting H. (Hrsg.): Folgekosten der Siedlungsentwicklung. Bewertungsansätze, Modelle und Werkzeuge der Kosten-Nutzen-Betrachtung, Beiträge aus der REFINA-Forschung, Reihe REFINA Band III, Berlin. Projektsekretariat REFINA, Universitätsstadt Gießen, Der Magistrat (Hrsg.) (2009): Umsetzung eines nachhaltigen regionalen Siedlungsflächenmanagements. Handlungsempfehlungen für Kommunen und das Land, Gießen.

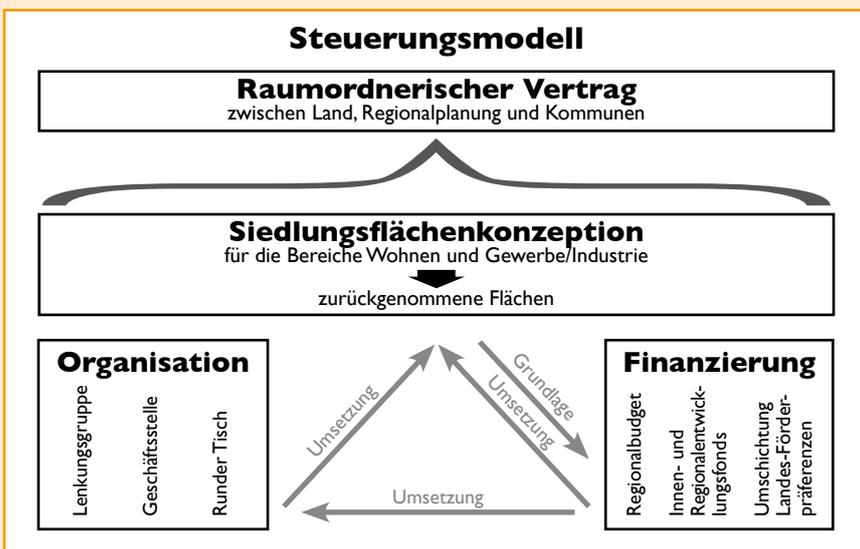


Abbildung 2: Steuerungsmodell, Quelle: Eigene Darstellung (Stadt+, 2008)

Mehr Informationen:

Dr. Uwe Ferber
 Projektgruppe Stadt + Entwicklung
 Ferber, Graumann und Partner Leipzig
 Telefon: 03 41 / 48 07 0 26
 E-Mail: uwe_ferber@projektstadt.de
 www.refina-region-wetzlar.giessen.de,
 www.hessen-nachhaltig.de

Bürger stärken Ortskerne

Von Juliane Mante und Anke Wehmeyer

Innerörtliche Brachen und Leerstände nutzen, anstatt am Ortsrand neues Bauland auszuweisen – dies ist eine der erfolgversprechendsten Strategien, um den Flächenverbrauch einzudämmen und den Ortskernen wieder Leben einzuhauchen. 31 Gemeinden in den Leader-Regionen Oberschwaben und Südschwarzwald machen es vor.

Der demografische und wirtschaftliche Wandel betrifft auch die ländlichen Gemeinden Baden-Württembergs. Die Bevölkerung altert und die Einwohnerzahlen stagnieren oder sinken. Auch wenn die Probleme hier längst nicht so drastisch sind wie in vielen peripheren ostdeutschen Regionen, zeigen sich auch hier erste Folgen: Leer stehende oder stark sanierungsbedürftige Wohn- und Wirtschaftsgebäude lassen die Ortskerne veröden. Gleichzeitig entstehen immer noch viele Neubaugebiete in den Ortsrandlagen, die bei einer besseren Nutzung von Flächen im Innenbereich nicht notwendig wären. Das Projekt MURMEL (siehe Kasten) ging diese Probleme frühzeitig an.

Oberschwaben und Südschwarzwald

Die Leader-Regionalmanagements Oberschwaben und Südschwarzwald mobilisierten insgesamt 31 interessierte Gemeinden: Im Juni 2008 nahmen 26 Gemeinden in Oberschwaben im Projekt „In unserem Dorfkern leben – gemeinsam Gebäude aufwerten und Naturflächen schonen!“ ihre Arbeit auf. Im Frühjahr 2009 gingen fünf Gemeinden im Südschwarzwald im Projekt „Schwarzwaldort – Lebensort. Projekt zur

Aktivierung innerörtlicher Potenziale“ an den Start. In beiden Regionen bearbeiteten die Arbeitsgruppe (AG) MURMEL und die Leader-Geschäftsstelle zudem gemeinsam jeweils ein Rahmenprojekt. Hier organisierten sie Austauschveranstaltungen und koordinierten das Gesamtvorhaben. Im Südschwarzwald erhoben sie die Flächenpotenziale von weiteren 24 Gemeinden. In den Gemeindeprojekten entwickelten diese im Dialog mit ihren Bürgern sowie mit Planern und Moderatoren konkrete Maßnahmen zur Stärkung ihrer Ortskerne. Da jede Gemeinde andere Ziele und Voraussetzungen hatte, gingen sie ganz unterschiedlich in die Umsetzung. Zwei Beispiele – die Gemeinde Rechtenstein (Oberschwaben) und die Gemeinde Königfeld (Südschwarzwald) – stellen wir hier vor.

Rechtenstein aktiviert Eigentümer

Die Gemeinde Rechtenstein im Alb-Donau-Kreis liegt mit ihren rund 300 Einwohnern in reizvoller Landschaft direkt an der Donau und rund 90 Kilometer von Stuttgart entfernt. Damit hat sie beste Voraussetzungen für den Tourismus. Vor allem die Jugend finden jedoch anderswo oft

reizvollere berufliche Perspektiven, folglich ist der Altersdurchschnitt hier recht hoch. Dadurch stehen immer mehr Häuser im Ortskern leer oder werden nur noch zeitweise als Ferienhaus genutzt, mit un schönen Folgen für das Ortsbild. Um frühzeitig negativen Folgen – etwa für den Tourismus – vorzubeugen, entschloss sich der Gemeinderat im Sommer 2007 zur Teilnahme am MURMEL-Projekt.

Zu Beginn erhoben die Gemeinde und die AG MURMEL alle leer stehenden oder sanierungsbedürftigen Gebäude im Ort – eine Voraussetzung dafür, dass potenzielle Sanierungs- oder Umnutzungsmaßnahmen über MEPL II (Schwerpunkt Dorfentwicklung) förderfähig sind. In mehreren Veranstaltungen diskutierten Gemeinderat und Bürger, wie sich der Ort entwickeln soll. Im Frühjahr 2008 befragte der Gemeinderat gemeinsam mit dem Architekten der AG MURMEL die Eigentümer ausgewählter Gebäude persönlich, ob sie sanieren oder selten genutzte Ferienhäuser verkaufen wollten. Dabei erläuterten sie auch Fördermöglichkeiten und der Architekt gab erste Sanierungstipps. „Einige Bürger fühlten sich in ihrer Privatsphäre bedroht, aber die Mehrzahl hat doch positiv reagiert“, so Bürgermeisterin Romy Wurm. Sie fügt hinzu: „Viele hätten die Sanierung finanziell sicher allein stemmen können, aber die Fördergelder und die kostenlose Beratung durch den Architekten waren natürlich große Anreize.“ Außerdem unterstützte sie Bürger bei Behördengängen, etwa wenn sie eine Baugenehmigung oder Fördermittel beantragen wollten.

Bis Abschluss des Projektes Ende 2009 konnten zwei ungenutzte Häuser verkauft



Bild: DVS



Bild: Gemeinde Königsfeld



Bild: DVS

Durch sinkende Gästezahlen gingen in Königsfeld (Südschwarzwald) viele Kurbetriebe insolvent, immer mehr Gebäude standen leer. Eines dieser Gebäude war das ehemalige Kurmittelhaus (links), auf dessen Gelände nun ein neues Zentrum für Komplementärmedizin entsteht (rechts).

werden, die ohne Zuschüsse saniert werden und in die junge Familien einziehen. Fünf Häuser sollen mit Zuschüssen saniert werden. Begleitet durch die LAG Oberschwaben laufen die Aktivitäten weiter. „Letztendlich haben wir mit diesem Projekt nicht nur etwas für unser Ortsbild getan“, resümiert Romy Wurm. Durch die Beschäftigung mit dem Ort sei ein ganz neues Gemeinschaftsgefühl entstanden und dadurch viele weitere Projekte.

Königsfeld steuert um

Ganz andere Rahmenbedingungen hat die Gemeinde Königsfeld im Schwarzwald-Baar-Kreis. 1806 von der christlichen Glaubensbewegung Herrnhuter Brüdergemeine gegründet, zählt der Kurort heute rund 6000 Einwohner. Die Gemeinde hat ihre wirtschaftlichen Stärken vor allem im Tourismus, im Bildungs- und Gesundheitswesen. Das Besondere an Königsfeld ist, dass der gesamte Ortskern als Ensemble unter Denkmalschutz steht und hier der Gesundheitsbetrieb im Flächennutzungsplan verbindlich ausgewiesen war. Durch sinkende Gästezahlen gingen in den letzten Jahren jedoch viele Kurbetriebe insolvent, immer mehr Gebäude standen leer. Da die Gemeinde zudem die Waldflächen der Umgebung als Garantie für ihr bekanntes Heilklima erhalten wollte, musste sie die Beschränkung auf den Gesundheitsbetrieb aufheben und ihre Freiflächen und Leerstände im Ortskern entwickeln. Ein konfliktreiches Ziel, denn viele Bürger schätzen gerade die lockere Bebauung und die Grünflächen im Innenbereich. „Der Bürgerbeteiligungsprozess war dementspre-

chend sehr aufwändig“, meint Fritz Link, Bürgermeister von Königsfeld. „Er zog sich mit den Vorbereitungen über zwei Jahre, hat sich aber auf jeden Fall gelohnt. Damit haben wir viele Konflikte, die hinterher aufgetreten wären, vermieden“.

Die Gemeinde hat es nicht bei der Konzeption belassen: Die mit den Bürgern erarbeiteten Alternativen für die fünf identifizierten Leerstände und Freiflächen werden nun nach und nach umgesetzt. Dafür bekam die Gemeinde eine Million Euro aus dem „Städtebaulichen Denkmalschutzprogramm West“ bewilligt und wurde ins Landessanierungsprogramm aufgenommen. So wird derzeit direkt neben dem Rathaus ein neues Zentrum für Komplementärmedizin gebaut, in dem unter anderem eine Gemeinschaftspraxis entsteht. „Wir haben einen akuten Ärztemangel, deshalb wollen wir interessierten Ärzten ein familienfreundliches Arbeitsumfeld schaffen“, so Fritz Link.

„Der wichtigste Erfolgsfaktor für solche Projekte ist die Überzeugung des Bürgermeisters, dass Innenentwicklung das Gebot der Stunde ist“, resümiert Dr. Barbara Malburg-Graf von der AG Murrel. Dabei ist sie schwieriger als Außenentwicklung, da die Gemeinde die Bürger gewinnen muss. Sie ist jedoch auch die Voraussetzung für die Zukunft der Gemeinden, denn eine wirtschaftlich und sozial lebendige Gemeinde braucht ein lebendiges Dorfczentrum.

MURMEL macht mobil

Das „Modellprojekt Umsetzung Regionaler Maßnahmen zur Eindämmung des Landschaftsverbrauchs in Leader-Regionen (MURMEL)“ wurde 2008 bis 2010 in den Leader-Regionen Oberschwaben und Südschwarzwald umgesetzt (www.murrel-bw.de). Die Arbeitsgruppe MURMEL, bestehend aus Dr. Barbara Malburg-Graf, Dipl.-Geogr. Petra Schmettow und Dipl.-Ing. Martin Wypior, hatte sich 2007 zusammengefunden und das MURMEL-Konzept entwickelt. Die AG beriet Gemeinden, die sich zur Teilnahme entschlossen haben, und entwickelte mit ihnen die zukünftige Vorgehensweise. Die teilnehmenden Gemeinden tauschten sich untereinander aus und gaben sich so Anregungen. Dabei sollte die Innenentwicklung als Teil einer übergreifenden Gemeindeentwicklung verstanden werden. Ziel war es, innerhalb des Prozesses Maßnahmen vorzubereiten, die idealerweise über das Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum Baden-Württembergs (MEPL II) förderfähig sind. Die AG MURMEL leistete außerdem die wissenschaftliche Begleitforschung in den Rahmenprojekten.

Mehr Informationen:

Emmanuel Frank
 Leader Aktionsgruppe Oberschwaben
 Landratsamt Sigmaringen
 Telefon: 07 5 71 / 10 25 0 10
 E-Mail: leader@lrasig.de

Reinhard Metsch
 Leader Aktionsgruppe Südschwarzwald
 Landratsamt Waldshut
 Telefon: 07 7 51 / 86 26 09
 E-Mail: Reinhard.Metsch@landkreis-waldshut.de

Kooperation zahlt sich aus



Von Barbara Schulz-Hönerhoff

Viele Gemeinden weisen immer noch neues Bauland aus, um ihre Infrastruktur durch neue Bewohner und Unternehmen besser auszulasten – eine teure und oft wenig erfolgreiche Strategie. Dabei könnten sie ihre Angebote der Grundversorgung gemeinsam betreiben und damit Kosten und Flächen sparen. Einige erfolgreiche Beispiele beschreibt dieser Beitrag.

Der demografische Wandel lässt in vielen ländlichen Gemeinden die Pro-Kopf-Kosten für die Ver- und Entsorgung steigen, da diese auf immer weniger Menschen umgelegt werden müssen. Versorgungsangebote – zum Beispiel der Öffentliche Nahverkehr – werden teilweise aufgegeben, da sie zu wenig ausgelastet und damit unrentabel sind. Ein Teufelskreis, denn durch zu teure oder unzureichende Strukturen der Daseinsvorsorge wird die Kommune unattraktiv für Bewohner und Unternehmen. Die häufig schlechte Finanzsituation, speziell der kleineren Gemeinden und Städte, begrenzt deren Handlungsspielraum. Einige versuchen mit der Ausweisung neuer Baugrundstücke, junge Familien oder Unternehmen anzuziehen und so ihre Infrastrukturen besser auszulasten und die Kassen aufzufüllen. Oftmals bleiben kostspielig erschlossene Gewerbe- und Wohngebiete jedoch leer, die Kommunen auf ihren Kosten sitzen. Damit wird zum einen unnötig Fläche verbraucht, anstatt innerörtliche Brachflächen oder Leerstände intelligent zu nutzen. Zum anderen wäre das gemeinsame Betreiben der

Infrastruktur mit Nachbargemeinden oder eine gemeinsame Flächenentwicklung für die Kommunen viel kostengünstiger.

Gemeinsam Arbeitsplätze schaffen

Dass sich Arbeitsplätze auf dem Land zusammen viel flächen- und kostensparender schaffen lassen, erkannten die fünf Städte und Gemeinden Felsberg, Malsfeld, Melsungen, Morschen und Spangenberg im nordhessischen Kreis Schwalm-Eder, die zwischen 3.500 und 14.000 Einwohner zählen. Sie schlossen sich bereits 1998 zusammen, um an einem attraktiven Standort an der Autobahn A 7 ein interkommunales Gewerbegebiet zu errichten (www.gewerbegebiet-mittleres-fuldatal.de). Die Bürgermeister erkannten, dass unnötig Flächen entwickelt und ruinöse Infrastrukturkosten entstanden wären, wenn jede Gemeinde für sich ihr eigenes Gewerbegebiet erschlossen und vermarktet hätte – bei ungewissen Erfolgsaussichten. Durch ein großes Angebot an Gewerbeflächen wäre eine Konkurrenzsituation entstanden und

die Bodenpreise stark gesunken. Um dies zu vermeiden, gründeten sie den Zweckverband „Gewerbegebiet Mittleres Fuldatal“ und verteilten nach dem Einwohner-schlüssel die Kosten und Einnahmen. Auf die Ausweisung eigener Gewerbeflächen verzichteten sie. Mittlerweile umfasst das Gewerbegebiet 48 Hektar erschlossenes Bauland. Auf 31 Hektar haben sich bereits Betriebe angesiedelt, über 400 Arbeitsplätze sind zum größten Teil neu entstanden. Einige Handwerksbetriebe siedelten aus den Innenlagen um und konnten sich so vergrößern. Dieses Projekt wurde durch EFRE-Mittel gefördert.

Kinder flexibel und verlässlich betreut

Kinderbetreuung kann auf dem Land ebenso flexibel und attraktiv sein wie in der Stadt, wenn die Gemeinden ihre Bevölkerungsprognosen kennen und sich rechtzeitig darauf einstellen. Im mittelhessischen Kreis Marburg-Biedenkopf haben die Gemeinden Münchhausen und Lahntal (3.500 und 7.000 Einwohner) 2009 den

Das gemeinsam entwickelte und erschlossene Gewerbegebiet der Gemeinden Felsberg, Malsfeld, Melsungen, Morschen und Spangenberg im nordhessischen Kreis Schwalm-Eder.



Bild: Zweckverband Mittleres Fuldaetal

Verein „Kinder sind unsere Zukunft e.V.“ gegründet (www.ksuz.de). Der Verein bündelt die Verwaltung und pädagogische Leitung von fünf Tagesstätten für Kinder ab sechs Monaten sowie eine Grundschul-kinderbetreuung. Die 40 Erzieherinnen und Erzieher werden nach Bedarf in den Einrichtungen der verschiedenen Ortsteile eingeplant. Dadurch wird das Angebot bei Personalausfall oder veränderter Nachfrage konstant beibehalten. Auch Tagesmütter sollen zukünftig in den Randzeiten zur zeitweisen Ergänzung eingesetzt werden. Erfordert die Situation der Eltern andere Betreuungszeiten, können sie ihre Kinder in der Kindertagesstätte des Nachbarortes unterbringen, denn jede Tagesstätte hat andere Öffnungszeiten. So ist die Betreuung der Kinder jederzeit optimal gesichert. Das Modell ist eine Win-win-Situation für alle Beteiligten: Die Gemeinden können ihre Kinderbetreuung aufrechterhalten und sparen Verwaltungskosten. Die Eltern profitieren von dem flexiblen Angebot, auch wenn sie manchmal einen etwas längeren Anfahrtsweg haben.

Rundumversorgung in Nordfriesland

Im Kreis Nordfriesland haben sich schon 1985 die Gemeinden Arlewatt, Horstedt und Olderup (zwischen 340 und 760 Einwohner) zum Schulverband Horstedt zu-

sammengeschlossen (www.horstedt.de). Die rund 90 Schulkinder der drei Gemeinden besuchen die Grundschule in Horstedt. Im Gegenzug gehen die etwa 30 Kinder im Kindergartenalter in den Kindergarten nach Olderup, der auch Kinder unter drei Jahren betreut. Die dritte Gemeinde – Arlewatt – stellt die Sportanlagen und das Dorfgemeinschaftszentrum. Das Eigentum an den drei Immobilien wurde gedrittelt und entstehende Kosten werden nach unterschiedlichen Schlüsseln auf die drei Gemeinden umgelegt.

Drei Gemeinden – Ein Hallenbad

Attraktive Sport- und Freizeitangebote sind ein wichtiger weicher Standortfaktor für ländliche Gemeinden. Gerade der interkommunale Betrieb von Hallenbädern ist eine interessante Lösung, da viele Hallen- und Freibäder in den letzten Jahren wegen zu hoher finanzieller Belastungen der Gemeinden geschlossen werden mussten. Ein ermutigendes Beispiel hierfür ist der Zweckverband „Hallenbad Mittleres Kinzigtal“ im hessischen Main-Kinzig-Kreis (www.linsengericht.de/zweckverband-hallenbad-gelnhausen.html). Die Gemeinden Gründau, Linsengericht und die Stadt Gelnhausen (9.900 bis 22.000 Einwohner) gründeten zusammen mit dem Kreis den Zweckverband bereits 1970 und teilen sich seither die Ausgaben und Einnahmen nach dem Einwohnerschlüssel. Obwohl der Kreis mittlerweile ausgeschieden ist, kann das Sport- und Freizeitangebot durch die Kooperation vorerst erhalten werden.

Abwasser entsorgen, Energie produzieren

Als Standortvorteil gelten auch moderate Gebühren für die Ver- und Entsorgung. Die Verbandsgemeinden Selters, Dierdorf und Wirges im Westerwald und der Abwasserzweckverband Holzbach lösen das Problem der steigenden Pro-Kopf-Kosten für die Abwasserentsorgung gemeinsam (www.selters-www.de; www.siekman-ingenieure.de). Mehrere alte Abwasseranlagen hätten teuer saniert und erweitert werden müssen, deshalb entschieden sie sich für die Aufrüstung einer gemeinsamen, zentralen Anlage für insgesamt 11.500 Einwohner. Ein besonders innovativer und nachhaltiger Aspekt dabei: Sie nutzen den Klärschlamm aus ihren und weiteren Nachbarkläranlagen zur Erzeugung von Energie, die in Strom und Wärme umgewandelt wird (Kapazität: 35.000 Einwohnerwerte). Für die Größe der Anlage legten sie die Bevölkerungsprognose für die nächsten 40 Jahre zugrunde. So sollen die Gebühren für die angeschlossenen Haushalte und Betriebe auf einem verlässlichen und akzeptablen

Niveau gehalten werden. Die überflüssigen, alten Anlagen werden rückgebaut und die Gelände renaturiert, so entsteht sogar ein Überschuss an Ausgleichsfläche. Für ihre interkommunale Kooperation erhielten die Gemeinden eine Förderung des rheinland-pfälzischen Umweltministeriums.

Es gibt viele Möglichkeiten, Flächen und Kosten zu sparen. Neben interkommunalen Kooperationen oder einer verstärkten Innenentwicklung bergen auch die Konversion, die Umnutzung ehemals militärisch genutzter Flächen und Gebäude oder das Recycling ehemals industriell oder gewerblich genutzter Anlagen erhebliche Flächenreserven. Besteht der Wille zur Zusammenarbeit, kann jeder Akteur vor Ort die Notwendigkeiten und Spielräume für nachhaltige Lösungen prüfen. Die vielen positiven Beispiele können dazu anregen und ermutigen.

Zum Weiterlesen

Weitere Praxisbeispiele gibt es unter anderem auf diesen Websites:

- www.stmi.bayern.de/buerger/kommunen/zusammenarbeit → Praxisbeispiele
- www.hmdi.hessen.de → kommunales → ikz
- datenbank ikz

Mehr Informationen:

Barbara Schulz-Hönerhoff
 Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
 Telefon: 02 28 / 68 45 32 68
 E-Mail: barbara.schulz-hoenerhoff@ble.de

Gemeinsame Aktivitäten am Drei-Dörfer-Gemeinschaftszentrum verbinden: Die Jugendlichen aus den Gemeinden Arlewatt, Horstedt und Olderup in Nordfriesland bezeichnen sich selbst neuerdings als "Osterdörfer".



Bild: Silke Clausen, Arlewatt

Konflikte zwischen Bauvorhaben, Landwirtschaft und Naturschutz mindern

Von Anett Wagner, Ulrich Hampicke und Birgit Litterski

Produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen im Rahmen der Eingriffsregelung sind ein wirksames, aber bisher wenig genutztes Instrument zur Entschärfung von Flächennutzungskonflikten zwischen Bauvorhaben, Landwirtschaft und Naturschutz. Doch worauf ist zu achten, um diese ökologisch und ökonomisch sinnvoll einzusetzen?

In Deutschland ist die Regelung zur naturschutzrechtlichen Kompensation, also dem Ausgleich und Ersatz von Eingriffen (§§ 13 bis 19 Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG), das wichtigste Instrument zum Schutz von Natur und Landschaft außerhalb von besonders geschützten Gebieten. Jeder rechtmäßige, gestattete Eingriff in Natur und Landschaft muss, unabhängig davon, wer den Eingriff verursacht, kompensiert werden. Doch diese Kompensationsmaßnahmen entziehen der Landwirtschaft neben der Fläche für die Baumaßnahme häufig zusätzlichen wertvollen Boden. Deshalb diskutiert die Fachwelt seit einigen Jahren verstärkt die sogenannte produktionsintegrierte Kompensation (PIK, siehe Kasten) als Lösungsmöglichkeit. Sie soll den Flächennutzungskonflikt zwischen Bauvorhaben, Landwirtschaft und Naturschutz mindern, wird bisher aber kaum umgesetzt.

Rücksicht nehmen als erstes Gebot

Auch der Paragraph 15 Abs. 3 BNatSchG – die sogenannte Agrarklausel – reagiert seit 2010 auf diesen starken Flächennutzungskonflikt und ist damit eine erste rechtliche Grundlage der PIK. Der Paragraph soll sicherstellen, dass die Belange der Landwirtschaft stärker berücksichtigt werden: Ertragreiche landwirtschaftliche Flächen sollen nur in notwendigem Umfang genutzt und nutzungserhaltende Kompensationsmaßnahmen eingesetzt werden (siehe In-

terviews S. 28). Bei dieser Regelung handelt es sich aber „nur“ um ein Rücksichtnahmegebot und einen besonderen Prüfauftrag für die behördliche Tätigkeit.

Was erlauben die Fachrechte?

Gerade intensiv genutzte landwirtschaftliche Nutzflächen weisen in der Regel die nach dem BNatSchG für Kompensationsmaßnahmen nötige ökologische Aufwertungsfähigkeit und -bedürftigkeit auf. Doch die PIK muss in jedem Fall über die (wenigen) zwingenden Anforderungen der guten fachlichen Praxis bei der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung hinausgehen. Deren Einhaltung ist auch für die Artenschutzproblematik von Bedeutung (§ 44 Abs. 4 Satz 1 BNatSchG). Bekommt der Landwirt gleichzeitig die Betriebsprämie, muss die PIK außerdem über die Cross-Compliance-Anforderungen hinausgehen. Eine Kombination von PIK-Maßnahmen mit Agrarumwelt- und Vertragsnaturschutzmaßnahmen ist möglich, allerdings ist das Verbot der Doppelförderung zu beachten. Hierzu sollten die jeweiligen Maßnahmeninhalte klar voneinander abgegrenzt sein.

Dauerhafte Sicherung ist möglich

Der Eingriffsverursacher oder dessen Rechtsnachfolger müssen Kompensationsmaßnahmen innerhalb des behördlich festgesetzten Zeitraums unterhalten und recht-

lich sichern (§ 15 Abs. 4 Satz 1 BNatSchG). Um PIK-Maßnahmen auf Flächen, die nicht dem Eingriffsverursacher gehören, rechtlich dauerhaft zu sichern, ist es – vor allem außerhalb des Baurechts – empfehlenswert, schuldrechtliche und dingliche Rechtsinstrumente zu kombinieren. Schuldrechtliche Instrumente sind zum Beispiel Pacht- oder Pflegeverträge, dingliche die Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit oder einer Reallast ins Grundbuch. Schaltet man externe Maßnahmenträger für die Verwaltung und Kontrolle von PIK-Maßnahmen ein (siehe Beitrag S. 26-27), sind weitere Varianten denkbar. Die PIK kann auch im Rahmen von Flächenpools (Flächenbevorratung) und Ökokonten (Flächen- und Maßnahmenbevorratung) verwirklicht werden. Da Ausgleichsmaßnahmen seit 2010 keinen Vorrang mehr vor Ersatzmaßnahmen haben (§ 13 BNatSchG), können diese Instrumente flexibler als bisher eingesetzt werden. Bundesrechtliche Regelungen für eine naturschutzfachlich sinnvolle Wirksamkeitskontrolle und die Möglichkeit, Maßnahmen nachträglich anzuordnen, gibt es leider nicht. Das BNatSchG gibt nur vor, dass Sicherheitsleistung, Kompensationsverzeichnis und Durchführungskontrolle den Vollzug der Maßnahmen sicherstellen sollen.

Welche Maßnahme eignet sich wofür?

Beeinträchtigt ein Eingriff Arten oder Funktionen landwirtschaftlicher Flächen, sollte

Blühstreifen im Rahmen der PIK bereichern die Landschaft insbesondere in hoch produktiven Börderegionen.

die Kompensation auch den Lebensraum Acker oder Grünland betreffen. In Bördelandschaften können Bauvorhaben zum Beispiel den Lebensraum des Feldhamsters beeinträchtigen oder zerstören, in der offenen oder halboffenen Agrarlandschaft den vieler Vogelarten. Für diese wären etwa ein- oder mehrjährige Bracheflächen am Rande oder innerhalb eines Feldschlages sinnvolle Kompensationsmaßnahmen. Feldvögel wie die Feldlerche profitieren außerdem von einer extensiveren Ackernutzung: dem Verzicht auf mechanische Bodenbearbeitung während der Brutzeit, einer verringerten Bestandsdichte der Feldfrucht, nicht bewirtschafteten Fenstern innerhalb des Feldes (sogenannte Lerchenfenster) sowie kleinflächiger Ernte oder später Mahd. Beeinträchtigt ein Bauvorhaben die Artengemeinschaften ertragsschwacher Sand- oder Kalkäcker, eignen sich andere extensive Bewirtschaftungsmaßnahmen wie der Verzicht auf Pflanzenschutzmittel und eine reduzierte Düngung.

Häufig wird die PIK auf Grünland umgesetzt, dabei kann man auf die Erfahrungen aus der extensiven Grünlandbewirtschaftung im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen zurückgreifen. Viele artenreiche Grünlandgesellschaften lassen sich nur schwer etablieren. PIK-Maßnahmen im Grünland sollten sich deshalb der möglichst großräumigen Pflege und Bewirtschaftung artenreichen Grünlandes und der Etablierung von Pufferzonen um bestehende artenreiche Bestände widmen. Dabei ist auch die historisch überlieferte Bewirtschaftung der jeweiligen Grünlandgesellschaft und Region zu berücksichtigen: Eine standortangepasste Bewirtschaftung muss Schnitthäufigkeit, Mahdzeiten und Viehbesatzstärke ebenso wie eine entsprechende Nährstoffversorgung und den Wasserhaushalt berücksichtigen.

Bild: Thomas Grünisch / Pixello



Die landwirtschaftliche Erzeugung sollte in Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen einbezogen werden.

Grundsätzlich gilt: Für jede Fläche muss einzeln geprüft werden, welche PIK-Maßnahme in welcher Weise und in welchem Umfang die durch den Eingriff betroffenen Arten oder Schutzgüter fördert und inwieweit sie sich damit für die naturschutzrechtliche Kompensation eignet.

Das Ganze im Blick behalten

Im Rahmen der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung sollten auch großflächige landschaftsbezogene Konzepte, die prioritäre Erfordernisse des Arten- und Biotopschutzes berücksichtigen, verwirklicht werden. Durch funktionsfähige Mosaik aus nebeneinanderliegenden extensiv bewirtschafteten Acker- und Grünlandflächen sowie Wäldern würde die Kulturlandschaft eine hohe strukturelle und biologische Diversität erhalten. Neben den Agrarumweltmaßnahmen können auch PIK-Maßnahmen einen wertvollen Beitrag hierzu leisten, indem sie zum Beispiel angrenzend an naturschutzfachlich wertvolle Restflächen umgesetzt werden.

Auch die Ökonomie muss stimmen

Aus ökonomischer Sicht verlangt ein erfolgreicher Einsatz der PIK die Beherrschung von zwei Grundproblemen: zum einen die Betriebswirtschaft der kooperierenden Agrarunternehmen und zum anderen die Ökonomie der Zeit.

Betriebswirtschaft

Erklärt sich ein Landwirt zur Mitarbeit bereit, so bedeutet dies Umstellungen in seinem Betrieb. Diese sind zunächst ökonomisch nachteilig, und der Ausgleich dieser Nachteile muss einvernehmlich kalkuliert werden. Darüber hinaus können gegebenenfalls zusätzliche finanzielle Anreize gewährt werden.

Im Ackerbau ist es relativ einfach, den Deckungsbeitrag der im Rahmen der PIK verlangten Flächennutzung zu berechnen und die Differenz zu dem der „normalen“ Nutzung zu ermitteln. Die Tabelle auf S. 24 zeigt in einem sehr vereinfachten Beispiel, wie viel einem Betrieb mindestens erstattet werden muss, wenn er sich bereit

Bild: Fotolyse / Fotolia



Eine Streuwiese als anspruchsvolle Aufgabe für die produktionsintegrierte Kompensation macht gegebenenfalls den Bau eines Festmiststalles erforderlich.

Produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen

Produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen (PIK-Maßnahmen) sollen den naturschutzfachlichen Ausgleich für eine Baumaßnahme schaffen, ohne die dafür notwendigen Flächen der landwirtschaftlichen Produktion zu entziehen. Dabei werden die landwirtschaftlichen Flächen unter Naturschutzauflagen weiter bewirtschaftet. Die Auflagen richten sich nach den jeweils vom Eingriff betroffenen Arten oder Schutzgütern und den Eigenschaften der Fläche. Die PIK fördert zum Beispiel Artengemeinschaften, die speziell an Acker- und Grünlandstandorte angepasst sind. Die Maßnahmen tragen so zum Erhalt der mitteleuropäischen Kulturlandschaft und der standortspezifischen und nutzungsbedingten Biodiversität bei.

erklärt, einen Schlag für den Wildkräuterschutz zu extensivieren. Zahlen, insbesondere zum Erzeugerpreis und somit auch zu den Kosten der Maßnahme, sind bekanntlich sehr variabel; es geht in der Tabelle vorrangig darum, die Struktur des Problems aufzuzeigen.

In der Grünlandwirtschaft und Tierhaltung sind solche Berechnungen meist aufwendiger. Hier ist häufig eine gesamtbetriebliche Umorganisation erforderlich: Eine extensivere Grünlandbewirtschaftung erfordert zum Beispiel den Ersatz der Milch- durch Mutterkühe, oder die Wiedereinrichtung von Streuwiesen im Voralpenland setzt einen Stallumbau zum Festmiststall voraus. Naturschutzgerechte Beweidungsregimes verlangen zuweilen große Flächen, eignen sich also nur für umfangreichere Kompensationsvorhaben oder für die Bündelung einzelner Maßnahmen.

Ökonomie der Zeit

Behörden und Eingriffsverursacher haben ein nachvollziehbares Interesse daran, Ausgleichs- oder Ersatzvorhaben möglichst zügig zu bearbeiten. Deshalb sind investive Maßnahmen wie etwa die Pflanzungen von Bäumen sehr beliebt. Dem scheint die Eigenschaft der PIK, für relativ lange Zeiträume – etwa 25 bis 30 Jahre – geplant und betreut werden zu müssen, zunächst diametral entgegenzustehen. Zwar ist nicht zu verkennen, dass auf Behörden bei der Umsetzung von PIK-Maßnahmen ein höherer Bearbeitungsaufwand zukommen kann. Die Langfristigkeit jedoch ist kein Spezifikum der PIK. Landschaftsplanung und Rechtsprechung sind sich darin einig, dass alle Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen stets so lange wirken müssen, wie die Beeinträchtigung durch den Eingriff andauert. Auch eine gepflanzte Hecke müsste über Jahrzehnte hinweg gepflegt werden. Das Spezifikum der PIK besteht darin, dass solche Langfristpflichten Jahr für Jahr erneut nach Erledigung rufen und nicht nach einiger Zeit „vergessen“ werden können, wie es bei anderen Kompensationsmaßnahmen oft die Realität ist.

Das Sommer-Adonisröschen (*Adonis aestivalis*) ist ein stark zurückgegangenes Schmuckstück der Kalkäcker und sollte durch produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen gefördert werden.



Bild: Ulrich Hampicke



Bild: Birgit Litterski

Eine sehr schöne Erholungslandschaft mit Trockenhängen, extensivem Ackerbau und nährstoffarmen Säumen – die Oderhänge bei Lebus-Mallnow in Brandenburg. Ein Vorbild auch für Maßnahmen der produktionsintegrierten Kompensation.

	Herkömmlicher Winterroggenanbau, Ertrag 46 dt/Hektar	Wildkrautfreundlicher Winterroggenanbau, Ertrag 25 dt/Hektar
	Euro/Hektar	
Markterlös (14 Euro/dt)	644	350
Direktkosten	258	117
Kosten der Arbeitserledigung	262	262
Ergebnis ohne Förderung	124	-29
Mindesterstattung		153

Tabelle: Kosten des Wildkrautschutzes im Rahmen der produktionsintegrierten Kompensation, schematisch – Winterroggenanbau auf schwächerem Sandstandort

Aus der Nische in die Professionalität

Im typischen Fall leistet ein Eingriffsverursacher eine Einmalzahlung, aus der die jährlichen Erstattungsbeträge über die Laufzeit der Maßnahme hinweg gespeist werden. Die Finanzmathematik liefert alle Instrumente, derartige Umrechnungen vorzunehmen und so die Einmalzahlung zu verrenten. Es bedarf jedoch auch eines Trägers, der die Mittel zuverlässig und effizient verwaltet. In einigen bekannten Einzelfällen tun dies Stiftungen oder Flächenagenturen (siehe Beitrag S. 26-27). Soweit bekannt, tun sie es erfolgreich. Wächst die PIK allerdings

aus ihrem bisherigen Nischendasein heraus, dürfte ein Bedarf an professioneller Finanzdienstleistung entstehen. Diesen könnten die im ländlichen Raum tätigen Banken ohne Weiteres decken.

PIK-Maßnahmen sind sowohl rechtlich möglich als auch ökologisch und ökonomisch sinnvoll. Hilfreich für ihre weitere Verbreitung in der Praxis wäre nun die Aufnahme von konkreteren Bewertungs- und Bewirtschaftungsparametern in den Verwaltungshilfen auf Länderebene oder in einer Rechtsverordnung auf Bundesebene (§ 15 Abs. 7 BNatSchG). Bekannte Bestrebungen seitens der Politik gibt es hierzu aber noch nicht.

Mehr Informationen:

Ass. jur. Anett Wagner
 Universität Rostock
 Juristische Fakultät
 Telefon: 03 81 / 49 8 82 53
 E-Mail: anett.wagner@uni-rostock.de
 www.jura.uni-rostock.de
 → Forschungsprojekt Integrae

In Soest kompensiert man Eingriffe durch Ackerrandstreifen

Von Juliane Mante

Im Landkreis Soest im östlichen Nordrhein-Westfalen ist Fläche für ganz verschiedene Nutzungen interessant, Konflikte sind damit vorprogrammiert. Hier wird aber auch eine besonders innovative Lösung praktiziert: Als einer der wenigen Landkreise in Deutschland setzt Soest Ackerrandstreifen als Kompensationsmaßnahmen um.

Die Böden der Hellwegbörde zählen zu den fruchtbarsten Böden Deutschlands, daher ist die Landwirtschaft im Landkreis Soest lukrativer als andernorts. Zudem entstehen durch die Förderung der erneuerbaren Energien immer mehr Biogasanlagen, der Maisanbau nimmt zu. Um die Städte Erwitte, Geseke und die Gemeinde Anröchte werden Kalkstein für die Zementherstellung sowie Grünsandstein als Baumaterial abgebaut. Hinzu kommen der Siedlungs-, Gewerbe- und der Straßenbau. Und auch die Natur bietet große Schätze: Auf zwei Dritteln des Landkreises liegt das EU-Vogelschutzgebiet Hellwegbörde, ein wichtiger Lebensraum für bedrohte Offenland-Vogelarten wie Wachtelkönig, Rebhuhn oder Rotmilan.

Am Anfang war der runde Tisch

Im Landkreis Soest ist man für Flächennutzungskonflikte deshalb besonders sensibilisiert. Schon 2002 setzten sich Vertreter der Firmen HeidelbergCement und Dyckerhoff, der Stadt Geseke, eines Planungsbüros, der örtlichen Naturschutzverbände, der Planungsbehörde der Bezirksregierung und der Unteren Landschaftsbehörde (ULB) Soest freiwillig zusammen und erarbeiteten ein Folgenutzungskonzept für Abbauflächen, das ein Ackerwildkrautschutzprogramm beinhaltet. Auf den danach anzulegenden durchschnittlich fünf Meter breiten Ackerrandstreifen dürfen zum Beispiel weder chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel noch Stickstoffdünger, Gülle oder Klärschlamm ausgebracht werden. HeidelbergCement und Dyckerhoff verpachteten die zuvor von den Landwirten gekauften potenziellen Abbauflächen an diese zurück. Setzen Landwirte Ökokonto-Maßnahmen um, erhalten sie günstigere Pachtbedingungen. So hielt die extensivierten Ackerrandstreifen Einzug in die Umsetzung der Eingriffsregelung des Landkreises. Dabei knüpften ULB und Landwirte an Erfahrungen an, die sie bereits seit 1983 im Rahmen eines Vertragsnaturschutzprogrammes gesammelt hatten.

Hauptproblem: Kontrolle

„Im Rahmen dieses Ökokontos läuft die Umsetzung der Streifen problemlos“, so Ulrich Kowitz von der ULB. Denn ein von

den Firmen beauftragter Biologe kontrolliert jährlich die Flächen. Nur für einen erfolgreich umgesetzten Streifen gibt es Ökopunkte. „Mittlerweile legen wir aber auch im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren Streifen außerhalb dieses Ökokontos fest, meist kombiniert mit anderen Maßnahmen. Etwa, wenn ein Landwirt einen Stall oder eine Biogasanlage baut“, fügt Marianne Rennebaum, Leiterin des Sachgebietes Natur- und Landschaftsschutz hinzu. „Diese Streifen passen besser als eine weitere Hecke in die Offenlandschaft der Börde.“ Das Problem ist, dass besonders rotierende Streifen aufwändiger zu kontrollieren sind, wofür das Bauamt zuständig ist. „Die schauen höchstens bei der Bauabnahme, ob der Streifen da ist, können ihn aber weder qualitativ beurteilen noch jährlich überprüfen.“, so Rennebaum. Dies sei aber nur einer der Gründe, warum Ackerrandstreifen als PIK innerhalb der Landschaftsbehörden noch wenig akzeptiert sind: „Da muss sich insgesamt noch Einiges in den Köpfen bewegen“. Die Landwirte nehmen die Streifen aber gut an. „Die landwirtschaftliche Seite hat die Möglichkeit der PIK ja auch gefordert“, so Marianne Rennebaum.

Unkomplizierter Datenabgleich

Die Kontrolle rotierender Kompensationsflächen erleichtert auch das Kompensationsflächenkataster, das das Landschaftsschutzgesetz Nordrhein-Westfalens seit 1998 vorschreibt, das aber noch längst nicht überall umgesetzt ist. Das Kataster im Landkreis Soest wird derzeit aktualisiert. Mit ihm tauschen zum Beispiel Bauamt und ULB unkompliziert und schnell ihre Daten aus. Da es außerdem auf der Internetseite der Kreisverwaltung einsehbar ist, kann es auch ehrenamtliche Helfer unterstützen.

Mehr Informationen:

Marianne Rennebaum
Untere Landschaftsbehörde
Landkreis Soest
Telefon: 02 9 21 / 30 22 38
E-Mail: marianne.rennebaum@kreis-soest.de

Die Hellwegbörde im Landkreis Soest ist ein bedeutendes EU-Vogelschutzgebiet, sie bietet aber auch für die Landwirtschaft besonders günstige Bedingungen.

Landwirt bei der Einsaat eines Blühstreifens als produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahme im Rahmen der Eingriffsregelung.

Bild: Stiftung Rheinische Kulturlandschaft

Kompensation: zwischen Flächenkonkurrenz und ökologischer Wirksamkeit

Von Martin Szaramowicz

Produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen sind dann wirkungsvoll, wenn sie in einem Maßnahmen-Mix umgesetzt und durch einen leistungsfähigen Träger betreut werden. Im Bundesverband der Flächenagenturen haben sich verschiedene solcher Träger zusammengeschlossen.

In Zeiten steigender Bodenpreise und dem auch in Mitteleuropa auftretenden „Land Grabbing“ ist Flächenkonkurrenz für den Naturschutz ein wichtiges Thema. In Deutschland fällt die Standortauswahl für neue Bauvorhaben und ihre Kompensationsmaßnahmen immer noch häufig auf landwirtschaftlich genutzte Flächen: Rückbau oder Umnutzung bestehender baulicher Strukturen sind noch selten und die Verringerung der Waldfläche wird durch Gesetze verhindert. Entsprechende Klagen über den „doppelten Flächenentzug“ für die Landwirtschaft haben zum Paragrafen 15 (3) des neuen Bundesnaturschutzgesetzes geführt (siehe Beiträge S. 22-24, 28).

Kompensation ohne Zwang

Wie viel Fläche der Landwirtschaft durch Kompensationsmaßnahmen tatsächlich verloren geht, ist jedoch vielfach nicht bekannt. So erhielt zum Beispiel eine kleine Anfrage im rheinland-pfälzischen Landtag an das dortige Umweltministerium 2008 folgende Antwort: Die landwirtschaftliche Nutzfläche hatte in diesem Bundesland seit 1980 insgesamt um circa sechs Prozent abgenommen. Diese

Abnahme war jedoch „im Wesentlichen durch Umnutzungen für Siedlung, Verkehr und Waldneuanlagen begründet“. Ein nennenswerter Verlust durch Maßnahmen des Naturschutzes war nicht nachzuweisen. Zwangsweiser Flächenentzug für Kompensationsmaßnahmen kommt heute nur noch ausnahmsweise im Rahmen bedeutender Infrastrukturvorhaben vor. Allerdings kann schon die Suche des Vorhabenträgers nach Kompensationsflächen, insbesondere wenn diese unter Zeitdruck erfolgt, die Grundstücks- oder Pachtpreise steigen lassen. Es ist auch denkbar, dass Eigentümer verkaufsbereit sind und ihre Pächter auf diese Weise mittelfristig Flächen verlieren.

Flächenpools verringern Konflikte

Solche Probleme lassen sich vermeiden, wenn ohne Zeitdruck geeignete Flächen für Kompensationsmaßnahmen identifiziert und für deren Nutzung und Pflege freiwillige Vereinbarungen geschlossen werden. Flächenpools bieten hierfür gute Möglichkeiten, sie erhöhen auch die naturschutzfachliche Erfolgswahrscheinlichkeit. In größeren Flächenkulissen können

Maßnahmen auf genutzten Flächen mit anderen Maßnahmen, wie zum Beispiel der Renaturierung von Gewässern oder Sukzessionsflächen, kombiniert werden.

Wann sind PIK erfolgreich?

Was unter „produktionsintegrierter Kompensation“ (PIK) zu verstehen ist, beschreibt der Beitrag auf S. 22-24. Die fachliche und naturschutzpolitische Diskussion dazu läuft noch. In der Praxis zeigt sich eine große Vielfalt von Maßnahmen in Kooperation mit Landwirten, von temporären Lösungen bis hin zu langjährigen Verträgen und dauerhafter Sicherung. Die Maßnahmen müssen jeweils in das Betriebskonzept und die Flächenkulisse des Betriebes passen und dieser für die entstehenden Einbußen hinreichend entschädigt werden. Diese Entschädigungen oder Pflegeentgelte werden Teil des Preises der Kompensationsmaßnahme für den Vorhabenträger. Vor allem aber müssen PIK – wie alle pflegeabhängigen Kompensationsmaßnahmen – kompetent und langfristig betreut werden. Der nötige Betreuungs- und Kontrollaufwand ist seitens der Vorhabenträger oder der Behörden erfahrungsgemäß kaum zu bewältigen (siehe auch S. 25).

Flächenagenturen eignen sich

Hier kommen die Flächenagenturen ins Spiel, die Kompensationsmaßnahmen entwickeln, realisieren und vermarkten. Sie haben sich als Akteure bereits in vielen Regionen etabliert. Flächenagenturen können unterschiedlich organisiert sein. Im 2006 gegründeten Bundesverband der Flächenagenturen in Deutschland e.V. (BFAD) sind mittlerweile mehr als 20 Poolträger unterschiedlicher Größe und regionalen Zuschnitts vertreten (nähere Informationen unter www.verband-flaechenagenturen.de).

Drei Beispiele für Flächenagenturen:

1. In vielen Bundesländern haben Landgesellschaften Flächenagenturen als neue Abteilungen aufgebaut. Die Landgesellschaften bringen aus ihrem Tätigkeitsschwerpunkt auf dem landwirtschaftlichen Grundstücksmarkt große Erfahrungen bei der Flächensicherung und das Wissen vieler Akteure mit (siehe Interview S. 29).
2. Andere Flächenagenturen sind Tochtergesellschaften von öffentlich-rechtlichen Naturschutz-Stiftungen, wie zum Beispiel die Flächenagentur Brandenburg GmbH, die Ökoflächenmanagement GmbH im Saarland oder die Ausgleichsagentur Schleswig-Holstein. In Kooperation mit den Stiftungen und in Vernetzung mit anderen Naturschutzprojekten bieten sich gute Möglichkeiten der dauerhaften Flächensicherung.
3. Nicht alle Flächenagenturen arbeiten auf Bundeslandebene. Das niedersächsische Städtequartett oder der Landkreis Wesermarsch sind Beispiele für Gebietskörperschaften, die Angebote aufgebaut und Flächenagenturen zu deren Betreuung gegründet haben.

Was muss ein Poolträger können?

Ein Poolträger sollte verschiedene Anforderungen erfüllen. Naturschutzfachliche Kompetenz ist selbstverständlich eine wichtige Voraussetzung. Daneben sollte der Poolträger das finanzielle Management einer Maßnahme, zum Beispiel die Verwaltung und Auszahlung von Pflegeentgelten, langfristig leisten können. Eine gewisse Flexibilität ist dafür wichtig: Es ist immer möglich, dass kurzfristig oder in einzelnen Jahren mehr, weniger oder andere Pflegeleistungen nötig sind, als ursprünglich vorgesehen. Privatwirtschaftlich organisierte Träger sind hier oft freier als solche, die strikt an Haushaltsjahre und -titel gebunden

sind. Es ist realistischer, in der Gesamtbilanz mehrerer Maßnahmen Tragfähigkeit zu erreichen, als jedes einzelne Projekt langfristig in einem engen Kostenkorsett zu halten. Da in der Regel kostenpflichtige Dienstleistungen für Dritte erbracht werden, muss der Träger als dauerhaft tätiger Geschäftsbetrieb agieren können. Dies kann für gemeinnützige Organisationen beziehungsweise Vereine problematisch sein – auch im Hinblick auf steuerliche Pflichten (insbesondere Mehrwertsteuer).

Katasterlösung vorantreiben

Neben der geeigneten Trägerschaft bietet sich ein weiterer Ansatzpunkt für die Verbesserung der Praxis: Die bereits realisierten Maßnahmen sollten in geeigneten Katastern so aufbereitet sein, dass sie später kartografisch und in ihrer Zuordnung zu Vorhaben leicht aufgefunden werden können. Auf diese Weise lässt sich bei der Planung neuer Maßnahmen auch schnell erkennen, welche Flächen bereits belegt sind oder wo Projekte sinnvoll weitergeführt werden können. Das neue Bundesnaturschutzgesetz schreibt die Einrichtung solcher Kataster erstmals bundesrechtlich vor, alle Bundesländer haben mittlerweile solche Kataster eingerichtet beziehungsweise damit begonnen (siehe auch Beitrag S. 25). Umsetzungsstand und Informationsgehalt dieser Kataster sind aber noch sehr unterschiedlich.

Maßnahmen-Mix ist wichtig

Kooperationen mit Landnutzern bieten also Perspektiven für naturschutzfachlich anspruchsvolle Kompensationsmaßnahmen. PIK sollten aber nicht als Allheilmittel verstanden werden. Dort, wo Bauvorhaben landwirtschaftlich genutzte Flächen in Anspruch nehmen, können jedoch Maßnahmen für Arten der Agrarlandschaft fachlich geboten sein. Nicht aus dem Blick geraten dürfen dabei die anderen Schutzgüter, insbesondere der Boden. Flächenpools und -agenturen bieten die Möglichkeit, zu einem sinnvollen Maßnahmen-Mix zu kommen und diesen in der Zusammenarbeit von Poolbetreibern und Landnutzern langfristig zu entwickeln.

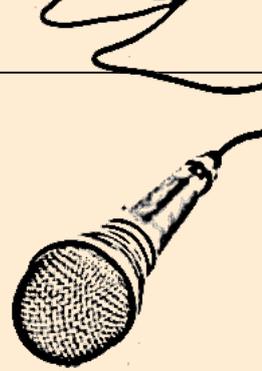
Bild: Heiko Butz / Fotolia



Mehr Informationen:

Martin Szaramowicz
 Bundesverband der Flächenagenturen
 in Deutschland e.V.
 Telefon: 03 31 / 58 18 23 12
 E-Mail: martin.szaramowicz@flaechenagentur.de
www.verband-flaechenagenturen.de

„Wir brauchen keine neuen gesetzlichen Regelwerke“



Dr. Beate Bajorat ist die Direktorin des Verbandes der Landwirtschaftskammern (VLK). Der Verband vertritt die Interessen der Landwirtschaftskammern und koordiniert die Zusammenarbeit aller Agrarverwaltungen in Fachgremien.



Michael Heugel ist Mitarbeiter des Referates „Recht des Naturschutzes und der Landschaftspflege“ im Bundesumweltministerium. Dort befasst er sich unter anderem mit der Neuregelung des Bundesnaturschutzgesetzes 2010.

Der Paragraph 15 des Bundesnaturschutzgesetzes schreibt seit 2010 vor, bei der Festlegung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf agrarstrukturelle Belange Rücksicht zu nehmen. Wie gelingt dies in der Praxis am besten?

Dr. Beate Bajorat: Vorhabenträger und Planungsbüro müssen nachweisen, dass agrarstrukturelle Belange nicht oder unvermeidbar betroffen sind. Dafür müssen sie die Flächenwahl in den Planwerken in eigenen Kapiteln detailliert begründen und damit dokumentieren, dass sie sich mit dieser Frage intensiv auseinandergesetzt haben.

Michael Heugel: Indem sich insbesondere alle Wissensträger frühzeitig und umfassend austauschen: also neben den Trägern des Vorhabens vor allem die Zulassungsbehörden, die Naturschutzbehörden, die Landwirtschaftskammern, die Landesgesellschaften, die Flächenagenturen und Flächenpools und natürlich die betroffenen Landwirte.

„Agrarstrukturelle Belange“ ist ein unbestimmter Rechtsbegriff. Hat dies Konsequenzen für die Umsetzung?

Dr. Beate Bajorat: Nein, ich gehe davon aus, dass unter Einbeziehung des landwirtschaftlichen Sachverständigen aus Berufsstand, Wissenschaft und Beratung ein Modus Vivendi gefunden wird, wie Agrarstruktur zu definieren ist. Man muss dafür nicht gleich wieder neue gesetzliche Regelwerke erstellen.

Michael Heugel: Jeder Rechtsbegriff ist mehr oder minder unbestimmt. Deshalb kommt es vor allem auf die Umsetzung in der Verwaltungspraxis an. Einzelne Länder – etwa Schleswig Holstein – haben bereits Erlasse auf den Weg gebracht, um einen wirksamen und einheitlichen Vollzug der Agrarklausel zu gewährleisten. Mittlerweile setzen sich auch die ersten juristischen Kommentierungen mit dem Begriff auseinander. Und in absehbarer Zeit werden dann auch die Gerichte den Begriff weiter abgrenzen.

Halten Sie es für notwendig, diesen Begriff rechtlich näher zu definieren? Wann sind Ihrer Meinung nach „Agrarstrukturelle Belange“ berührt?

Dr. Beate Bajorat: Definition nein – Beschreibung ja. Die landwirtschaftliche Seite hat hierzu bereits Entwürfe erarbeitet. Agrarstrukturelle Belange sind dann berührt, wenn Umfang, Struktur oder die Nutzung der Flächen verändert oder beeinträchtigt werden. Dabei sollte man auch Auswirkungen auf notwendige Infrastruktureinrichtungen und Betriebsstandorte, die heute oder zukünftig landwirtschaftliches Handeln und damit die Produktivität insgesamt beeinflussen, einbeziehen.

Michael Heugel: Auf gesetzlicher Ebene halte ich das nicht für notwendig. Immerhin enthält das Gesetz selbst einige Hinweise zur Auslegung des Begriffs. Außerdem konkretisiert auch der Paragraph I des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, wann die Agrarstruktur betroffen ist. Dabei nennt er zum Beispiel die Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft.

Werden die Landwirte durch diese Klausel zukünftig weniger Fläche durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen verlieren?

Dr. Beate Bajorat: Wir wollen Planungsbüros, Vorhabenträger und Naturschutzbehörden überzeugen, dass landwirtschaftliche Flächen zu schützen sind. Beispiele von Stiftungen zeigen, wie erfolgreich Ausgleich und Ersatz produktionsintegriert umgesetzt werden. Eine typische Win-win-Situation: Mit naturschutzfachlicher Kompensation, integriert in Produktionsprozesse, wird Wertschöpfung erzielt.

Michael Heugel: Auch bislang wurden solche Flächen sicherlich nicht leichtfertig in Anspruch genommen. Ein optimierter Vollzug auf der Grundlage des neuen Rechts kann aber künftig sicherstellen, dass vorhandene Alternativen – sei es in Gestalt von nicht oder anderweitig genutzten Flächen oder aber von produktionsintegrierten Kompensationsmaßnahmen – besser ausgeschöpft werden.



„Know-how der Landgesellschaften nutzen!“

Karl-Heinz Goetz ist Geschäftsführer des Bundesverbandes der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG) in Berlin. Im BLG arbeiten die in den Bundesländern tätigen Landgesellschaften und Landsiedlungsunternehmen zusammen (www.landgesellschaften.de).

Das Heft „Landnutzungskonflikte lösen“ (2009) können Sie unter www.landgesellschaften.de → Unser Service → Publikationen kostenlos bestellen oder herunterladen.

Herr Goetz, wie verringern die Landgesellschaften Konflikte der Flächennutzung?

Mit einem Mix aus innovativen Instrumenten betreiben die Landgesellschaften (LG) ein integratives Flächenmanagement. Sie erwerben und bevorraten Flächen, um die Agrar- und Infrastruktur zu verbessern sowie für ökologische Zwecke. Zudem üben sie das Vorkaufsrecht nach dem Grundstückverkehrsgesetz aus. Zusätz-

lich nutzen sie Instrumente des Bodenrechts nach dem Baugesetzbuch, Flurbereinigungs-, und Landwirtschaftsanpassungsgesetz. Als Flächenagenturen sorgen die LG dafür, dass der Ausgleich von Eingriffen in die Natur und Landschaft für Landwirtschaft und Agrarstruktur verträglich gestaltet wird.

Wie versuchen Sie dem Ziel der Bundesregierung näherzukommen, den Flächenverbrauch auf 30 Hektar täglich zu reduzieren?

Die LG verfügen über Know-how in der Dorfentwicklung, Ortssanierung und im Grundstücksverkehr. Sie helfen Gemeinden bei der Innen-

entwicklung. So mobilisieren sie mit intelligenter Bodenordnung bisher ungenutzte Flächenpotenziale, Gebäudeleerstände und Brachen im Ort.

Wo müsste man stärker als bisher ansetzen, um sowohl Flächennutzungskonflikte als auch den Flächenverbrauch zu mindern?

Zunächst ist es wichtig, dass die vorhandenen planungs- und ordnungsrechtlichen Instrumente des Baugesetzbuches konsequent angewandt werden. Um mehr Rechtssicherheit zu erhalten, sollte man außerdem die Vielzahl der Bewertungssysteme für Ökopunk-

te vereinheitlichen. Zukünftig wird ein leistungsfähiges, Kompromisse förderndes Flächenmanagement immer wichtiger. Die Landgesellschaften verfügen hierfür über erprobte Instrumente und Erfahrungen bei der Anwendung.

„Wir sind auf dem richtigen Weg“

Carsten Hansen ist Referatsleiter für Regional- und Strukturpolitik im Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB). Der DStGB vertritt die Interessen der Kommunen in Deutschland.



Herr Hansen, welche Instrumente sollten die Kommunen stärker als bisher nutzen, um Flächennutzungskonflikte zu verringern?



Das hängt vom konkreten Nutzungskonflikt ab: Geht es um Fläche für Wohnungen oder kleinere Gewerbe, dann ist die innerörtliche Mobilisierung von Bauland einer Ausweisung neuer Flächen am

Ortsrand oder auf Kosten der Landwirtschaft vorzuziehen. Für bestimmte Formen der regenerativen Energieerzeugung zum Beispiel geht das aber nicht.

Wie kann man aus Ihrer Sicht dem Ziel der Bundesregierung näherkommen, den Flächenverbrauch auf 30 Hektar täglich zu reduzieren?

Wir kommen diesem Ziel bereits seit Langem näher. Dafür sorgen die effizientere Flächennutzung sowie die Konzentration auf die Innenentwicklung. So ist die tägliche Zunahme an Gebäude- und zugehörigen Freiflächen von circa 90 Hektar täglich in den 90er- Jahren auf 50 Hektar 2006 gesunken. Wir sind auf dem

richtigen Weg und werden diesen Weg weitergehen müssen. Wir müssen auch realistisch mit dem Nachhaltigkeitsziel der Bundesregierung umgehen: Oft entstehen Freiflächen beim Stadtumbau, die in der Statistik fälschlicherweise zur Siedlungsfläche gezählt werden.

Wo müsste man insgesamt stärker als bisher ansetzen, um sowohl Flächennutzungskonflikte als auch den Flächenverbrauch zu mindern?

Wir sollten besser von Flächeninanspruchnahme als vom „Verbrauch“ reden. Flächennutzungskonflikte sind im Kern ökonomische Konflikte. Die Landeigentümer suchen den größten finanziellen Nutzen. Bei der Förderung erneuerbarer Energiequellen hat die Bundesregierung die Konsequenz gezogen, vorrangig Solarenergie-

module auf Dachflächen zu fördern. Aber wollen wir für alle anderen möglichen Fälle auch eine Regulierung wie bei den erneuerbaren Energien? Wichtig ist, dass der Nachhaltigkeitsgedanke handlungsleitend wird. Dies ist ein längerer Umdenkungsprozess, an dem wir alle arbeiten müssen.

Mit Vielfalt gut aufgestellt

Von Bettina Rocha

Peter und Martin Acker bewirtschaften mit ihren Familien im rheinhessischen Bodenheim einen konventionellen Gemischtbetrieb, der auf Vielfalt und Direktvermarktung setzt. Transparenz und Vertrauen sind dabei zwei Prinzipien, die ihren Erfolg bei den Kunden ausmachen.

„In Rheinhessen baut man Rüben und Reben an“, sagte einst ein landwirtschaftlicher Berater zu Peter Acker, „Alles andere hat keinen Sinn.“ Doch für den 40-jährigen Peter Acker und seinen zwölf Jahre jüngeren Bruder Martin war immer klar, dass sie ihren vom Vater geerbten Gemischtbetrieb aufrecht erhalten und weiterentwickeln wollen. Sie ließen sich von der Diagnose des Beraters nicht beeindrucken und setzten seit 2006 auf die Ausdehnung der Schweine- und Rindfleischproduktion mit eigener Hofmetzgerei und Hofladen. Parallel dazu bewirtschaften sie rund 130 Hektar Ackerland sowie sechs Hektar Rebland mit den Rebsorten Riesling, Silvaner, Müller-Thurgau, Scheurebe und Kerner sowie Dornfelder, Spätburgunder und Portugieser.

Überwiegend betriebs-eigenes Futter

Die im Jahresdurchschnitt etwa 230 Schweine und zwölf bis 13 Mastbullen werden als Ferkel und Kälber zugekauft und fast ausschließlich mit betriebseigenem Futter gefüttert. Grundlage der Futtermischung sind Mais- und Grassilage sowie Getreide. Zugekauft werden nur 20 Prozent, etwa Mineralfutter und Sojashrot. „Die Schweine sind ganz wild auf die Grassilage“, sagt Peter Acker, der gerne abends nach dem Füttern eine Weile bei den Tieren steht und sie beobachtet. Das Schlachalter der Tiere ist durch die grundfutterreiche, langsame Mast etwas höher als im Durchschnitt. Die Bullen werden im Alter von 24 bis 26 Monaten geschlachtet, die Schweine mit acht bis zehn Monaten.

Schweine werden wöchentlich geschlachtet, ein Rind etwa alle vier Wochen. Sie

finden ihr Ende im Schlachthaus, gute 50 Meter vom Stall entfernt. Ein denkbar kurzer Weg ohne stunden- oder tagelangen Transport quer durch Deutschland oder die EU.

Schweinebomfort pur

Die Schweine auf dem Betrieb der Familie Acker haben es gut: Anders als die meisten ihrer Artgenossen stehen sie auf Stroh in einem Außenklimastall. Peter Acker ist von dieser tiergerechten Haltung überzeugt, auch wenn sie mit deutlich mehr Handarbeit beim Misten verbunden ist. Schon sein Vater und Großvater hielten Schweine auf Stroh, und auch beim Bau des neuen Außenklimastalls vor ein paar Jahren ist es dabei geblieben. Die Tiere werden in Gruppen gehalten, die je nach Gewicht aufgeteilt sind. In der sogenannten dänischen Aufstallung, zu der auch eine abgedunkelte Ruhebox gehört, sind die Tiere deutlich ruhiger als auf Spaltenboden und verhalten sich

weitaus sozialer. Das zeigt sich zum Beispiel darin, dass auch Tiere mit nicht kupierten Schwänzen von ihren Artgenossen viel seltener gebissen werden.

Direktvermarktung aus Prinzip

Peter Ackers jüngerer Bruder Martin ist gelernter Metzger und sorgt für das reichhaltige Frischfleisch-, Wurst- und Fleischkonservenangebot im zweimal wöchentlich geöffneten Hofladen. Die Preise für die Fleischwaren entsprechen denen in anderen Fleischfachgeschäften. Das Angebot wird durch Eier von freilaufenden Hühnern ergänzt, hinzu kommen Wein, Dinkel und eingelegte Gurken aus eigenem Anbau. Auch Produkte von befreundeten Betrieben, wie Kartoffeln und Obst und – als besondere Gaumenfreude – Speiseeis aus der Herstellung eines Milchviehbetriebes in direkter Nachbarschaft, runden das Angebot ab.



Bild: Bettina Rocha

Bild: Bettina Rocha

Peter Acker (Foto), sein Bruder Martin Acker und ihre Familien bewirtschaften den von den Eltern geerbten Gemischtbetrieb in Rheinhessen.



Bild: Bettina Rocha

Rund 70 Prozent seiner Produkte setzt der Betrieb über den Hofladen ab. Wichtig ist auch die Vermarktung über ortsansässige Straußwirtschaften sowie über die Martinstube in Mainz, einem Restaurant und Cateringbetrieb. Der Versand von Fleisch und Wurstwaren macht dagegen nur etwa zwei Prozent aus.

Nicht alles ist planbar

Für einen Direktvermarkter ist die Planung nicht einfach. Das Angebot soll reichhaltig sein, aber es soll auch möglichst nichts übrig bleiben. Schlachtreife Schweine, die er selbst nicht vermarkten kann, muss der Betrieb an den Schlachthof abgeben. An diesen Schweinen verdienen Peter und Martin Acker nichts: Denn der Preis, den sie hier erzielen, deckt nicht die Kosten für die tiergerechte Haltung. Doch die Brüder nehmen ein gelegentliches Überangebot in Kauf, keinesfalls möchten sie zu wenig Fleisch aus eigener Haltung anbieten. „Es kommt nicht in Frage, Schlachtvieh zuzukaufen. Die Kunden vertrauen darauf, dass das Fleisch von den Tieren aus unserem Stall stammt. Dieses Vertrauen werden wir nicht enttäuschen.“ Am liebsten ist es Martin Acker, wenn Kun-

den vorbestellen, damit er planen kann, wie viele Schweine er zum Wochenende schlachten muss. Dennoch passiert es, dass die Bratwürste ausgehen. „Doch die Kunden akzeptieren das, wenn es nicht ständig vorkommt. Sie verstehen es und sind so flexibel, auf Schnitzel oder etwas anderes auszuweichen.“

Nah am Kunden

Offenheit und Vertrauen schreiben die Brüder Acker groß. Der Betrieb ist kein Biobetrieb. „Die Pflanzenschutzspritze verstecke ich nicht hinten in der Halle. Ackerkulturen und Reben werden bei uns gespritzt. Spätestens, wenn ich damit aufs Feld fahre, sehen mich meine Kunden. Ich erkläre lieber, was Pflanzenschutz bedeutet, wieso ich mehrmals zum Spritzen fahre, was Schadschwellen und dergleichen sind.“ Die Kunden des Betriebes können sich, wenn sie mögen, auch die Tierhaltung anschauen. Meist sind es Eltern mit ihren Kindern oder Schulklassen, die kommen und sehen wollen, woher das Fleisch auf ihrem Teller kommt. Wer den Stall betritt, ist erstaunt über die gute Luft, die hier herrscht. Stetig zirkulierende Frischluft und das Stroh sorgen für ein ausgezeichnetes

Stallklima. Atemwegserkrankungen haben Ackers Schweine höchst selten.

Miteinander und füreinander

Peter und Martin Acker sind zufrieden mit ihrem Betrieb. Das Konzept, vor den Toren von Mainz eine Direktvermarktung mit Frischfleisch aufzuziehen und als Gemischtbetrieb weiter zu arbeiten, ist aufgegangen. Peter Acker hat schon von manchem Kunden aus der Stadt gehört, in was für einer schönen Welt er doch lebe. „Das stimmt. Ich mache das, was ich mache, gern. Ich habe meine Familie um mich und so schaffe ich es, im Jahrsschnitt auch 80 Stunden pro Woche zu arbeiten – das können sich viele nicht vorstellen.“ Der Hof der Ackers ist ein Familienbetrieb im besten Sinne: Er bietet den beiden Brüdern und ihren Familien mit insgesamt sechs Kindern ein Auskommen. Und auch die Eltern und Schwiegereltern von Peter Acker arbeiten mit. Es ist ein Leben miteinander und füreinander. Damit es rund läuft, müssen aber alle an einem Strang ziehen. So mussten sich auch die zwei Brüder zu Beginn erst einmal zusammenschließen.

Vielseitig wachsen

Das unternehmerische Konzept von Peter und Martin Acker setzt ganz darauf, möglichst viele Glieder der Wertschöpfungskette zu nutzen. Der Hof soll als Gemischtbetrieb weiterentwickelt werden, in dem alle Betriebszweige gleichziehen. Und so denken die Brüder nicht nur an eine mögliche Ausdehnung der Tierhaltung, sondern auch daran, mehr Rebland zuzukaufen. Weinbergflächen sind im Vergleich zum Ackerland im stadtnahen, dichtbesiedelten Gebiet preiswerter. Die Weinproduktion könnte später einmal zu einem eigenständigen Betrieb mit einem ausreichend großen Auskommen für einen Erben werden. Den Hof an zwei Söhne weiterzugeben, hat nämlich bei den Ackers Tradition. Im Großen und Ganzen schauen die Brüder also zuversichtlich in die Zukunft. Auch mit den agrarpolitischen Rahmenbedingungen komme er zurecht, so Peter Acker. Einzig die ausufernde Verwaltungsarbeit und die Dokumentationspflicht ist ihm ein Graus. „Kontrolle ist wichtig, das bekommt man ja immer wieder durch die verschiedensten Skandale vor Augen geführt. Aber wie und was kontrolliert wird, das ist für mich George Orwell pur.“



Bild: Bettina Rocha

Mehr Informationen:
 Hofgut Acker, Sankt Wendelinshof
 Telefon: 0 61 35 / 26 69
 E-Mail: info@hofgut-acker.de
 www.hofgut-acker.de

Region mit **Zukunft:** der **Werra-Meißner-Kreis**

Von **Sabine Wilke**

Die Menschen des nordhessischen Werra-Meißner-Kreises wollen gemeinsam den demografischen Wandel in der Region aktiv gestalten. Im Rahmen des Modellvorhabens „Region schafft Zukunft“ erarbeiteten sie hierfür einen Masterplan und setzten parallel dazu 25 Projekte um.

Im April 2009 war es soweit: Die Jury des Modellvorhabens „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft – alte Länder“ wählte den Werra-Meißner-Kreis als eine von vier Modellregionen aus (www.region-schafft-zukunft.de). In diesem Vorhaben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung galt es zu zeigen, wie sich eine Region den Herausforderungen des demografischen Wandels stellen kann und welche Strategien dabei zum Erfolg führen. Dabei erarbeiteten die Regionen Anpassungsstrategien und Handlungsempfehlungen in verschiedenen Themenbereichen (Masterplan „Daseinsvorsorge“). Zum anderen setzten die Akteure beispielhafte Projekte im Bundesprogramm Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (Schwerpunkt „Innovationen für familien- und altengerechte

Stadtquartiere“) sowie als Modellvorhaben der Raumordnung (Schwerpunkt „Wachstum und Innovation“) um. Den Demografieprozess im Werra-Meißner-Kreis haben der Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V. (www.vfr-werra-meissner.de) und die Kreisverwaltung gemeinsam getragen und vorangetrieben.

Wo soll es hingehen?

Im Juli 2009 begann der eineinhalbjährige Prozess zur Erarbeitung des Masterplans „Daseinsvorsorge“ mit einer Auftaktveranstaltung. Hier riefen der Verein für Regionalentwicklung und die Kreisverwaltung zur Beteiligung auf und sprachen Schlüsselakteure direkt an. Es gründeten sich drei Arbeitsgruppen: „Soziale Infrastruktur“, „Kultur und Bildung“ sowie „Siedlungsentwicklung, Energie und Erreichbarkeit“. In

denen bearbeiteten die regionalen Akteure mit großem Engagement Themenfelder wie Kindertagesbetreuung, Gesundheitsversorgung, Hausärztemangel, ambulante und stationäre Pflege, Nahversorgungseinrichtungen, Begegnungsstätten, Schule, Stärkung der Ortskerne, neue Nutzung der Leerstände und Mobilität. Dabei entwickelten sie für alle Themen Handlungsempfehlungen und übergaben diese an die jeweilig Zuständigen. Insgesamt arbeiteten in den eineinhalb Jahren mehr als 70 Expertinnen und Experten aus Vereinen, Verbänden, Verwaltung, Kirchen etc. sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger in jeweils acht Treffen an diesen Handlungsempfehlungen. Darüber hinaus gab es drei große öffentliche Veranstaltungen mit je 200 bis 400 Teilnehmern, in denen Zwischenergebnisse vorgestellt und breit diskutiert wurden.

Die Arbeitsgruppen wurden durch ein externes Fachbüro für Datenanalyse und -aufbereitung (Dr. Gutsche, Martin Albrecht, GGR Hamburg), eine externe Moderation (Dr. Glatthaar, pro loco, Bremen), die Forschungsassistenz der Hochschule Neubrandenburg (Johann Kaether, Prof. Dr. Dehne), sowie zu Beginn durch eine studentische Arbeitsgruppe der Universität Kassel (Prof. Dr. Hahne) unterstützt. Die Akteure bewerteten diese Unterstützung sowohl organisatorisch wie inhaltlich sehr positiv.

Breit aufgestellte Lenkungsgruppe

Die Organisations- und Entscheidungsstrukturen für die Umsetzung des Modellvorhabens bauen auf den vorhandenen Strukturen der Region auf und werden auch wieder in diese zurückgeführt. Das zentrale Gremium für die Erarbeitung des Masterplans sowie für die Entscheidung, welche Projekte umgesetzt werden sollen, ist die Lenkungsgruppe. Diese besteht aus den Leiterinnen oder Leitern der verschiedenen Fachbereiche der Kreisverwaltung, dem Stab Demografie der Kreisverwaltung sowie der Lokalen Aktionsgruppe des Vereins für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V. mit den





Im Projekt „marktwert Leben im Ringgau!“ haben der Aufwind – Verein für seelische Gesundheit e.V. und die Menschen vor Ort in den Gemeinden Datterode und Gertenbach integrierte dörfliche Versorgungszentren eröffnet.

Wirtschafts- und Sozialpartnern. Den Vorsitz hat der Landrat, Stellvertreterin ist die Vorsitzende der Lokalen Aktionsgruppe. So ist auf der operativen Ebene die Doppelverantwortung fest in den Erarbeitungsprozess des Masterplans „Daseinsvorsorge“ integriert. Die Lokale Aktionsgruppe ist dabei die Schnittstelle für die Einbindung der Akteure in den Prozess. Insgesamt kann die Entwicklung und Umsetzung des Masterplans sowie der Projekte nur gelingen, wenn dies von allen politischen Parteien, Vertretern von Vereinen, Verbänden, regionalen Schlüsselakteuren sowie den Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen wird.

Projekte zur Begegnung ...

Parallel setzten die Akteure vor Ort insgesamt 25 Projekte in der Region um. So fanden durch den Wettbewerb „Nah dabei“ sechs Projekte Unterstützung, die mit ganz viel ehrenamtlichem Engagement Maßnahmen im Bereich Nahversorgung oder Begegnungsräume für alle Generationen in ihren Orten erfolgreich ergriffen. Ausgezeichnet wurde etwa der Verein „Freunde des Capitols“ in Witzenhausen, der das Programm kino zu einer multifunktionalen Kultur- und Kommunikationsstätte für alle Generationen ausbaut.

... und Nahversorgung

Beispielhaft sei auch das Projekt „marktwert Leben im Ringgau!“ genannt. Hier entwickelte Aufwind – Verein für seelische Gesundheit e.V. (www.aufwind-wmk.de)

gemeinsam mit den Menschen der Gemeinden Datterode und Gertenbach integrierte dörfliche Versorgungszentren. In Datterode entstand aus einem ehemaligen Autohaus ein generationenübergreifender Treffpunkt für Alt und Jung. Hier können die Bürger seit Juli 2010 ihre täglichen Besorgungen, vom Einkaufen der Lebensmittel über den Gang zur Bank oder zum Arzt, erledigen. In einer zweiten Phase bis November 2010 folgt der Ausbau des Untergeschosses als zentraler Bürger- und Gesundheitstreffpunkt. Neben einem medizinischen Bereich und einem Bürgerbüro entstehen Gemeinschaftsräume, die für Vereinstreffen, Tagungen und kulturelle Veranstaltungen genutzt werden können. Ein geplanter Bürgerbus soll dafür sorgen, dass auch Bürger ohne eigenen Pkw den "marktwert" gut erreichen können. Der Dorfladen in Gertenbach ist auf Initiative der Dorfbewohner und ihres Vereins "Dorfladen für Gertenbach e.V." entstanden. Der Verein befragte über 200 Haushalte nach ihren Bedürfnissen und argumentierte dafür, im Ortszentrum statt in der Nachbarstadt einzukaufen. Für den neuen Dorfladen hat der Verein gemeinsam mit Aufwind-Verein für seelische Gesundheit e.V. als Betreiber und dem Handelsunternehmen tegut als Lieferanten zwei professionelle Partner gefunden. Dank dieser Kooperation bietet der Nahversorgungsladen ein umfangreiches Angebot. Seit Oktober 2010 können die Bürger Gertenbachs hier nicht nur ihre täglichen Einkäufe erledigen und Kaffee trinken, sondern in Kooperation mit der VR Bank sowie einer Apotheke

an der Kasse auch Geld abheben und ihre Rezepte abgeben. Die Medizin wird ihnen am nächsten Tag direkt nach Hause geliefert. In den beiden Läden haben 28 Menschen mit und ohne Behinderungen ihren Tarifarbeitsplatz gefunden.

Keine Eintagsfliege

Durch die Projekte entstand in den Orten wieder viel Leben und Lebensqualität. Diesen Weg wollen wir weitergehen und gemeinsam mit den Menschen der Region unseren Lebensraum aktiv und lebendig gestalten. Deshalb wird der Prozess, Antworten auf den demografischen Wandel zu finden, in der Region fortgesetzt. Er ist auch politisch unterstützt: Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 04.02.2011 beschlossen, dass der Masterplan weiter umgesetzt wird. An den Kooperationen öffentlicher und privater Partner, also der Kreisverwaltung und dem Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V., wird ebenfalls festgehalten. Insbesondere legen die Verantwortlichen Wert darauf, dass die regionalen Akteure weiterhin mit eingebunden bleiben.

Mehr Informationen:

Sabine Wilke
Verein für Regionalentwicklung
Werra-Meißner e.V.
Telefon: 05 6 51 / 70 5 11
E-Mail: Sabine.wilke@vfr-werrra-meissner.de
www.vfr-werra-meissner.de,
www.region-schafft-zukunft.de

FriedWälder – große Schätze in Wert gesetzt

Von Corinna Brod

Im November 2001 eröffnete die FriedWald GmbH den ersten FriedWald in Deutschland, idyllisch und beinahe märchenhaft im Reinhardswald bei Kassel gelegen. Seitdem ist der Trend der anonymen Baumbestattung ungebrochen – eine Chance nicht nur für Waldbesitzer, sondern auch für den Erhalt natürlicher Waldstandorte.

Im Oktober 2000 titelte die Bild-Zeitung: „Verrückt! Darmstädter verkauft Gräber unter Schweizer Bäumen“. Diese Schlagzeile dokumentierte die Geburtsstunde der FriedWald GmbH in Darmstadt. Seitdem wird die Idee von Wettbewerbern und Friedhofsverwaltungen teils kopiert, teils etwas abgewandelt auf öffentlichen Friedhöfen umgesetzt. Angesichts von mittlerweile weit über 200 Baumbestattungs-orten hat sie einen von vielen Forstleuten nicht erwarteten Siegeszug in Deutschland angetreten. Der Name FriedWald ist jedoch

handelsrechtlich geschützt und darf nur von der FriedWald GmbH verwendet werden.

Bestattungskultur im Wandel

In den letzten Jahren hat sich die deutsche Bestattungskultur massiv gewandelt. Die klassische Erdbestattung verliert gegenüber der Urnenbestattung immer mehr an Gewicht. Der Anteil anonymer Bestattungen auf entsprechenden Rasenflächen der Friedhöfe beträgt schon deutlich über 40 Prozent, mit

stetig steigender Tendenz. Dieser Wandel wird durch komplexe gesellschaftliche Veränderungen hervorgerufen: Die wirtschaftlichen Realitäten erfordern extreme Mobilität. Meist lebt und arbeitet die Kindergeneration an einem ganz anderen Ort, sodass aktive Grabpflege inzwischen eine Ausnahme ist. Hinzu kommen der Wegfall des staatlichen Sterbegeldes, der Bedeutungsverlust der beiden großen Kirchen und eine zuneh-

mende Kritik an den Umweltbelastungen durch Verwesungsrückstände. Zudem fördert die Hospizbewegung das Bewusstsein für selbstbestimmtes und für würdig empfundenes Abschiednehmen. Der Gesetzgeber reagiert mittlerweile auf diese Entwicklungen. So hat zum Beispiel Nordrhein-Westfalen das FriedWald-Konzept 2003 in sein Bestattungsgesetz aufgenommen.

Der optimale Standort

Die forstlichen Anforderungen, die die FriedWald GmbH an einen potenziellen Standort stellt, sind nicht besonders hoch: Ideal ist ein 30 bis 50 Hektar großer Waldbestand mit hohem Laubholzanteil in landschaftlich besonders schöner Lage. Der Wald sollte nicht weiter als 30 Kilometer von einer Autobahn entfernt sein, über eine öffentliche Straße gut erreichbar und durch einen ausreichend großen Wanderparkplatz erschlossen sein. An diesen Parkplatz sollte sich dann der FriedWald unmittelbar anschließen. Der Bestand sollte stufig aufgebaut sein und auch aus jüngeren Altersklassen bestehen. Intensive Bodenvegetation wie meterhohe Brennnesseln, Brombeeren, flächendeckender Ginster oder Stechpalme verhindern die FriedWald-Nutzung. Ebenso scheiden Flä-

Was ist ein FriedWald?

In einem FriedWald wird die Asche Verstorbener in einer biologisch schadstofffrei abbaubaren Urne im Wurzelbereich ausgewählter Bäume in freier Natur beigesetzt. Die Bäume sind Teil eines besonders schönen Waldes, in dem Grabschmuck und Grabgestaltung in jeglicher Form untersagt sind. Das naturnahe Erscheinungsbild wird durch die Nutzung als FriedWald nicht beeinträchtigt. Menschen, die sich für eine solche letzte Ruhestätte interessieren, können den Wald und das Konzept der Naturbestattung bei einer kostenlosen Waldführung kennenlernen. Seit 2004 haben über 55.000 Menschen diese Möglichkeit genutzt. Den individuellen Baum oder Platz wählen sie erst später gemeinsam mit dem FriedWald-Förster aus. Es gibt derzeit 35 Standorte in der Bundesrepublik, die auf 10 Bundesländer verteilt sind.

Familienbäume im FriedWald

chen aus, die ständiger Lärmbelastung unterliegen, als Naturschutzgebiete ausgewiesen sind, einen felsigen Untergrund oder mehr als 35 Prozent Hangneigung haben. In einem FriedWald sind, wie die Erfahrung zeigt, auch die Bäume von Wert, die unter „normalen“ forstwirtschaftlichen Gesichtspunkten durch das Raster fallen würden. Knorrige, bizarr verwachsene Exemplare sind wertvolle FriedWald-Bäume. Was zählt, ist die Ausstrahlung – nicht der Festmeter. Und das Besondere an dieser Art der Waldnutzung: statt zu ernten, wird erhalten. Nach Ablauf der Nutzung steht der Baum immer noch.

Langfristig denken lohnt sich

Neben einem optimalen Standort muss der Waldbesitzer die betriebliche Infrastruktur haben – das heißt ein modernes Büro mit Internetzugang, Fax und Mobiltelefon. Noch wichtiger ist geeignetes eigenes Personal oder ein externer Dienstleister, der die Bewirtschaftung des FriedWaldes langfristig gewährleisten kann. Dieser Aspekt wird in Erwartung schnell zu realisierender Gewinne häufig unterschätzt. Da das Konzept auf 99 Jahre angelegt ist und der Kunde mit dem Erwerb eines Familienbaumes zehn Grabstellen über diesen Zeitraum belegen kann, ist die langfristige Sicherung der Bewirtschaftung aber besonders wichtig. Stimmen die Rahmenbedingungen, so eröffnen sich für den Waldbesitzer Gewinnmöglichkeiten von circa 1200 Euro pro Jahr und Hektar.

Historische und natürliche Schätze in Pansevit

Ein besonders schönes Beispiel ist der FriedWald im Schlosspark Pansevit im Herzen der Insel Rügen. 700 Jahre ist er alt, rund 40 Hektar groß und mit mehreren Seen und Teichen ein besonders reizvolles Landschaftsdenkmal. Zunächst kümmerte sich der Verband INSULA RUGIA (www.insularugia.de) um den Erhalt und die Pflege des historischen Schlossparks. Langfristig sollte diese Aufgabe jedoch eine Stiftung übernehmen. Mit der Einrichtung des Fried-

Komplexes Rechtsgefüge

In Deutschland ist das Friedhofswesen in den jeweiligen Bestattungsgesetzen der Länder streng geregelt. Es herrscht Friedhofszwang – mit der Folge, dass Urnen nur auf gewidmeten Friedhöfen beigesetzt werden dürfen. Deswegen kann ein FriedWald nur in kommunaler oder kirchlicher Trägerschaft als öffentlicher Friedhof genehmigt werden. Es besteht in der Regel ein Dreiecksvertragsverhältnis zwischen dem Waldbesitzer, dem öffentlichen Träger und der Betreiber-gesellschaft. Der Träger beantragt die Genehmigung beim zuständigen Landratsamt, nachdem die gemeindlichen Gremien dem Vorhaben mehrheitlich zugestimmt haben. Der Träger erlässt außerdem eine amtliche Friedhofsordnung für den FriedWald.

Walds 2006 wollte der Verein die finanziellen Möglichkeiten für die Gründung dieser Stiftung schaffen. Mit Erfolg: Nach gut einem Jahr FriedWald-Betrieb war dieses Ziel erreicht. Im Jahr 2007 wurde die Stiftung „Schlosspark Pansevit“ gegründet (www.stiftung-schlosspark-pansevit.de) und 2009 konnte die Schlossruine im Park durch den Bau einer Turmtreppe, die gleichzeitig als Aussichtsplattform dient, aufgewertet und noch sicherer gemacht werden. Die hierfür notwendigen 11.5000 Euro wurden teilweise über Leader-Mittel finanziert. Der Schlosspark Pansevit mit dem integrierten FriedWald gehört in diesem Jahr zu den Preisträgern der „365 Orte im Land der Ideen“. Der Einfall, den Park durch Nutzung als FriedWald zu erhalten, hat die Jury überzeugt.

Weiter wachsen

Aus der verrückten Idee des Jahres 2000 ist inzwischen ein ernsthaftes Geschäftsmodell geworden. So wurden seit der Gründung bereits 21.000 Urnen beigesetzt. Die Zahl der

Bild: FriedWald/Montage



Namenstafel am Familienbaum

FriedWald-Standorte steigt weiter, weil das Interesse daran ständig zunimmt. Die FriedWald GmbH, die 2001 mit zwei Personen startete, hat inzwischen 52 Mitarbeiter aus unterschiedlichsten Fachrichtungen: Förster, Bank- und Bürokaufleute, Juristen, PR- und Marketingspezialisten, aber auch Menschen, die aus sozialen Berufen kommen, denn ihre Kompetenz ist insbesondere in den Beratungsgesprächen gefordert. Die Firma wird in Zukunft weitere Standorte erschließen, dabei sind besonders die Länder Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg sowie der Großraum Berlin interessant.

Mehr Informationen:

FriedWald GmbH
 Telefon: 0 61 55 / 84 81 00
 E-Mail: info@friedwald.de
www.friedwald.de

FriedWald/Thomas Gasparini



Kunden mit dem FriedWald-Förster bei der Baumauswahl



Den Wandel ganzheitlich gestalten

Von Werner Klöckner, Caroline Seibert und Andrea Soboth

Im April 2010 startete die Verbandsgemeinde Daun in der Leader-Region Vulkaneifel den Prozess „WEGE – Wandel erfolgreich gestalten!“. Dabei nutzt sie Erkenntnisse aus der Organisationsentwicklung. Ziel ist es, dem gesellschaftlichen Wandel mit einer ganzheitlichen ländlichen Strukturentwicklung zu begegnen.

Schon Heraklit von Ephesus sagte um 500 v. Chr.: „Nichts ist so beständig wie der Wandel.“ Der gesellschaftliche, insbesondere der demografische Wandel stellt heute viele ländliche Gemeinden vor große Herausforderungen, da er sich praktisch auf alle kommunalen Handlungsfelder auswirkt. Wie sichern wir Daseinsvorsorge, wie reagieren wir in der Siedlungsentwicklung auf eine rückläufige und deutlich alternde Bevölkerung, wie stabilisieren und stimulieren wir freiwilliges Engagement und schaffen damit stabile soziale Netze? Dies sind nur einige der zentralen Fragen, die ländliche Gemeinden heute beantworten müssen. Wandlungsprozesse wird es jedoch immer geben, deshalb ist es mit einer einmaligen Anpassung an geänderte Rahmenbedingungen nicht getan.

WEGE – Wandel erfolgreich gestalten!

Auch die Verbandsgemeinde (VG) Daun im Herzen der Vulkaneifel in Rheinland-Pfalz hat mit dem gesellschaftlichen und demografischen Wandel zu kämpfen. Vor diesem Hintergrund setzt sie von 2010 bis 2015 nach den Erfolgsfaktoren des Change Managements (siehe Kasten) das Pilotprojekt „WEGE – Wandel erfolgreich gestalten!“ um. Das Projekt will demografiesensible Lösungen in den betroffenen Bereichen – wie zum Beispiel Infrastruktur, Verkehr, Wirtschaft etc. – erarbeiten. Vorangetrieben wird das Vorhaben durch das sogenannte WEGE-Team (siehe Foto), bestehend aus dem Bürgermeister der Verbandsgemeinde, dem WEGE-Büro in der Verbandsgemein-



Bild: VGV Daun

deverwaltung, dem IfR Institut für Regionalmanagement und zwei ehrenamtlich arbeitenden WEGE-Botschaftern. Der WEGE-Prozess soll über die Projektlaufzeit hinausgehen und wird über die ersten fünf Jahre degressiv mit Leader-Mitteln unterstützt.

Zukunft braucht Visionen

Zu Beginn wurde – wie praktisch in jedem ländlichen Entwicklungsprozess – sehr genau die Ist-Situation, also die Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken der VG Daun, in einer SWOT-Analyse untersucht. Um zu wissen, was zu tun ist, muss man aber auch eine Vorstellung von der Soll-Situation haben – also eine Vision von der Zukunft. Nur ein positives, emotionales Bild von einer erstrebenswerten Zukunft kann konkrete Aktivitäten erzeugen – so einer der Erfolgsfaktoren aus dem Change Management. Und so lautet die im Rahmen des WEGE-Projektes gemeinsam entwickelte Vision: „In der VG Daun leben – in einer gesunden Welt zu Hause – gesunder Lebens-, Wohn- und Wirtschaftsstandort.“

Auf den ersten Blick ähnelt solch eine Vision dem aus regionalen Entwicklungskonzepten bekannten Leitbild. Visionen sind jedoch bildlicher, sie sind mit Werten aufgeladen und werden in Geschichten übersetzt. Sie wirken in der Umsetzung breiter, denn sie zielen stärker auf eine eigenverantwortliche Umsetzung durch die Bürgerinnen und Bürger ab.

Veränderung beginnt im Kopf...

Erkenntnisse des Change Managements aus der Anwendung in Unternehmen zeigen außerdem: Eine Umsteuerung ist nur durch einen breiten Bewusstseinswandel möglich. Handlungsdruck entsteht nur, wenn ein Problemverständnis und eine persönliche Betroffenheit erreicht werden. Daher werden die Bürger, die Multiplikatoren, die Unternehmer und die politisch und gesellschaftlich Aktiven der VG Daun über Veranstaltungen und persönliche Gespräche aktiv in den WEGE-Prozess eingebunden.

Abbildung rechts: Die demografiesensible Strategie der Verbandsgemeinde Daun im Überblick;
 Bild S. 36: Das WEGE-Team: Dieter Klas (VGV Daun, IFR), Gerlinde Helten (VGV Daun, WEGE-Büro), Werner Klöckner (Bürgermeister der VG Daun), Friedbert Wisskirchen (WEGE-Botschafter), Caroline Seibert (IFR), Gerhard Becker (WEGE-Botschafter) (v. l. n. r.)



Quelle: VGV Daun, Layout: Dieter Klas

Die Mitarbeiter der Verbandsgemeindeverwaltung sind sowohl Akteure der Umsteuerung, als auch Hauptzielgruppe im Bewusstseinsbildungsprozess. Sie werden zum Beispiel in regelmäßigen Arbeitstreffen sensibilisiert. Das WEGE-Büro in der Verwaltung greift querschnittsorientiert demografische Fragestellungen auf und arbeitet je nach Thema mit den verschiedenen Abteilungen zusammen.

...und braucht intensive Kommunikation

Bewusstseinsbildungsprozesse stellen hohe Anforderungen an die Kommunikation. Sie brauchen Geschichten und Bilder, die Emotionen wecken, um schnell für eine breite Gruppe anschlussfähig zu sein. Dies gilt für das „Was“, das „Mit wem“ und das „Wie“ der Veränderung. Erst so können allmählich kleine Änderungen im Alltäglichen Einzug halten. So hat sich das WEGE-Team zum Beispiel ein recht ungewöhnliches Format für die öffentliche Auftaktveranstaltung unter dem Motto „Weniger – älter – bunter“ ausgedacht: Demografie aufbereitet als Comedy-Theater mit drastischen Geschichten aus anderen Regionen mit deutlichem Problemdruck. Mit 300 Personen war die Veranstaltung sehr gut besucht. Seitdem ist Demografie Gesprächsthema.

Außerdem hat das Team eine eigene Kommunikationsstrategie mit vielen Formaten für unterschiedliche Zielgruppen erarbeitet. Teil der Strategie sind zum Beispiel die „AusWEGE“-Veranstaltungen, die gute Beispielprojekte aus anderen Regionen vorstellen. Die erste Veranstaltung im März 2011 widmete sich – passend zum Themenschwerpunkt 2011 „Altersgerechte Dörfer“ – dem Thema Senioren-genossenschaften. Veränderungsprozesse müssen die Köpfe vieler erreichen, sie brauchen fortwährende Impulse. Dies ist die Aufgabe der zwei ehrenamtlichen WEGE-Botschafter. Sie besuchen

zum Beispiel die Orts-gemeinderäte und Ver-eine und nehmen an Bürgerversammlungen teil. Sie halten Vorträge, regen zur Diskussion an und beraten bei noch unkonkreten Pro-jektideen.

Kein Erfolg ohne Beteiligung

Partnerschaftlich und breit in der Fläche arbeiten und die Interessen aller Beteiligten berücksichtigen – dies ist ein weiterer wichtiger Erfolgsfaktor für die Akzeptanz eines Veränderungsprozesses. Deshalb begingen die WEGE-Beraterinnen zu Beginn alle 37 Ortsgemeinden und die Stadt Daun mit ihren Stadtteilen und diskutierten gemeinsam mit den Ortsbürgermeistern und Ortsvorstehern deren Situation und ihre Zukunftsvisionen. Die Ergebnisse flossen in die demografiesensible Strategie ein, die Bürger, Verbandsgemeinderat, Verbandsgemeindeverwaltung, Ortsbürgermeister und Ortsgemeinderäte sowie andere Schlüsselakteure wie Unternehmen gemeinsam entwickelten. Diese Strategie identifiziert zwölf Handlungsfelder (siehe Grafik), die nun sukzessive mit konkreten Projekten gefüllt werden. Das Projekt „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ will in der Verbandsgemeindeverwaltung Daun eine Führungskultur etablieren, die der zunehmend älter werdenden Mitarbeiterschaft gerecht wird.

38 sagen Ja!

Woran erkennt man, dass Bewusstseinsbildungsprozesse erfolgreich sind, und wie kann man Erfolge kommunizieren? Um die

Akzeptanz des Prozesses und der WEGE-Strategie vor Ort sichtbar zu machen, haben Mitglieder des Verbandsgemeinderates und die Ortsbürgermeister unterstützt durch das IFR in einem Workshop die WEGE-Resolution erarbeitet. Diese beschreibt in wenigen Sätzen die Hauptorientierungslinien für die Zukunft. In einem Grundsatzbeschluss haben sich alle 37 Ortsgemeinden und die Stadt Daun Ende 2010/Anfang 2011 dazu bekannt, zukünftig demografiesensibel handeln zu wollen, und sind damit WEGE-Dorf/WEGE-Stadt geworden. Nun steht die Zustimmung zur Resolution auf der Tagesordnung, die ersten Ortsgemeinden haben bereits unterzeichnet.

Mehr Informationen:

Gerlinde Helten
 WEGE-Büro in der Verbandsgemeindeverwaltung Daun
 Telefon: 06 5 92 / 93 92 06
 E-Mail: Gerlinde.Helten@vgv.daun.de
www.leaderregion-vulkaneifel.de/projekte/wege-projekt

Andrea Soboth und Caroline Seibert
 IFR Institut für Regionalmanagement
 Telefon: 0641 / 4941840
 E-Mail: Soboth@ifr-regional.de
 Seibert@ifr-regional.de
www.ifr-regional.de

Alfred Bauer
 LEADER-Region Vulkaneifel
 Telefon: 06 5 92 / 93 32 01
 E-Mail: alfred.bauer@vulkaneifel.de

Change Management in der ländlichen Entwicklung

Der Begriff Change Management (Veränderungsmanagement) stammt ursprünglich aus der Organisationsentwicklung. Er bezeichnet die laufende Anpassung von Unternehmensstrategien und -strukturen an veränderte Rahmenbedingungen. Die ländliche Entwicklung kann viel von den grundsätzlichen Erfolgsfaktoren dieses Change Managements lernen. Das Ziel ist dann erreicht, wenn die ländliche Gemeinde Mechanismen gefunden und etabliert hat, wie sie in Zukunft schnell und adäquat mit Wandlungsprozessen umgehen kann.

Leader-News ins Wohnzimmer



Von **Andreas Schmidt**

Bilder sprechen mehr als tausend Worte. Unter diesem Motto treten die Lokalen Aktionsgruppen Oderland und Märkische Seen in Brandenburg mit einem im Leader-Kontext bisher selten genutzten Medium an die Öffentlichkeit. Ihr Leader TV informiert seit August 2010 wöchentlich über die Leader-Aktivitäten in der Region.

In den letzten Jahren haben die Lokalen Aktionsgruppen (LAGn) in Brandenburg viel bewegt und zahlreiche regionale Entwicklungsprojekte erfolgreich vorangetrieben und umgesetzt. Eines fiel den Aktiven der seit 2007 kooperierenden LAGn Oderland und Märkische Seen aber auf: In der Öffentlichkeit ist Leader fast unbekannt. Sogar die Akteure unmittelbarer Leader-Regionen kennen sich und ihre Projekte gegenseitig kaum. Da die Tagespresse sowie die eigene Internetpräsenz offenbar nicht ausreichten, suchten die beiden Aktionsgruppen neue Wege, wie sie Leader und ihre Projekte bekannter machen könnten.

Drei Fliegen mit einer Klappe

Dabei ging es den LAGn zum einen um ein gutes Regionalmarketing, mit dem sie die Akzeptanz und damit die Erfolgsaussichten der Leader-Projekte nachhaltig steigern wollten. Zum anderen wollten sie die Bevölkerung sensibilisieren und zu stärkerem Engagement motivieren. Da sie sich zusätzlich Synergien für die Begleitung und Bewertung des Leader-Prozesses erhofften, war ihr Anspruch, nicht nur die Stärken

und Erfolge ihrer Regionen und Projekte, sondern auch Schwächen und Misserfolge zu dokumentieren. So entstand im Sommer 2009 die Idee, mit einem eigenen Leader TV auf Sendung zu gehen.

Leader TV geht auf Sendung

Die LAGn schrieben den Auftrag öffentlich aus und ein regionaler Fernsehsender – das Oderland TV – bekam den Zuschlag. Seit August 2010 bis zum Jahr 2014 strahlt der Sender nun pro Woche einen drei- bis fünfminütigen Beitrag über Neuigkeiten aus einem der Projekte der Aktionsgruppen aus. Ein Beitrag läuft an zwei Tagen innerhalb der Woche mehrmals täglich. In dieser konsequenten wöchentlichen Folge über vier Jahre ist das Leader TV bisher einzigartig in Deutschland. Die Beiträge erstellt die TV-Firma Rätzel & Ziebell GbR über einen Dienstleistungsvertrag. Bevor sie auf Sendung gehen, durchlaufen sie noch eine Korrekturschleife seitens der LAGn und der Projektträger. Rund 50 Beiträge wurden bisher produziert; zusätzlich zu den Projektbeiträgen sind sechs Imageproduktionen und 12 umfangreichere Projektdokumentationen geplant.

Die Sendungen können über verschiedene Wege empfangen werden: über das Kabelnetz, das Internet (www.oderland.tv) und das Brandenburgische Fernsehnetz. Die Projektträger und die beiden LAGn können sämtliche Produktionen in Form von internetfähigen Videodateien für ihre eigenen Webseiten oder anderweitige Präsentationen nutzen und steigern damit die Verbreitung ihrer Sendungen. Die Gesamtkosten des Leader TV betragen über die vierjährige Laufzeit 147.560 Euro, sie werden zu 85 Prozent aus Leader-Mitteln bezuschusst.

Im Ergebnis transportiert das Leader-Fernsehen nicht nur Informationen mit Unterhaltungswert zum Nutzen der Projekte und Lokalen Aktionsgruppen. Es trägt auch dazu bei, dass sich die Bürger mit der Region stärker identifizieren, und schafft damit gute Voraussetzungen für eine langfristig erfolgreiche Entwicklung der Region.

Mehr Informationen:

Andreas Schmidt
LAG Oderland e.V.
Telefon: 03 34 56 / 71 0 55
www.lag-oderland.de

Gemeinsam den Klimawandel meistern

Von Adam Gancarczyk und Thomas Zimmermann

Der Klimawandel stellt viele ländliche Gemeinden vor neue Herausforderungen. Die Samtgemeinde Gartow im östlichen Niedersachsen hat sich zu einem frühzeitigen Handeln entschlossen und entwickelte in einem breiten Beteiligungsprozess ein Leitbild für die Bewältigung der Folgen des Klimawandels.

Bild: Juliane Hildebrand

Elbhochwasser in der Samtgemeinde Gartow

Der Klimawandel gefährdet auch in Deutschland zunehmend die derzeitige Landnutzung vieler Regionen. Um bei den Bürgerinnen und Bürgern ein Bewusstsein für diese Herausforderungen zu schaffen und mit ihnen abgestimmte Maßnahmen zur Klimaanpassung zu entwickeln, werden Beteiligungsprozesse immer wichtiger.

Gartow macht mobil

Auch die 3.800 Einwohner zählende Samtgemeinde Gartow, die an der Elbe im ländlich geprägten Osten Niedersachsens liegt, hat mit den Folgen des Klimawandels zu kämpfen. Neben den Elbhochwassern leidet die Region unter der jahreszeitlichen Verschiebung der Niederschläge. Die zunehmende Sommertrockenheit steigert das Waldbrandrisiko und gefährdet die Land- und Forstwirtschaft.

Zusammen mit der HafenCity Universität Hamburg entwickelte die Samtgemeinde deshalb innerhalb des vom Bundesforschungsministerium geförderten Projektes „KLIMZUG-NORD“ (2009-2014) ein klimaangepasstes Leitbild, das der Rat der Samtgemeinde im Dezember 2010 einstimmig beschloss. Das Leitbild besteht

aus der langfristigen Vision „Entwicklung im Einklang mit der Natur“ sowie Zielen und Strategien für ihre Umsetzung. Es soll Gartow und seinen Bewohnern Orientierung für ihre weitere Entwicklung unter den Bedingungen des Klimawandels geben. Dem Beschluss ging eine breite Bürgerbeteiligung voraus.

Abwarten, Schützen oder Anpassen

Zu Beginn identifizierten die Bürgerinnen und Bürger in einem Workshop die Chancen und Risiken des Klimawandels für ihre Gemeinde. Dabei untersuchten sie drei mögliche Handlungsoptionen:

Abwarten: Die Samtgemeinde entwickelt keine umfassende Strategie zur Klimaanpassung, sodass Maßnahmen aus der jeweiligen Situation heraus von den Bewohnerinnen und Bewohnern selbst getroffen werden.

Schützen: Um die bestehende Landnutzung zu erhalten, ergreift die Samtgemeinde baulich-technische Schutzmaßnahmen.

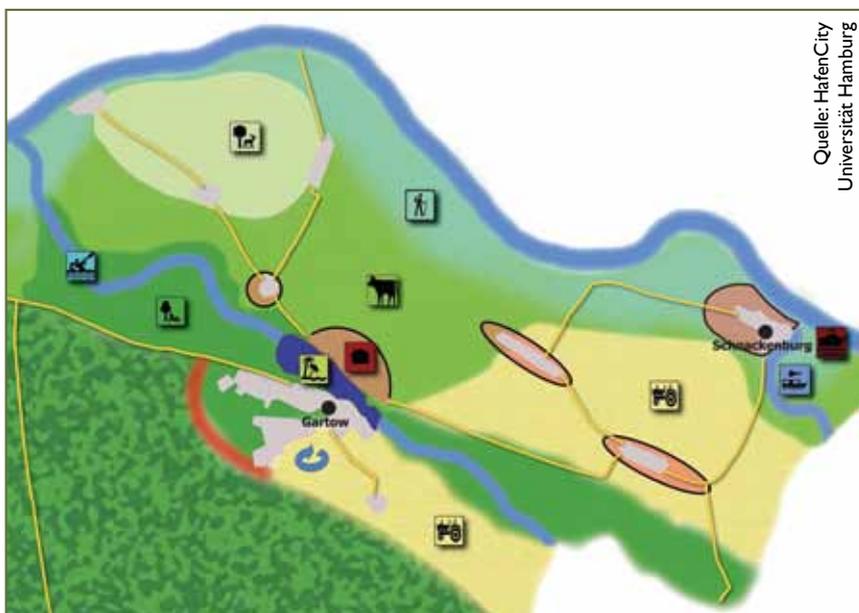
Anpassen: Gartow ergreift größtmögliche Anstrengungen, sich an die Folgen des Klimawandels, die mit Landnutzungsveränderungen einhergehen, anzupassen. Dazu

werden gemeinsame Aktionspläne entworfen, überprüft, aktualisiert und gemeinsam umgesetzt.

Der goldene Mittelweg

Mehrheitlich befürworteten die Teilnehmenden eine auf *Anpassung* zielende Entwicklung. Diese hat jedoch Veränderungen zur Folge, die in einer anschließenden Diskussion deutliche Konflikte aufzeigten. So macht zum Beispiel die Hochwasser- und Waldbrandgefahr für einige Gebiete den Rückbau von Siedlungen erforderlich. Diesen teilweise gravierenden Einschränkungen begegneten die Teilnehmer des Workshops, indem sie partiell auch auf die Option *Schützen* zurückgriffen. Zum Schutz der Siedlungen vor Überschwemmungen sowie vor Feuer- und Sturmschäden sollen etwa Pufferflächen zu Gewässern und Forsten eingerichtet werden. Zusätzliche bauliche Vorsorgemaßnahmen hinter den Hochwasserschutzanlagen sollen helfen, Schäden in den Siedlungen bei Ausfall dieser Schutzanlagen zu vermeiden. Weitere konkrete Maßnahmen der Samtgemeinde sind geplant.

Der Beteiligungsprozess machte deutlich, dass die Beschäftigung mit den Chancen und Risiken unterschiedlicher Handlungsoptionen die Bürgerinnen und Bürger für den Klimawandel sensibilisiert und sie ermuntert, sich von Alltagsroutinen zu lösen und neue, innovative Strategien zu entwickeln. Dies erhöht die Chancen einer Kommune, rechtzeitig die Folgen des Klimawandels, orientiert an den Bedürfnissen ihrer Bewohner, zu meistern.



Quelle: HafenCity
Universität Hamburg

Abbildung: Ausschnitt aus der Leitbildkarte der Samtgemeinde Gartow.

Mehr Informationen:

Adam Gancarczyk, Thomas Zimmermann
HafenCity Universität Hamburg
Fachgebiet Stadtplanung und Regionalentwicklung
Telefon: 040 / 42 82 74 5 25
E-Mail: adam.gancarczyk@hcu-hamburg.de;
thomas.zimmermann@hcu-hamburg.de
www.klimzug-nord.de

Politikfolgen abschätzen: räumliche Typisierungen und ökonomische Modelle

Von Stefan Neumeier und Peter Weingarten

Lassen sich ländliche Räume bestimmten Typen zuordnen, um so die Folgen der ländlichen Entwicklungspolitik leichter abschätzen zu können? Diese Frage untersuchten die Wissenschaftler des EU-Projektes TERA-SIAP, indem sie exemplarisch Regionstypen erarbeiteten und mit ökonomischen Modellen verknüpften. Dabei konnten sie zeigen: Dieselbe Politikmaßnahme kann je nach Regionstyp ganz unterschiedlich wirken.

Wichtige Entscheidungen über die Ausgestaltung der Politik zur Entwicklung ländlicher Räume als der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in der Förderperiode 2014 bis 2020 rücken näher. Vor diesem Hintergrund wird zunehmend diskutiert, wie man über Computermodelle Folgen der Politik besser abschätzen und damit zur Entscheidungsfindung beitragen kann.

Bisher können quantitative, ökonomische Modelle Politikmaßnahmen zur ländlichen Entwicklung nicht EU-weit kleinräumig differenziert analysieren. Hierfür fehlen die erforderlichen Daten. Außerdem wäre der Aufwand, die Modelle an die Besonderheiten jeder einzelnen Region anzupassen, viel zu hoch. Eine mögliche Lösung besteht darin, beispielhaft für ausgewählte Regionen die Wirkungen bestimmter Maßnahmen abzuschätzen und die Ergebnisse anschließend auf vergleichbare Regionen zu übertragen. Dazu muss man die Regionen jedoch vorher typisieren. Die so gefundenen Typen können dann mit ökonomischen Modellen verknüpft werden.

Ländliche Räume vergleichbar machen

Während die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ländliche Räume nach der Bevölkerungsdichte definiert, erweitern die bekanntesten Typisierungen auf EU-Ebene diese Definition um Daten zur Erreichbarkeit der Regionen oder zur Landbedeckung. Allerdings eignen sich diese nicht zur Folgenabschätzung von ländlichen Entwicklungsmaßnahmen, da sie nicht auf denjenigen Eigenschaften basieren, auf welche die Maßnahmen abzielen. Deshalb haben Wissenschaftler im Rahmen des Projektes TERA-SIAP (siehe Kasten) eigene Regions-

typen zur Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft auf NUTS-3-Ebene (EU-Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik) erarbeitet. In Deutschland entsprechen Regionen auf dieser Ebene den Landkreisen und kreisfreien Städten. Es wurden 1.242 Regionen, für die statistische Daten vorlagen, anhand folgender Kriterien klassifiziert:

- a) aktueller Stand der wirtschaftlichen Diversifizierung (Indikatoren: Bruttowertschöpfung der Landwirtschaft, Beschäftigte in der Landwirtschaft);
- b) Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe (Indikator: außerlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit) und
- c) Diversifizierungspotenzial gemessen an der Erreichbarkeit der Region (Indikator: Erreichbarkeit von Bevölkerung mit dem Auto) und ihres touristischen Potenzials (Indikatoren: Betten pro Erwerbstätige, Verfügbarkeit und Nähe naturnaher Landschaften).

Nach diesen drei Kriterien und gemessen am jeweiligen EU-Durchschnitt teilten die Wissenschaftler die Regionen dann in die drei Klassen „durchschnittlich“, „überdurchschnittlich“ und „unterdurchschnittlich“ ein.

Deutschland steht im Vergleich gut da

Im Anschluss daran haben die Wissenschaftler die Ergebnisse für jede Region und Dimension mithilfe von Kreuztabellen zusammengefasst. Es entstanden 27 Kombinationsmöglichkeiten beziehungsweise Typen. Wie die Abbildung zeigt, befinden sich diejenigen Regionen mit der höchsten Diversifizierung und dem größten Diversifizierungspotenzial vor allem in Zentral- und Nordeuropa. Schlusslichter sind Zentralspanien, Griechenland und Litauen. Gemessen am EU-Durchschnitt ist die wirtschaftliche Diversifizierung in

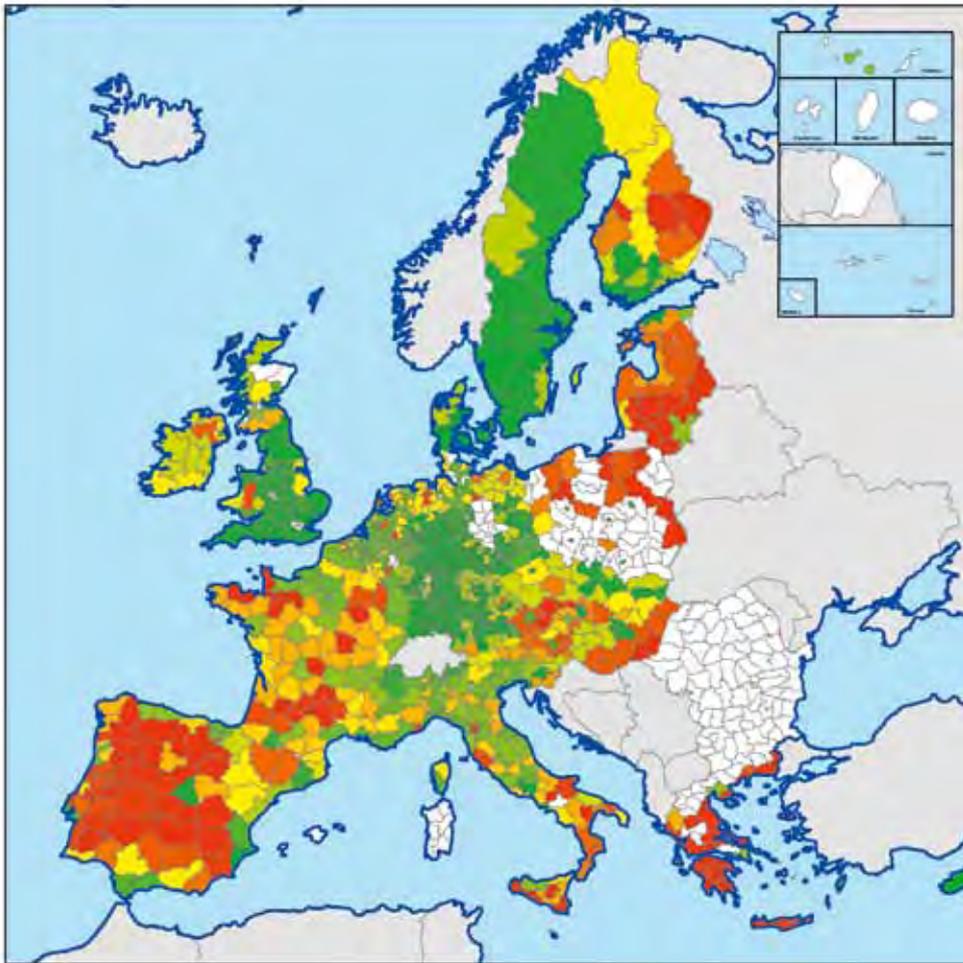
Deutschland insgesamt relativ hoch. In der Mehrzahl der Kreise des Landes liegt das Potenzial für eine zukünftige Diversifizierung über dem EU-Durchschnitt. Für Sachsen-Anhalt waren aufgrund einer Kommunalreform keine Daten verfügbar.

Regionstypen mit Modellen verknüpfen

Zunächst wählte das Forscherteam aus mehreren erarbeiteten Typen (111, 313, 331, 333) 16 Regionen aus, um die Verknüpfung der Typisierung mit ökonomischen Model-

Das TERA-SIAP-Projekt

Das Institut für Ländliche Räume des Johann Heinrich von Thünen-Instituts hat zusammen mit dem Millennium Institut der University of the Highlands and Islands in Inverness (Großbritannien) und der Universität Patras (Griechenland) von 2008 bis 2010 das Projekt TERA-SIAP („Building a Typology of European Rural Areas for the Spatial Impact Assessment of Policies“) bearbeitet. Beauftragt wurden sie vom Institut für Technologische Zukunftsforschung der Europäischen Kommission. Hauptziel war es, am Beispiel ausgewählter Maßnahmen der Achse 3 der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik exemplarisch zu testen, ob man durch eine Verknüpfung von räumlichen Typologien mit ökonomischen Modellen die Wirkung von Politikmaßnahmen besser abschätzen kann. Der Abschlussbericht des Projektes kann unter www.ipts.jrc.ec.europa.eu → publications → reports kostenlos heruntergeladen werden.



Wirkungen haben kann. So sind zum Beispiel die betrachteten Investitionen in Regionen mit einer diversifizierten Wirtschaft und hohem Diversifizierungspotenzial (Typen 313, 333) potenziell wirkungsvoller im Hinblick auf Produktionswert, Einkommen oder Beschäftigung als in anderen Regionstypen (Typen 111, 331). Im Unterschied dazu sind in Regionen, deren Wirtschaft stark von der Landwirtschaft bestimmt wird (Typ 111) sowie in Regionen mit diversifizierter Wirtschaft, hoher landwirtschaftlicher Diversifizierung und geringem Diversifizierungspotenzial (Typ 331) höhere Kapazitätsanpassungseffekte (etwa durch ein höheres Tourismusaufkommen) zu erwarten.

Daraus folgt, dass sich unterschiedliche regionale Bedingungen in der Ausgestaltung von Politikmaßnahmen niederschlagen sollten.

**Modellanalysen:
Einschränkungen
beachten!**

Zwar zeigt sich, dass mit diesen Typisierungen der ländlichen Räume, verknüpft mit ökonomischen Modellen, die Folgen möglicher Politikmaßnahmen besser abgeschätzt werden können. Allerdings ist bei der Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen, dass hierbei oftmals stark vereinfachende Annahmen getroffen werden. Außerdem hängt sowohl die regionale Typisierung als auch die ökonomische Modellierung in starkem Maße von der Verfügbarkeit

kleinräumiger statistischer Daten ab. Auf NUTS-3-Ebene stehen solche Daten nur begrenzt zur Verfügung. Zudem bestehen hinsichtlich der Modellierbarkeit zwischen den Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung große Unterschiede.

Typologie wirtschaftliche Diversifizierung

fehlende Daten			Klasse	N	%	Klasse	N	%	Diversifizierung der Wirtschaft - Diversifizierung der Landwirtschaft - Diversifizierungspotenzial
111	211	311	fehlende Daten	225	17,3	222	4	0,3	- 1 unterdurchschnittlich - 2 durchschnittlich - 3 überdurchschnittlich
112	212	312	111	79	6,1	223	23	1,8	
113	213	313	112	15	1,2	231	35	2,7	
121	221	321	113	31	2,4	232	21	1,6	
122	222	322	121	32	2,5	233	28	2,2	
123	223	323	122	10	0,8	311	41	3,1	
131	231	331	123	7	0,5	312	36	2,8	
132	232	332	131	13	1,0	313	127	9,8	
133	233	333	132	2	0,2	321	32	2,5	
			133	9	0,7	322	17	1,3	
			211	42	3,2	323	34	2,6	
			212	27	2,1	331	107	8,2	
			213	50	3,8	332	83	6,4	
			221	19	1,5	333	153	11,8	

© EuroGeographics for the administrative boundaries

Abbildung: Typisierung der wirtschaftlichen Diversifizierung, Quelle: Weingarten et al. 2010, a.a.O.

len zu testen. Für diese Regionen wurden sogenannte Input-Output-Modelle erstellt, die nach Wirtschaftszweigen untergliedert die Entstehung und Verwendung der wirtschaftlichen Produktion abbilden. Die Modelle wurden zum einen mit nationalen Daten zur wirtschaftlichen Produktion sowie mit nationalen und regionalen Daten zur Beschäftigung nach Wirtschaftssektoren gefüttert. Zum anderen gingen exemplarisch Investitionsdaten aus Projekten zur Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft (hier: Tourismus) und zur Dorferneuerung in die Modelle ein. Basierend auf diesen Informationen errechneten die Modelle dann für die 16 Fallstudienregionen die poten-

ziell zu erwartenden Effekte. Betrachtet wurden hierbei die Auswirkungen, die von den Investitionen direkt ausgehen (Investitionseffekte), zum Beispiel im Bausektor, und die indirekten Auswirkungen, die auf der angenommenen Ausnutzung der zusätzlich geschaffenen Kapazitäten beruhen (Kapazitätsanpassungseffekte).

Regionen brauchen angepasste Maßnahmen

Die Ergebnisse der Modellierung zeigen deutlich, dass ein und dieselbe Politikmaßnahme bei verschiedenen regionalen wirtschaftlichen Bedingungen unterschiedliche

Mehr Informationen:

Dr. Stefan Neumeier
Prof. Dr. Peter Weingarten
Johann Heinrich von Thünen-Institut
Institut für Ländliche Räume
Telefon: 05 31 / 59 6 52 41
E-Mail: stefan.neumeier@vti.bund.de
www.vti.bund.de

Bilanz zur Halbzeit – Nach dem Spiel ist vor dem Spiel

Von Henrik Ebers, Regina Grajewski, Kim Pollermann und Wolfgang Roggendorf

Als Ende 2010 die Ergebnisse zur Halbzeitbewertung der ELER-Programme 2007 bis 2013 vorlagen, standen die Bundesländer schon in den Startlöchern für die Programmplanung 2014 bis 2020. So wird sich die Halbzeitbewertung weniger in Anpassungen in der laufenden Förderperiode niederschlagen als vielmehr Hinweise für die Neuprogrammierung liefern.

Die Ergebnisse der Halbzeitbewertung der sieben Bundesländer Hessen, Niedersachsen/Bremen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern (siehe Kasten) sind nun offiziell. Sie zeigen: Insgesamt rund 1,4 Milliarden Euro an ELER-Mitteln einschließlich öffentlicher Kofinanzierung sowie rund 500 Millionen Euro ergänzende nationale Mittel wurden in diesen Bundesländern bis Ende 2009 ausgezahlt. Ordnet man die Mittelflüsse den drei wesentlich von den ELER-Programmen tangierten Politikfeldern Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Entwicklung zu, zeigt sich, dass diese finanziell in etwa gleich gewichtet sind (siehe Abbildung 1). Aus den umfangreichen Berichten zur Halbzeitbewertung greifen wir hier beispielhaft vier Aspekte heraus: die Programmdurchführung, das Instrument Agrarinvestitionsförderung (Politikfeld Landwirtschaft), Wirkungen auf die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie (Politikfeld Umwelt) und den methodischen Ansatz von Leader (Politikfeld ländliche Entwicklung).

Rahmen für Programmdurchführung bremst Engagement

Die EU ist mit ambitionierten Zielen für die Programmdurchführung in die Förderperi-

ode gestartet. Allerdings stehen diese Ziele in einem Spannungsfeld zueinander, das vielfach zu Konflikten führt. Auch der EU-Rechtsrahmen ist wenig geeignet, um den Erfordernissen der ländlichen Entwicklung Rechnung zu tragen, da er einen starken Standardisierungsdruck erzeugt, der innovative Projekte, Leader, Kleinstprojekte oder ehrenamtliches Engagement bei der Umsetzung von Projekten erschwert. Die Angst vor einer Rückforderung von Mitteln seitens der EU aufgrund von Unregelmäßigkeiten grenzt den Gestaltungswillen der Verwaltungen stark ein. Gestiegene Anforderungen der EU zum Umfang von Kontrollen sowie zur Zahl der Berichte, führen zu höheren Verwaltungskosten gegenüber der Vorperiode. Da sich der Durchführungsrahmen nicht grundlegend ändern wird, ist zukünftig beim Ausgestalten der Programme die Wirkungen der Maßnahmen unter Berücksichtigung von geringen Verwaltungskosten zu optimieren.

Auslaufmodell Agrarinvestitionsförderung?

Die Agrarinvestitionsförderung ist in allen Bundesländern außer in Schleswig-Holstein ein Förderschwerpunkt. Die Ergebnisse der Ex-post-Bewertung aus dem

Jahr 2008 sowie die Untersuchungen und Analysen der Halbzeitbewertung deuten darauf hin, dass die geförderten Investitionen bei den Betrieben überwiegend positive Effekte in Hinblick auf Produktivität und Rentabilität haben. Die beobachteten Effekte können allerdings nicht vollständig der Förderung zugeschrieben werden, da teilweise auch ohne diese investiert worden wäre. Befragungen bei geförderten Betrieben, Expertengespräche bei Banken, theoretische Überlegungen sowie Auswertungen der Investitionskonzepte zur langfristigen Kapitaldienstgrenze liefern Hinweise, dass Mitnahmeeffekte bei der Investitionsförderung ein ernst zu nehmendes Problem darstellen.

Angesichts des derzeit günstigen Zinsniveaus und der Bereitschaft der Banken zur Gewährung von Krediten wird daher empfohlen, die bestehende Kapitalförderung bereits kurzfristig deutlich abzusenken und eine Bürgschaftsregelung, die eine partielle Übernahme von Kreditausfällen durch staatliche Stellen vorsieht, anzubieten. So kann die Finanzierung von grundsätzlich rentablen Investitionen im Fall von fehlenden Sicherheiten gewährleistet werden. Für die nächste Förderperiode sollte eine Kapitalzuschussförderung an der Bereitstellung von öffentlichen Gütern (zum Bei-

Gemeinsame Bewertung in sieben Bundesländern

Für die Förderperiode 2007 bis 2013 haben sich die Bundesländer Hessen, Niedersachsen/Bremen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern zusammengeschlossen, um eine Bewertung nach einem gemeinsamen Ansatz durchführen zu lassen. Die Federführung hat das Johann Heinrich von Thünen Institut (vTI); Kooperationspartner ist das Ingenieurbüro entera. Die Berichte zur Halbzeitbewertung sind der erste Meilenstein im Prozess der laufenden Bewertung. Die Berichte stehen in Kürze auf den Webseiten der Länderministerien zum Herunterladen zur Verfügung.

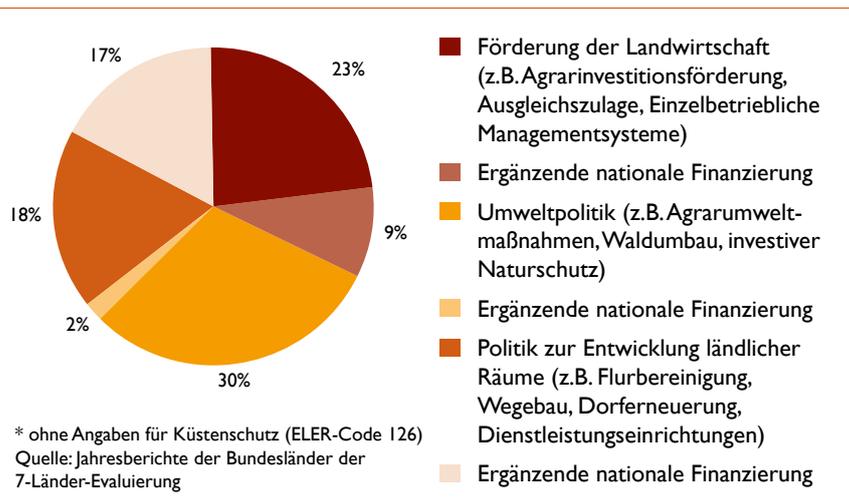


Abbildung 1: Ausgabenstruktur* nach Politikfeldern bis zum 31.12.2009 (einschließlich ergänzender nationaler Finanzierung)

spiel im Bereich Tier- oder Umweltschutz) ausgerichtet werden, sofern diese unter gegebenen Marktverhältnissen nicht in ausreichendem Maß angeboten werden.

Beitrag zur Wasserrahmenrichtlinie ausbaufähig

Bisher haben nur wenige Länder ihre Programme stringent auf die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) ausgerichtet. Veranlasst durch die seit Anfang 2010 vorliegenden Bewirtschaftungs- und Maßnahmenpläne werden aber einige Programme derzeit gezielter an die Anforderungen der WRRL angepasst. Bis zur Halbzeitbewertung trugen vor allem Agrarumweltmaßnahmen (AUM) zur Reduzierung der – meist diffusen – Stoffeinträge in Gewässer bei. AUM mit Wasserschutzwirkung erreichen je nach Bundesland zwischen vier und 23 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Ihre geschätzte Reduzierungswirkung auf Stickstoffbilanzüberschüsse ist je nach Akzeptanz und Wirkungsgrad der Einzelmaßnahmen regional stark unterschiedlich. Bezieht man die Schätzungen auf landesweite Indikatorwerte für Stickstoffbilanzen, ergibt sich ein Minderungsbeitrag von zwei bis knapp zehn Prozent. Problemregionen oder -betriebe wurden durch wirksame AUM bisher kaum erreicht. Dies hat verschiedene Gründe, etwa fehlende Gebietskulissen oder eine unpassende Maßnahmenausgestaltung. Einige Länder haben bereits reagiert und ihr Förderangebot effizienter ausgestaltet.

Abgesehen von der Kalkung haben forstliche Maßnahmen wegen ihres geringen Flächenumfangs eine geringe Bedeutung zum Erreichen der WRRL-Ziele. Beratung und Bildungsmaßnahmen sind in Bezug auf unerwünschte Stoffeinträge zwar wichtige Bausteine in den WRRL-Strategien aller Länder, eine Integration solcher Angebote in die ELER-Programme findet aber nur ansatzweise statt. Maßnahmen zur Gewässer-

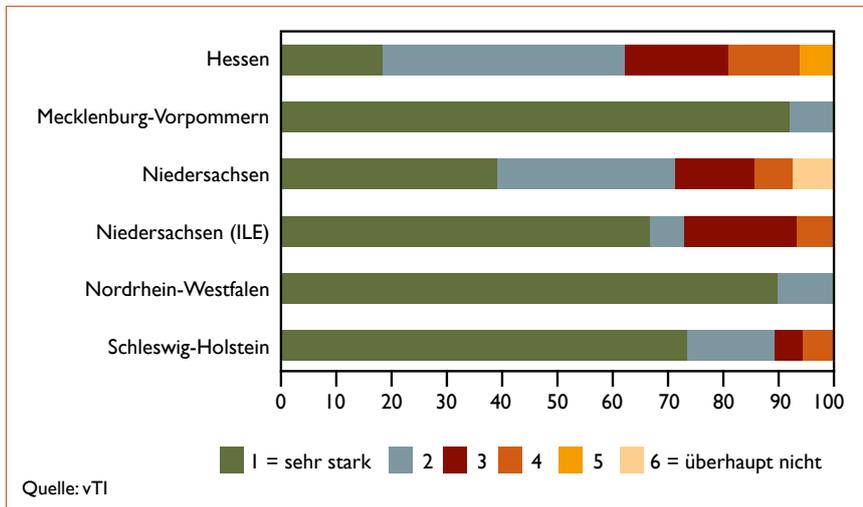


Abbildung 2: Umfrage Regionalmanager: Beeinträchtigt die nicht zulässige private Kofinanzierung die Umsetzung von Projekten? (n = 112)

entwicklung hingegen werden oftmals mit ELER-Mitteln kofinanziert, meist über ein Förderangebot im Rahmen der Maßnahme 323 – Ländliches Erbe. Solche wasserwirtschaftlichen Vorhaben werden darüber hinaus oft über Flurbereinigerungsverfahren umgesetzt.

Mainstreaming Leader: Stärken geschwächt

Im Zuge des Mainstreaming ist die Zahl der Leader-Regionen stark angestiegen. Eine Befragung der Lokalen Aktionsgruppen zeigte, dass man hiermit auch ein wesentliches Ziel der Leader-Methode erreichte: Die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure über kommunale Grenzen hinweg und das gegenseitige Verständnis füreinander haben sich verbessert.

Ein gravierendes Problem ist das Aufbringen der öffentlichen nationalen Kofinanzierungsmittel für die Projekte, insbesondere für private Zuwendungsempfänger (siehe Abbildung 2). Des Weiteren zeigte die Befragung der Regionalmanager, dass administrative Rahmenbedingungen die Fördermöglichkeiten zu stark beschränken. Dies steht der Entscheidungsfreiheit der Regionen zur Umsetzung ihrer Entwicklungskonzepte und letztlich dem Bottom-up-Prinzip entgegen. Auffällig war eine im Vergleich zu LEADER+ wahrgenommene Verschlechterung der Fördermöglichkeiten für innovative Projekte. Insgesamt sind die Kernelemente der Leader-Methode als gebietsbezogener partizipativer Förderansatz zwar im Mainstreaming erhalten geblieben. Damit aber auch ihre ursprünglichen Stärken wie „Innovation“ und „flexible Problemorientierung“ voll zur Geltung kommen können, müssten die Durchführungsbedingungen geändert werden.



Bild: Heike Peter, 2009

Mehr Informationen:

Regina Grajewski
 Johann Heinrich von Thünen-Institut
 Bundesforschungsinstitut für Ländliche
 Räume, Wald und Fischerei
 Institut für Ländliche Räume
 Telefon: 05 31 / 59 6 52 17
 E-Mail: regina.grajewski@vti.bund.de
 www.vti.bund.de/de/institute/lr/

Vom Hähnchenstall zum Bioenergiedorf

Von Sören Bronsert

Landwirtschaftliche Stallbauvorhaben führen immer öfter zu Auseinandersetzungen mit den Dorfbewohnern. Die Gemeinde Hülseburg in Mecklenburg-Vorpommern zeigt, dass es anders geht: Landwirte und Dorfbewohnern machten gemeinsame Sache und brachten ihr Dorf damit ein ganzes Stück weiter.

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft hält an. Der altbekannte Slogan „Wachsen oder weichen“ bringt die ökonomischen Bedingungen vieler landwirtschaftlicher Betriebe auf den Punkt. Dies gilt insbesondere für tierhaltende Betriebe, deren Weiterentwicklung häufig mit einem Stallumbau beziehungsweise Neubau verbunden ist. Diese Investitionsvorhaben stoßen in der Praxis immer öfter auf erheblichen sozialen Protest bei Dorfbewohnern und anderen Interessengruppen wie Umwelt- und Tierschutzverbänden. Ein Grund hierfür liegt in der äußerst geringen Akzeptanz der Landwirtschaft in der Gesellschaft (Becker und Oppermann, 1994).

Dörfer ohne Landwirtschaft

Eine Ursache ist der Rückzug der Landwirtschaft aus dem ländlichen Raum. Rund vier Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland, so das Statistische Bundesamt, waren 1991 noch in der Landwirtschaft tätig, 2009 waren es nur noch zwei Prozent. Immer weniger persönliche Berührungspunkte mit der Landwirtschaft führen zu einer stetigen Entfremdung. Diese Entwicklung hat auch die Struktur der Dörfer und die sozialen Beziehungen zwischen Landwirten und Dorfbewohnern verändert. Während die Stallanlagen heute aus vielen Dörfern

mehr und mehr verschwinden, ist deren Anziehungskraft als Wohn- und Lebensort für viele ungebrochen. Mit Ausweisung von preiswertem Bauland versuchen die Gemeinden, den Traum vom ländlichen Idyll für viele Zuzügler zu realisieren und somit den demografischen Wandel zu stoppen. Mit dem Zuzug verändert sich vielerorts das Zusammenleben in der Dorfgemeinschaft und deren Kommunikationsstrukturen. Landwirtschaftliche Themen verschwinden aus den Dorfgesprächen und werden somit unweigerlich zum Expertenthema und oft als Störfaktor für das Landleben empfunden.

Unterschiedliche Lösungsstrategien sind gefragt

Wie vielschichtig die Konflikte sein können und welche Strategien sich zur Lösung anbieten, hat die Universität Göttingen 2008 untersucht. Die Wissenschaftler konnten vier typische Konfliktfelder bei Stallbauvorhaben identifizieren:

Nachbarschaftskonflikte: Anwohner befürchten potenzielle Einschränkungen ihrer Lebensqualität durch Geruchsbelästigungen und Zerstörung des Landschaftsbildes und damit den Wertverlust von Immobilien. **Akzeptanzkonflikte moderner Tierhaltung:** Nachbarn und Interessengruppen befürch-

ten schädliche Auswirkungen auf die Umwelt sowie den Tierschutz.

Akteurskonflikte: Anwohner stehen den Investitionsvorhaben ablehnend gegenüber, wenn der Bauherr oder der Investor von außerhalb kommt oder im Dorf nicht akzeptiert ist.

Inner- und außerlandwirtschaftliche Nutzungskonflikte: Landwirte und Dritte stehen im Konkurrenzverhältnis um die Ressource Boden.

Bei so unterschiedlichen Konflikten gibt es in der Praxis kein einfaches Lösungsrezept. Festhalten lässt sich jedoch: Zahlreiche Auseinandersetzungen beruhen auf Unwissenheit der Anwohner. Diese aufzuklären und einzubinden, kann vor Ort wahre Wunder bewirken. Schwieriger ist da schon die Lösung von Interessenkonflikten. Hier kann ein integrierter Dorfentwicklungsplan helfen, der den Ausgleich verschiedener Interessen zulässt und die Landwirtschaft als Standortfaktor sieht. Dass ein landwirtschaftliches Bauvorhaben nicht zwingend zu Konflikten führt, sondern auch zum Motor einer neuen Dorfentwicklung werden kann, zeigt das folgende Beispiel eines kleinen Dorfes in Mecklenburg-Vorpommern.



Bild: Axel Schulze



Auf dem Weg zum Bioenergiedorf wurden alle Dorfbewohner Hülseburgs mit einbezogen. Auch die Kinder des Kindergartens „Pustebume“ beschäftigten sich mit dem Thema.

Hülseburger machen's gemeinsam

Das Dorf Hülseburg im mecklenburgischen Landkreis Ludwigslust konzentriert sich in seiner Dorfentwicklung auf drei Schwerpunkte. Durch den Erhalt der Kindertagesstätte „Pustebume“ zogen verstärkt junge Familien aus Hamburg, Schwerin und Schleswig-Holstein in den Ort. Weitere Standbeine sind die örtliche Landwirtschaft und die autarke Energieversorgung. In der 177 Einwohner zählenden Gemeinde entstand Anfang 2010 die Idee zu einem Bioenergiedorf. Anstoß war der Plan des Landwirts Axel Schulze, in unmittelbarer Nähe zum Dorf eine Biogasanlage mit 500 Kilowatt Leistung und einer Stallanlage für 158.000 Masthähnchen zu bauen. „Natürlich gibt es auch bei uns Kritiker einer Massentierhaltung. Es ist uns jedoch gelungen, das landwirtschaftliche Bauvorhaben mit unserer Dorfentwicklung zu verbinden“, erklärt Brigitte Wolf, Bürgermeisterin von Hülseburg. In drei Bürgerversammlungen hat der Landwirt das Bauvorhaben transparent erläutert und das Für und Wider mit allen Betroffenen besprochen. „Bei diesem

Prozess half die gute soziale Integration der Landwirte im Dorfalltag und die Tatsache, dass die Gemeinde von jeher stark landwirtschaftlich geprägt war“, erläutert Gemeindevertreter Ulfert Schönfeld.

Bürger planen selbst

Für die Planung und Umsetzung der eigenen Wärme- und Stromversorgung gründeten die Bürger eine Arbeitsgemeinschaft. Aufgrund ihrer breit gefächerten Fähigkeiten konnten sie die juristischen, technischen und finanziellen Aspekte des Vorhabens aus eigener Kraft erörtern. Finanzielle Unterstützung für die Machbarkeitsstudie erhielt die Gemeinde unter anderem von der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung in Höhe von 2100 Euro. Am Ende stand ein Energiekonzept für den Ort, das neben einem Nahwärmenetz auch die Idee einer Photovoltaikanlage in Bürgerhand beinhaltet. Diese wird auf der 1000 Quadratmeter großen Dachfläche der neuen Stallanlagen errichtet. Zukünftig werden also die Dorfbewohner sowie die vier Hähnchenmastanlagen direkt aus der Biogas- und Photovoltaikanlage mit

Nahwärme und Strom versorgt. Die Rohstoffversorgung der Biogasanlage mit Gülle, Mais und Getreide erfolgt in Kooperation mit dem zweiten örtlich ansässigen Landwirt Dietrich Groth. Für den Betrieb der Biogasanlage wurde die SH Biogaserzeugung Hülseburg GmbH & Co. KG gegründet (Geschäftsführer Herr Schulze). Die Photovoltaikanlage sowie das Leitungsnetz zur Versorgung der Häuser mit Nahwärme sollen über eine Genossenschaft getragen werden. Jeder Dorfbewohner kann über einen Genossenschaftsanteil ab 250 Euro seine Teilhabe am örtlichen Netz erwerben.

Energie-Eigenversorgung ist bald erreicht

Seit Weihnachten 2010 ist die Biogasanlage in Betrieb, der erste Stall für 39.500 Hähnchen wird Ende Juni 2011 in Betrieb genommen. Zwei weitere Ställe für zusammen 79.000 Tiere sollen 2012 fertiggestellt werden. Für den örtlichen Arbeitsmarkt entstehen in der Bauphase ein temporärer Arbeitsplatz und für das Betreiben der Biogasanlage dauerhaft eineinhalb Arbeitsplätze. Die Akzeptanz für das Projekt Bioenergiedorf ist seitdem ungebrochen. Nach Aussage der Hülseburger Bürgermeisterin Brigitte Wolf haben sich derzeit 80 Prozent der Haushalte für den Anschluss an das Nahwärmenetz ausgesprochen – mit steigender Tendenz. Die Anwohner versprechen sich deutliche Einsparungen gegenüber den üblichen Energiekosten, immerhin soll der Wärmepreis unter 10 Cent pro Kilowattstunde liegen. „Die Bürger hat vor allem der gemeinsame Nutzen für alle Beteiligten überzeugt“, ist sich Gemeindevertreter Ulfert Schönfeld sicher. Das ehrgeizige Ziel, die Dorfbewohner mit Bioenergie zu versorgen, soll mit der Heizsaison 2011/12 erreicht werden.



Mehr Informationen:

Brigitte Wolf
Bürgermeisterin Hülseburg
Telefon: 03 8 83 / 61 07 30
E-Mail: info@amt-hagenow-land.de

Ulfert Schönfeld
Gemeindevertreter Hülseburg
Telefon: 01 73 / 91 45 9 97
E-Mail: rechtsanwalt-schoenfeld@web.de

Axel Schulze
Landwirt & Geschäftsführer
SH Biogaserzeugung Hülseburg GmbH & Co. KG
Telefon: 01 70 / 73 60 7 97
E-Mail: info@lw-service.de

Regionale Produkte – ja gerne, aber was ist das genau?

Von Bettina Rocha

Nach Bio und Fair Trade nehmen nun zunehmend auch regionale Produkte einen eigenen Platz in den Verkaufsregalen ein. Ein guter Grund, sich stärker mit ihnen zu befassen, denn Erzeuger und Handel haben sehr unterschiedliche Auffassungen darüber, was Regionalität ist und ob Direkt- und Regionalvermarkter miteinander konkurrieren.

Auf Anregung der Landwirtschaftskammer Niedersachsen lud die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) am 25.02.2011 in Bonn zum Fachgespräch „Erfolgreich mit dem Lebensmitteleinzelhandel zusammenarbeiten – das Zusammenspiel von Direkt- und Regionalvermarktern“ ein*. Anlass war die Sorge der Landwirtschaftskammer, dass es in der Zusammenarbeit mit dem Lebensmitteleinzelhandel (LEH) zu einer Konkurrenz zwischen Direktvermarktern und Regionalvermarktern kommen könnte.

Umstrittenes Konkurrenzverhalten

Die meisten Teilnehmer des Fachgesprächs sahen Direkt- und Regionalvermarkter nicht als besonders große Konkurrenten an. Auch der LEH akzeptiere beide Gruppen als Partner, so Jörg Müller vom Bundesverband des Deutschen Lebensmittelhandels: „Entscheidend für die Verhandlungen sind nicht Organisationsstrukturen, sondern

der Umfang der Produktions- und Liefermengen und der Preis. Zentral für den LEH bleibt die zuverlässige und qualitativ hochwertige Warenversorgung.“ Ilonka Sindel vom Bundesverband der Regionalbewegung meint, ein Konkurrenzverhältnis zwischen Regional- und Direktvermarktern entstehe dann, wenn Regionalvermarktungsinitiativen über ihre eigene Region hinaus aktiv werden und der LEH mit ihnen zum Beispiel Exklusivverträge abschließt. „Die Initiativen müssen deshalb stärker miteinander kommunizieren, um Handlungsfelder abzustecken und Synergien zu nutzen.“ So befürchten in Bayern erste Regionalvermarktungsinitiativen den Verlust ihrer über Jahre erarbeiteten Marktstellungen. In Franken und Oberbayern gäbe es bereits Regionalmarken, wie etwa „Die Regionaltheke – von fränkischen Bauern“ und „UNSER LAND“. Eine zusätzliche Regionalmarke wie etwa „LANDMARKT“ empfinden die Initiativen nicht als notwendig. Dr. Elisabeth Seemer von der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz entgegnet: „LANDMARKT

ist keine Regionalmarke, sondern eine Initiative direkt vermarktender Landwirte. Bei LANDMARKT-Produkten werden die einzelnen Erzeuger dem Kunden durch Betriebsportraits und mit Hofhandzetteln an der Verkaufstheke vorgestellt. So entstehen Synergien zwischen Direktvermarktern und der Region, aus der sie kommen.“

Region oder Produzent im Mittelpunkt

Im Gespräch wurde schnell deutlich: Regional- und Direktvermarkter sind keine homogenen Gruppen mit einheitlichen Zielen und Standards. Regionalvermarkter treten häufig als Zusammenschluss der verschiedenen Partner einer Wertschöpfungskette auf – zum Beispiel in Form einer Dachmarke, wie der „Regionalmarke EIFEL GmbH“, vertreten durch Arndt Balter. Dachmarken arbeiten mit Labeln, welche die in einer Region erzeugten und verarbeiteten Produkte präsentieren. Häufig haben diese Zusammenschlüsse ihren Ursprung in Re-

gionalentwicklungsinitiativen. Oft wird das Produkt durch weitere Eigenschaften definiert, etwa Gentechnikfreiheit oder seinen Beitrag zum Erhalt der Kulturlandschaft. Bei Direktvermarktern steht hingegen der einzelne Erzeuger eines Produkts im Zentrum der Kundenaufmerksamkeit, weniger die Region. Es sind Betriebe, die ursprünglich über Hofladen oder Wochenmarkt verkauft haben, nun aber einen Absatz über den LEH ohne Zwischenhandel suchen. Die Glaubwürdigkeit des Produktes ist eng verbunden mit der Persönlichkeit des Landwirts. Nicht alle Direktvermarkter sind Einzelkämpfer. Um ihre Interessen gegenüber dem LEH zu vertreten, schließen sie sich zusammen. Zum Beispiel in der Vereinigung Hessischer Direktvermarkter e.V., die „LANDMARKT“ entwickelte.

Auch die Vermarktungskonzepte beider Gruppen sind vielfältig: Die Teilnehmer des Fachgesprächs hatten unterschiedliche Auffassung über die Funktion eines Labels. So spricht sich Ilonka Sindel für einen optisch einheitlichen Auftritt der Produkte in den Regionaltheken aus: Das Label der Dachmarke Eifel könne die Aufmachung des Produktes ergänzen, „LANDMARKT“ durch die Gestaltung der Theken einen Rahmen bieten, in dem die individuell aufgemachten Produkte präsentiert werden.

Was heißt „regional“?

Die Frage, was ein regionales Produkt ausmacht, diskutierten die Teilnehmer sehr kontrovers. Nach dem Vermarktungskonzept „Bestes aus unserer Region“ der Supermarktkette EDEKA gelten solche Produkte als regional, die im Umkreis von 30 Kilometern um einen EDEKA-Markt hergestellt werden. Dabei müssen die Roh-

stoffe nicht komplett aus der Region stammen. Wie Harpreet Ahluwalia erklärte, verstehen Verbraucher laut EDEKA-Umfragen unter einem regionalen Produkt eines, das in der Region produziert werde. Dies gilt auch für Produkte einer Kaffeerösterei oder eines bekannten Traditionsunternehmens. Offenbar zählt der Bekanntheitsgrad einer alteingesessenen Firma, die darüber hinaus Arbeitgeber ist, für viele Verbraucher als positive Eigenschaft. Daran knüpft das EDEKA-Konzept an.

Die Vertreter der Regionalmarken und der Direktvermarkter hingegen waren davon überzeugt, der Verbraucher erwarte von einem regionalen Produkt, dass die Rohstoffe zu einem überwiegenden Teil aus der Region kommen. Darüber, ob auch Vorleistungen wie Futtermittel, regional produziert sein müssten, war man sich nicht einig. Ilonka Sindel argumentierte, der jeweils räumlich nächste geeignete Erzeuger eines Produktes oder einer Vorleistung sei als regional zu verstehen.

Konsens herrschte bei allen Teilnehmern aber darüber, dass es nahezu unerfüllbar ist, die Rohstoffe für verarbeitete Erzeugnisse komplett aus der Region zu gewinnen. Man denke nur an Zutaten wie Salz und Pfeffer.

Leben und leben lassen

Laut Dr. Elisabeth Seemer sind die meisten Direktvermarkter überfordert, wenn sie mit dem LEH verhandeln, oft käme es erst gar nicht zu Gesprächen. Insbesondere kleinere und mittlere Betriebe brauchen Unterstützung. „Wir haben festgestellt, dass in der Praxis bei qualitativ vergleichbaren Produkten Preisdifferenzen von bis zu 100 Prozent ausgehandelt werden.“ Erika Bull betonte: „Es kann und darf nicht sein, dass die gleichen Produkte im LEH güns-



Bild: Shutterstock

tiger sind als im Hofladen.“ Sabine Jansch erklärt: „Da bei EDEKA regionale Erzeuger ihre Produkte unter ihrem eigenen Label vermarkten, sehen wir uns als zweites Standbein – neben Hofladen und Wochenmarkt. Die Preise des Hofladens können gar nicht stark abweichen, sonst würde der Erzeuger unglaublich.“ Harpreet Ahluwalia ergänzt: „Wir müssen zwischen einem dezentralen und einem zentralen Geschäft unterscheiden. Bei einem zentralen (Lager-)Geschäft fallen beim Großhandel Logistikkosten an, die dem Erzeuger erspart bleiben. Beim dezentralen Geschäft beliefert der Erzeuger den LEH direkt, deshalb bekommt er dort im Vergleich höhere Preise.“ In beiden Fällen gelte, so Ahluwalia weiter: Der Verkaufspreis des Hofladens darf nicht der Einkaufspreis des LEH's sein. Für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit müsse der Preis fair sein – und zwar für beide Partner.

Wie sich in dem Fachgespräch zeigte, bleiben regionale Produkte erklärungsbedürftig. Die einzelnen Direkt- und Regionalvermarkter und auch der LEH definieren Regionalität unterschiedlich, arbeiten mit verschiedenen Vermarktungskonzepten und stellen unterschiedliche Produkteigenschaften in den Vordergrund. Eine Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Partnern wird sich immer dann ergeben, wenn die Vorstellungen bezüglich der mit dem Produkt zu transportierenden Werte übereinstimmen und alle Partner ausgewogen an der Wertschöpfung teilhaben.

* Neben den im Text zitierten Teilnehmern haben auch Dr. Christina Rempe, Bundesverband der Verbraucherzentralen e. V. und Anna Fieth, Cluster Ernährung NRW c/o AFC Management Consulting AG am Fachgespräch teilgenommen.



Bild: Gerd Altmann / Pixell

Mehr Informationen:

Bettina Rocha
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 38 82
E-Mail: bettina.rocha@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de



„Je offener die Beteiligten, desto erfolgreicher das Regionalcoaching“

Stefan Schulte ist seit 1995 Leader-Regionalmanager der Region Burgwald Ederbergland. Er hat 2010 seine über Leader-Mittel finanzierte Ausbildung zum Regionalcoach abgeschlossen.

Herr Schulte, was hat Sie dazu veranlasst, sich zum Regionalcoach ausbilden zu lassen?

Durch meine 15-jährige Tätigkeit als Regionalmanager weiß ich: In der integrierten Regionalentwicklung geht es zum Teil um sehr komplexe Prozesse, bei denen

immer wieder größere Konflikte auftreten können. Diese können finanzieller Art sein oder auch an einzelnen Personen hängen. In meiner Region gab es

zum Beispiel ungünstige organisatorische Konstellationen. Ich war interessiert an Handwerkstechniken, wie sich solche Konflikte auflösen lassen.

Entsprach die Fortbildung Ihren Erwartungen?

Ich hätte nicht gedacht, dass die gelehrt Techniken und Methoden so wirksam sein können. Ihr hauptsächliches Lernziel ist es, die Konflikte mit den Augen anderer anzuschauen und darüber neue Wege zu erkennen. Durch bestimmte Fragetechniken

finden Menschen ihre eigenen Lösungen – gerade hier liegt der Unterschied zu einem normalen Beratungsgespräch. Im Wesentlichen geht es also darum, über die richtigen Fragen Prozesse zu optimieren. Sich etwa schon zu Beginn eines Prozesses zu fragen

„Wo ist das Ziel?“, ist sehr hilfreich. Alleine nimmt man sich für diese Reflexion oft keine Zeit. Ich fand es sehr befruchtend, dass auch andere Regionalmanager an der Fortbildung teilgenommen haben, dadurch entstand eine typische Win-win-Situation.

Was glauben Sie, wann ist solch ein Coaching für Regionalmanager besonders hilfreich?

Besonders dann, wenn Konflikte auftreten und Prozesse ins Stocken geraten. Meine Erfahrung ist, dass in jeder Regi-

on solche Situationen früher oder später entstehen. Mit dem Regionalcoaching kann man seine Sichtweise auf bestimmte

Dinge ändern und sich dadurch strategisch neu ausrichten.

Wo konnte Ihnen das Regionalcoaching bereits konkret bei Ihrer Arbeit weiterhelfen?

Insgesamt arbeite ich strukturierter und reflektiere meine Tätigkeit viel besser. Die Arbeit im Team hat sich wesentlich verbessert. Ein gutes Beispiel ist die Burgwaldmesse, bei der ich die interne Projektleitung habe. Die Prozesse konnte ich mithilfe des Coachings so optimieren, dass sich

die Messe trotz einer stressigen Vorbereitungs- und Durchführungsphase zu einem entspannten Miteinander entwickelt hat. Ein anderes Beispiel ist das transnationale Kooperationsprojekt „Hugenotten- und Waldenserpfad“. Hier waren die Sichtweisen der Akteure sehr unterschiedlich. Drei Welten

prallten aufeinander: die der Wanderer, die der Geschichts- und Kulturvereine und die des Marketings. Außerdem kamen auf transnationaler Ebene noch die Sichtweisen der unterschiedlichen Kulturen hinzu. Erst durch den Blick von außen konnte sichtbar gemacht werden, wo es hakt und wo die Lösungen liegen.

Konnten Sie auch Grenzen des kollegialen Coachings erkennen?

Die Grenzen der Methode liegen dort, wo der Gecoachte nicht bereit ist für ein offenes Gespräch.

Die Gespräche führte Anke Wehmeyer



Coaching als neues Instrument für die Regionalentwicklung

Coaching ist eine besondere Form der Beratung von Personen mit Management- und Führungsaufgaben und hat sich im Unternehmensbereich längst bewährt. Die Übertragung auf das komplexe System Regionalmanagement liegt somit auf der Hand. Denn auch hier ist eine Unterstützung zur Reflexion, Klärung oder Entscheidungsfindung sehr hilfreich. Das haben sich auch die Mitarbeiter

des Fachgebietes Ökonomie der Stadt- und Regionalentwicklung der Universität Kassel gedacht und bildeten – gefördert durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt – von April 2008 bis Mai 2010 erstmals zehn sogenannte Regionalcoaches aus. Einige dieser Regionalcoaches konnten ihre Ausbildung über Leader-Mittel finanzieren. Zwei der Teilnehmer haben wir zu ihren Erfahrungen interviewt.



Bild: privat

„Ich laufe nicht mehr so oft gegen die Wand, nehme häufiger die Tür“

Heidi Narberhaus ist seit Oktober 2004 Leader-Regionalmanagerin – zunächst in der Region Elbtaule (Niedersachsen) und später in der Region Stadt-Land-Fluss (Hamburg). Auch sie konnte ihre 2010 abgeschlossene Ausbildung zum Regionalcoach über Leader-Mittel finanzieren.

Frau Narberhaus, was hat Sie dazu veranlasst, sich zum Regionalcoach ausbilden zu lassen?

Während einer anderen Fortbildung erfuhr ich, dass Leader-Regionen in Deutschland gesucht wurden, die sich von angehenden Regionalcoaches beraten lassen möchten.

Ich war sehr interessiert, denn meine Region befand sich gerade im Übergang von der einen in die nächste Förderphase und diesen Übergang wollten wir optimieren. Mir war

der externe Blick auf die Region wichtig, weil ich das Gefühl hatte, den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr zu sehen. Da habe ich mich spontan entschlossen, teilzunehmen.

Entsprach die Fortbildung Ihren Erwartungen?

Ursprünglich hatte ich etwas anderes erwartet. Ich habe unterschätzt, wie stark der Fokus auf der Lösung von Problemen auf emotionaler Ebene liegt. So musste ich

die gewohnte sachliche Ebene der Herangehensweise und Problembetrachtung verlassen. Darauf sollte man sich rechtzeitig einstellen. Meinen Horizont hat das aber

sehr erweitert. Diese emotionale Ebene gibt viel von der eigenen Persönlichkeit preis, das erfordert ein gutes, vertrautes Klima, um sich darauf einlassen zu können.

Was glauben Sie, wann ist solch ein Coaching für Regionalmanager besonders hilfreich?

Zu Beginn der neuen Förderphase habe ich das Regionalcoaching als sehr hilfreich erlebt, um die Weichen neu stellen zu können. Und neue Kollegen konnten sich dank der Analysemethoden, die ich in der Fortbildung gelernt und vor Ort eingesetzt habe, besser einfinden. Wir konnten zwi-

schenmenschliche Beziehungen besser einschätzen und so den Umgang miteinander erleichtern. An Punkten, wo man denkt, es geht nicht mehr weiter, ist das Regionalcoaching sehr hilfreich. Es ist also eine Methode, die nicht jeden Tag zur Anwendung kommt.

Wo konnte Ihnen das Regionalcoaching bereits konkret bei Ihrer Arbeit weiterhelfen?

Im Umgang mit schwierigen Personen hat es mir sehr geholfen. Ich kann jetzt mehr Verständnis für mein Gegenüber entwickeln und kann leichter die Perspektive wechseln. Ich laufe nicht mehr so oft gegen die Wand, ich nehme öfters die Tür. Meine eigene Arbeitsweise hat sich insofern verändert, dass

ich jetzt viel gelassener in Konfliktsituationen bin. Das Zusammenspiel zwischen Regionalmanagement und administrativer Ebene war auch nicht immer einfach. Auch hier hat mir die Fortbildung geholfen, meinen Blickwinkel zu ändern und den anderen Standpunkt besser zu verstehen.

Konnten Sie auch Grenzen des kollegialen Coachings erkennen?

Beim kollegialen Coaching wird gemeinsam nach einem Weg für ein Problem gesucht. Dieser Weg orientiert sich an den Möglichkeiten der Person, deren Fall besprochen wird. Mir persönlich hat das Coaching eigentlich immer

weiter geholfen. Wie stark genau, ist manchmal schwer zu beantworten, aber ich bin jetzt viel gelassener und investiere nicht mehr so viel Zeit und Kraft für Konflikte. Diese Zeit kann ich jetzt für andere Dinge nutzen.

Kollegiales Coaching

Anwärmern 10 Min.

- Begrüßung
- Zeitrahmen und Erwartungen klären

Orientieren 10 Min.

- Themen sammeln + auswählen
- Rollen Coach / Kunde klären

Bearbeiten 60-90 Min.

- Ziele, Hintergründe erörtern
- Lösungen entwickeln
- Auswirkungen + Realisierbarkeit prüfen
- Maßnahmen, Schritte + Hausaufgaben festlegen

Abschließen 15 Min.

- Reflektion, Termin + Verabschiedung

! Rollenwechsel 4,5 Std. je Runde max 4 Runden/Tag

Quelle: kommunare, 2010

Kollegiale Beratung

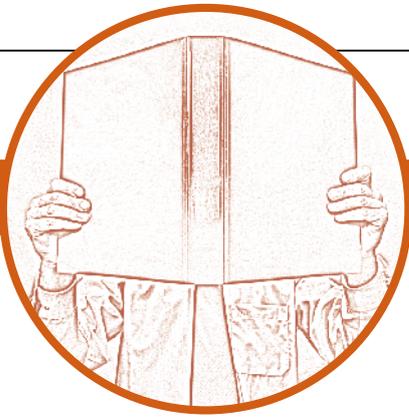
Die „Kollegiale Beratung“, auch „Kollegiales Coaching“ genannt, ist ein Instrument des Regionalcoachings. Es beruht auf einem wechselseitigen Gespräch zweier Regionalmanager, die ihrem Gegenüber durch gezielte Fragen dazu verhelfen, Lösungen für Konflikte zu finden, die er oder sie allein nicht gefunden hätte.

Die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume finanziert Leader-

Managements eine Schulung zur kollegialen Beratung. Die Teilnehmer dieser Schulung finden sich selbst in Gruppen zu 5–6 Personen zusammen. Schulungsraum, Unterkunft sowie Verpflegung müssen von den Teilnehmern selbst organisiert werden.

Mehr Informationen: Anke Wehmeyer,

Telefon: 02 28 / 68 45 38 41, E-Mail: anke.wehmeyer@ble.de



Von der Redaktion für Sie angelesen

Kooperation über kommunale Grenzen hinweg

Von Barbara Schulz-Hönerhoff

Der demografische Wandel trifft den ländlichen Raum besonders stark. Die Autorinnen Antonia Schulitz und Britta Knoblauch untersuchen in der vorliegenden Diplomarbeit, wie kleine Städte und Gemeinden diesen Herausforderungen begegnen und welche Anpassungsinstrumente sie wirksam einsetzen. Anhand von Fallbeispielen aus der Praxis analysieren die Autorinnen Potenziale interkommunaler Kooperationen im Detail. Und sie geben auf dieser Grundlage Empfehlungen für verschiedene kommunale Handlungsfelder sowie für Akteure aus Regionalpla-

nung, Bund und Ländern. Die Autorinnen sehen in der interkommunalen Kooperation auf Basis regionaler Handlungskonzepte eine Chance, die Lebensqualität in ländlichen Räumen aufrecht zu erhalten. Die komplexeren werdenden Aufgaben sowie die sinkende Auslastung der Infrastrukturen ließen zu dieser Vorgehensweise keine andere Wahl. Dabei sei aber, so führen die beiden Diplomantinnen aus, die externe Unterstützung durch Fachleute essentiell – nur so könnten erfolgreich Konkurrenzsituationen moderiert und positive Lösungswege aufgezeigt werden.



Antonia Schulitz, Britta Knoblauch, 2011: *Interkommunale Kooperation schrumpfender Kleinstädte – Analyse der Chancen und Grenzen für schrumpfende Kleinstädte im ländlichen Raum.* AVM-Verlag, München, 221 Seiten. ISBN: 978-3-86306-716-8



Wann machen Kooperation und Partizipation Sinn?

Von Isabell Friess

Eine nachhaltige Entwicklung kann es ohne Bürgerbeteiligung und Kooperation nicht geben – so eine häufig geäußerte Grundannahme. Doch trifft das wirklich immer zu? Diese Frage untersuchen die Autoren der vorgestellten Publikation, Heinrichs, Kuhn und Newig.

Nach den ersten zwei sehr theorielastigen Kapiteln zeigen die Autoren im dritten Kapitel, wie wichtig partizipative und kooperative Ansätze für verschiedene gesellschaftliche

Handlungsfelder wie Politik oder (Neue) Medien sind. Die Autoren diskutieren sowohl die Einsatzmöglichkeiten als auch die Grenzen dieser Ansätze. Besonders spannend wird es dann im vierten Kapitel: Hier nehmen die Autoren die Möglichkeiten von Kooperation und Partizipation in ausgewählten Praxisfeldern wie Altlastsanierung/ Abfallwirtschaft oder Klimawandel und Tourismus unter die Lupe. Sie beschreiben zum Beispiel anhand der Ergebnisse des Projektes „Die informierte Gesellschaft“ (Interreg 3b-Projekt SAFECOAST), welche Formen der Risikokommunikation sich Bürger wünschen und wie sie verschiedene Be-

teiligungsmethoden bewerten.

Die Publikation richtet sich vorwiegend an Politikwissenschaftler und Soziologen, das zeigt sich insbesondere an der Sprache. Jedoch sind die gewonnenen Erkenntnisse gerade im Hinblick auf die Möglichkeiten und Grenzen kooperativer und partizipativer Ansätze auch für Praktiker von Interesse.

Harald Heinrichs, Katina Kuhn, Jens Newig (Hrsg.), 2011: *Nachhaltige Gesellschaft. Welche Rolle für Partizipation und Kooperation? VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 222 Seiten.* ISBN: 978-3-531-17840-0

... angekündigt

Von Stefan Kämper

Call for Papers: Neue Funktionen und Nutzungen in ländlichen Räumen

Der Arbeitskreis „Ländlicher Raum“ der Deutschen Gesellschaft für Geographie sucht für seine Jahrestagung am **17. und 18. November 2011 in Soest (Westfalen)** Beiträge, die sich mit aktuellen Transformationsprozessen in ländlichen Räumen befassen. Beispielsweise mit dem

Entstehen neuer Energielandschaften, zunehmenden Konflikten zwischen Schutz- und Nutzungsinteressen oder dem Wandel ländlicher Immobilienmärkte vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Außerdem ist eine Auseinandersetzung mit Herausforderungen und

Akteuren einer „Rural Governance“ gewünscht. **Beiträge** können **noch bis zum 1. Juli** eingereicht werden.

Der Call for Papers und die Vorankündigung zur Tagung unter: www.uni-muenster.de/AKLaendlicherRaum

Projekte in kleinen Gemeinden

Mit dem Wettbewerb „Land und Leute – Bildung, Kunst und Kultur in kleinen Gemeinden“ sucht die Wüstenrot Stiftung bundesweit nach besonderen Angeboten in kleinen Gemeinden mit bis zu 5000 Einwohnern. Die **bis spätestens 1. Juli 2011 eingereichten Projekte** sollen auf dem Engagement von Bürgerinnen und

Bürgern beruhen, allen offenstehen und von der Kommunalverwaltung unterstützt werden. Sie sollen helfen, die Lebensqualität zu erhalten oder zu erhöhen, Vorhandenes zu bündeln und örtliche Identität zu stiften. Das Preisgeld beträgt insgesamt 25.000 Euro. Die Preisverleihung findet voraussichtlich im Frühsommer 2012 statt.



Ausführliche Informationen sowie die Anforderung der Wettbewerbsunterlagen: www.afa-sozialplanung.de/index.php/wettbewerbe_home.html

Wege durchs Land

„Wege in die Zukunft!? Neue Anforderungen an ländliche Infrastrukturen“ ist der Titel der 32. Bundestagung der Deutschen Landeskulturgesellschaft (DLKG), die vom **31. August bis 2. September 2011 in Mainz** stattfindet. Wirtschaftswege müssen nicht nur den Anforderungen moderner Maschinen, sondern auch vielfältigen Ansprüchen nichtlandwirtschaftlicher

Nutzer entsprechen. Ihr Bau unterliegt wirtschaftlichen Restriktionen. Ihr Aus- und Neubau ist aber auch deshalb auf das unbedingt notwendige Maß zu begrenzen, um Eingriffe in Natur und Landschaft zu minimieren. Vor diesem Hintergrund und unter der Prämisse, dass auch beim Wegebau zunehmend regional abgestimmt und gehandelt werden muss, sollen in Mainz

die Herausforderungen und Chancen der ländlichen Infrastrukturen in Workshops und im Plenum diskutiert werden.

Alle Informationen, Programm und Anmeldung unter www.dlkg.de, dort ist außerdem eine Publikation zu finden, welche die Tagung inhaltlich vorbereitet.

Plattform für regionale Produkte und Initiativen

Im Rahmen des **Tages der Regionen** werden wieder bundesweit Hunderte von Aktionen aus den Themenbereichen Landwirtschaft, Naturschutz und Tourismus über erneuerbare Energien, Soziales und Dienstleistungen bis hin zu Lebensmitteln, Handwerk und Gastronomie stattfinden.

Vom 23. September bis 9. Oktober 2011 sollen beispielhafte Aktionen regionale Initiativen aufzeigen, die

neben wirtschaftlichen auch soziale und ökologische Aspekte berücksichtigen – sprich Arbeitsplätze erhalten, ein faires Miteinander schaffen, Klima und Umwelt schützen. Dabei werden Zusammenhänge erlebbar. Wie sieht fairer, regionaler Einkauf aus oder wie kann ich gezielt Unternehmen in meiner Region unterstützen? Fragen, die auch am **Kerntag** der Aktion am **2. Oktober** im Zentrum des Projektes stehen.



Alle Informationen und Anregungen für Veranstaltungen, außerdem eine neue Aktionsbroschüre sind auf der Website des Aktionsbündnisses Tag der Regionen www.tag-der-regionen.de zu finden. Dort sind auch die Aktionsanmeldungen möglich.

LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für ländliche Räume abonnieren.

Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe _____ Exemplare.

Institution _____

Vorname/Nachname _____

Straße/Hausnr. _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____ E-Mail _____

Datum _____ Unterschrift _____



Sie können LandInForm auch im Internet unter www.land-inform.de bestellen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn

Termine

Von Stefan Kämper

13. Juli	Wertschöpfung im Wald Tagung in Fulda	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzer-verbände e.V. / Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume www.netzwerk-laendlicher-raum.de/wald
	Info auf Seite 9	
31. August bis 2. September	Wege in die Zukunft. Neue Anforderungen an ländliche Infrastrukturen Tagung in Mainz	Deutsche Landeskulturgesellschaft www.dlkg.org
	Info auf Seite 51	
6. und 7. September	Zielgruppenorientierte Beteiligung: (Neue) Akteure für den regionalen Prozess gewinnen und motivieren Workshop	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume www.netzwerk-laendlicher-raum.de/beteiligung
	Info auf Seite 9	
20. September	Grundversorgung im ländlichen Raum Veranstaltung in Mayen (Rheinland-Pfalz)	Akademie Ländlicher Raum Rheinland-Pfalz www.landschaft.rlp.de
21. bis 23. September	Perspektiven für Kulturlandschaften Deutscher Landschaftspflege tag 2011 in Bergisch Gladbach	Deutscher Verband für Landschaftspflege www.lpv.de/veranstaltungen.html
23. bis 25. September	Bürgerbeteiligung stärken – Veränderung gestalten Tagung in Loccum (Niedersachsen)	Evangelische Akademie Loccum / Stiftung Mitarbeit www.mitarbeit.de/forum2011.html
23. September bis 9. Oktober (Aktionszeitraum), 2. Oktober (Kerntag)	Tag der Regionen 2011: Wer weiter denkt – kauft näher ein Bundesweite Aktionstage	Aktionsbündnis Tag der Regionen www.tag-der-regionen.de
	Info auf Seite 51	
28. September	Landwirtschaft und Handwerk – gemeinsam erfolgreich im Ländlichen Raum Tagung in Berlin	Zentralverband des Deutschen Handwerks, Deutscher Bauernverband und Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume www.netzwerk-laendlicher-raum.de/landwirtschaft-handwerk
	Info auf Seite 9	

Terminkalender unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine

Cartoon zum Fokusthema

Von Mele

